

Er scheint täglich außer Montag, ...

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die ...

Verantwortlicher Redakteur: ...

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Weyth-Strasse 2.

Dienstag, den 20. Oktober 1891.

Expedition: Weyth-Strasse 3.

Schlechtes Gewissen.

Wie sehr alle Sozialreform — und mag sie noch so ...

Die „Sozialreform“ unter dem neuen Kurs griff ...

Die Arbeiter haben überall, wo sie in größerer Masse ...

Man kann sich in diese stadtväterliche Perrücken- ...

Herren Kapitalisten unbequem werden, trotz aller ...

Wiewohl nun in dieser Zeit des Großkapitalismus ...

Auch in großen Städten hat die Sache ihre Schwierig- ...

Nichts kann eine bessere Charakteristik für die ...

Sogar die bürokratische Form der Schiedsgerichte ...

Ansprüche der Arbeiter — Herrgott, was müssen ...

Pariser Briefe.

Zwei Amnestie-Anträge. — Ein Tadelsvotum ...

Im Generalkonvent des Seine-Departements, dessen ...

Eine andere Frage ist es freilich, ob die beiden Anträge ...

Feuilleton.

Reduziert verboten.)

146

Er kehrt zurück!

Originalroman von Jean Meroz.

Während so die Regierenden intrigierten und die einen ...

Weiß doch diese dumme Klasse nur zwischen Konik und ...

Als Antwort darauf erhob sich am nächsten Tage das ...

Eine Menge von 150 000 Arbeitern stieg aus den ...

Macht bekleidet, von denen nicht ein einziger in ihren ...

Das Volk hatte sich zurückgezogen, mehr als einmal ...

Während das Volk in den Klubs sich verständigte und ...

Der alte Arago, welcher interimsweise als Kriegs- und ...

Man bedurfte eines energischen Generals, der beim ...

Seit dem 20. März hatte man an General Cavaignac, ...

Es schien der Regierung, daß das französische Volk ...

immer dasselbe geblieben wäre und daß es genigte, einen ...

Die Generale Louis Philipp waren verneht, viele ...

Man hatte dem General Cavaignac, der seit dem Sturze ...

Dieser General, dessen Ehrgeiz und Wildheit sich später ...

Mit ängstlicher Spannung verfolgte er die Ereignisse, ...

Er blieb ihnen fern, als wenn er im Exil wäre, mit ...

Fuß gelassen werden wird, da dies zur Stunde sonst schon längst geschehen wäre.

Indessen treten unsere Genossen in Bille, wo sich gegenwärtig auch Freund Guedde befindet, recht thätig für Sakarue ein, dessen Wahl, wie mit Freude zu konstatieren ist, nicht nur das revolutionäre Zentralkomitee, mit unseren Freunden, Wallant, Sandin und Chaudiere an der Spitze, sondern auch der „Partie Ouvrier“, das Organ der Allemanisten, und selbst der „Proletaire“, das Organ der Brouillisten, warm empfehlen. Von seinen Gegnern — er hat deren drei — Depasse und Vere, beide Opportunisten, die theils von der Präfektur, theils von dem Fabrikantenhum und seinen Soldschreibern mit allen möglichen Mitteln unterstützt werden, und dem radikalen Roche, dessen Radikalismus aber, nach dem zu urtheilen, daß er seine Kinder in einem Kloster erziehen läßt, von ganz eigenhämlicher Farbe sein muß, hat Genosse Delcage Einem schon, Depasse, sicherlich jede Hoffnung genommen, auch nur die Stimme eines einzigen Arbeiters zu erhalten. Und das ganz einfach dadurch, daß er denselben im Vorher Municipalrathe abgegebene Voten in einer der jüngsten Wahlversammlungen aus Licht gezogen, wobei sich denn ergab, daß Depasse gegen alle im Interesse der Arbeiter gestellten Vorschläge gestimmt hat. So stimmte er unter Anderem gegen das Verlangen einer Amnestie für die mit Streiks zusammenhängenden Handlungen; gegen den Vorschlag, den Arbeitern zu ihren Versammlungen Gemeindelokale zur Verfügung zu stellen; gegen den Vorschlag eines Kredits von 10 000 Frks. zu Gunsten der Arbeiter; gegen den Vorschlag eines Kredits zu Gunsten freilebender Weber und Spinner; gegen die Erhöhung des Kredits für Schulkontinen; gegen die Einführung von staatlichen Werkstätteninspektoren; gegen den Antrag, die während des Aufstrebens der Arbeiter in Freiheit zu setzen, sowie gegen den Antrag eines Kredits zu Gunsten der freilebenden Grabenarbeiter des Norddepartements und des Bas de Galais, welches letzteres Votum allein schon ihn bei dem Gros der Arbeiter unendlich macht. Geht es auch nur halbwegs, den beiden übrigen Kandidaten ebenso an den Leib zu rücken, dann kann Laforgue's Wahl schon im vorhinein als eine gesicherte betrachtet werden.

Leo Frankel.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Oktober.

Der Kaiser soll den Bericht über den Prozeß Heinege gelesen und dem Justizminister von Schelling telegraphisch den Befehl gesandt haben, er solle „wichtige Auskehr halten“. Es habe deshalb am letzten Donnerstag ein Ministerrath stattgefunden, zu welchem auch der Polizeipräsident von Nitzthofen, Graf Büdler, der Leiter der Kriminalpolizei, und der Kommandierende des Gardekorps, General von Meerschmidt-Güllesheim zugezogen sei. Wenn es nur eines kaiserlichen Nachwortes bedürfte, um die aus unseren gesammten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen hervordringenden Uebel zu beseitigen! Man kann wohl die Uebel überkleistern, man kann sie von der Oberfläche zurückdrängen, die Krankheit, das eigentliche Uebel, wächst nur um so stärker fort. Die Verhältnisse sind stärker als die Kraft des mächtigsten Mannes, und wäre er mit dem besten Willen erfüllt. Die Autorität des Kaisers wird jetzt in allen Fragen mehr als je in den Vordergrund gestellt. Gerade der gegenwärtige Kaiser ist vielleicht dazu berufen, jene Wahrheit an seinem Beispiel zu erweisen. Er hat sie erfahren bei den bekannten Ministerialen Erlassen vor den letzten Wahlen. Sie wurden nicht offen bekämpft, Konservative und Liberale rühmten sie in ihrer Presse; aber der Kern derselben stieß auf eine so nachhaltige Opposition in der gesammten Bourgeoisie, daß ihre Wirksamkeit vollständig paralysirt wurde. Unsere Großindustriellen, König Stamm voran, ließen die Arbeiter die kaiserlichen Erlasse büssen; mehr wie je ist die in diesen hervorgehobene Gleichberechtigung der Arbeiter in Frage gestellt und wird das absolute Regiment der Unternehmer durchzuführen gesucht. Unsere Großindustriellen haben gerade seit den kaiserlichen Erlassen ein selteneres Trugbündnis geschlossen, welches gerade gegen diese Erlasse seine Spitze richtet. Die Arbeiterschuffrage, so schwächlich sie bereits in der Regierungsvorlage vertreten war, hat im Reichstage noch die meisten zu Gunsten der Arbeiter getroffenen Bestimmungen verloren.

Die „wichtige Auskehr“ gegenüber der Prostitution wird, wie bereits gesagt, sich darauf beschränken, die Opfer der Prostitution schärfer zu treffen. Augenblicklich mag vielleicht die Polizei schärfer losgehen gegen das Zuhälter-

thum, ohne jedoch dasselbe zu unterdrücken. Die rohesten Patrone dürfte das Strafgesetz treffen, aber es werden sich der Ausbeutung der Prostitution schlauere und noch habgierigere Elemente bemächtigen. Die ganze Bourgeoisie, sonst solche Gegner der Verstaatlichung und der Monopolisirung, ruft heute bereits nach der Monopolisirung der Prostitution in Bordellen, und der konfessionirte Bordellwirth wird kein angenehmeres Aussehen haben als der Zuhälter.

Was bedeutet der Fall Manché, bei dem auch der verstorbene Finanzminister Vitter blösgestellt und über manche hochstehende Persönlichkeiten ein Schatten geworfen? Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sagt es uns. Das Manfo, welches bei einzelnen enthaltlich wird, beweist die um so größere Tugend aller Anderen. Gerade unser höheres Beamtenhum sieht so rein da wie kein anderes — das sei durch den Prozeß Manché bewiesen! „Der blanke Schild der Verwaltung“ glänzt in Preußen heute noch ebenso hell, wie man es seither zu sehen gewohnt war. Es kommt eben auf die Gewohnheit an — was hat nicht die „Norddeutsche“ Alles bereits gesehen, was das Heptilienwirthschaft bis auf die jüngsten Enthüllungen über deren Verwendung, für sie wird der Schild nie weniger blank erscheinen.

Der Abglanz und das Widerspiel des deutschen Lebens ist die nationalliberale Partei, und der Prophet dieses Abglanzes ist der Reichstags-Abgeordnete Osann aus Darmstadt, der es am Sonntag aus dem nationalliberalen Parteitag zu Eisenach aussprach. Er gedachte als erster Redner Bismarck's als des Mannes, der Deutschland in den Sattel gehoben und dem sie Alle ewige Dankbarkeit schuldig seien. Er wandte sich gegen die Konservationen, die Freimüthigen, das Zentrum und die Sozialdemokratie. Nur die nationalliberale Partei sei das einzige Wahre. Die Zukunft der Partei liege nicht auf politischem, sondern auf wirtschaftlichem Gebiete.

Nach Osann sprach als zweiter Redner Hanschen Blum und ergoß sich in seinem bekannten, mit Schimpfereien gewürzten Phrasenbrot. Er bezeichnete die Ultramontanen wie die Sozialdemokraten als antinational. Letztere seien von dem Lassalle'schen Programm, von dem nationalen und geselligen Wege immer mehr abgewichen. Dann stellte er seine Geschichte der Entstehung des sozialdemokratischen Programms dar und wandte sich gegen das neue, in Erfurt zur Verabreichung stehende. Die Grundzüge des neuen Programms zielten ab auf schrankenlose Verthätigung des kommunistischen Prinzips, mit dem vollen Bewußtsein, die Massen dadurch zu vergiften, sie loszulösen vom Vaterlande, vom Glauben, von der Zucht und der Ordnung, sie zu Revolutionären zu erziehen, die dann loszuschlagen sollen, wenn ein Krieg mit Frankreich und Rußland das Vaterland bedrohe. Schließlich empfahl er Liebe zu den Arbeitern, aber Strenge gegen die Führer.

Nachdem dann der dritte Redner, Meyer-Heidelberg, noch etwas Kulturkampf getrieben und die Aufforderung gestellt, lebhaft gegen die Zulassung der Jesuiten zu agitiren, wurde der nationalliberale Parteitag geschlossen.

Wahrscheinlich dieser Parteitag trug vollständig das Gepräge der Ohnmacht und der vollständigen geistigen Herabgesunkenheit.

Zum Prozeß Baare. In ihrer Besprechung über die Bilanz des Bochumer Vereins kommt die „Westfälische Volkszeitung“ noch einmal kurz auf die Stempel-Affäre zurück. Die Veranlassung findet sie in dem Umstande, daß Baare Zeugnisse inländischer wie ausländischer Eisenbahn-Verwaltungen, welche sich recht günstig über die Haltbarkeit der Bochumer Fabrikate äußern, seinem Berichte hinzusetzt. Baare vergesse, daß diese Zeugnisse absolut nicht ausreichend seien, ihre Behauptungen über die unredlichen Machenschaften auf dem Bochumer Verein zu entkräften. Sie halte ihre sämtlichen Behauptungen aufrecht; die Zeugnisse richtigen höchstens aus, um die Frage anzumerken, ob die von den Eisenbahn-Verwaltungen gestellten Abnahme-Bedingungen vielleicht zu schwach seien, da thatsächlich von den Abnehmern verworfenes Material sich als haltbar erwiesen habe. Zum Schluß bemängelt die „Volkszeitung“ es, daß die Untersuchung gegen eine Anzahl von Beamten und Arbeitern des Bochumer Vereins bisher nicht zum Abschluß gebracht wurde. Die Schuld liege zum größten Theil an der Fülle des Materials; aber auch die Staatsanwaltschaft habe durch

eingetreten, wo er sicher mit Erdarbeiten nichts verdient und sich in seinem Handwerk als Mechaniker nicht vervollkommen kann.

Der junge Gelehrte mochte noch so dringend darauf bestehen und ihr vorstellen, daß zwei oder drei Tage mehr ihre geschäftliche Lage nicht verschlimmern würden, es konnte sie nichts unstimmen, Larivette blieb bei ihrem Entschluß. So war ihre Entlassung für den folgenden Morgen angeordnet worden.

Genau eine Stunde nach diesem Gespräch war Mijoulet gekommen und die Blumenverkäuferin hatte ihm erzählt, daß sie am nächsten Tage das Hospital verlassen würde. Sie hatte zu sehr früher Stunde ihn daher an den Markt des Innocents bestellt, um ihr beim Herbeischaffen der Blumen beistehen zu sein, welche sie sich zu kaufen vornahm. Es versteht sich von selbst, daß Mijoulet Freundsprünge machte, als er diese Neuigkeit vernahm.

Er hatte endlich die Gefährtin wiedergefunden, welche er so sehr liebte, und sollte nicht mehr nötig haben, sie in diesem abscheulichen Krankensaale anzufinden, der so traurig ansah mit seinen großen Betten, in denen immer einige Unglückliche stöhnten und röchelten und in welchen die schweigenden Gestalten der Schwestern und der Spitaldiener unaussprechlich leise nuschelten und diejenigen quälten, welche nach einem Leben voll Leid, Angst empfanden, wenn sie an den Tod dachten.

Er sollte sie wieder lächeln sehen in ihrer alten Heiterkeit inmitten ihrer Blumen; beide sollten ihre lustigen und zärtlichen Gespräche wieder aufnehmen können, ohne genöthigt zu sein, mit dieser Stimme zu flüstern, wie sie es während eines langen Monats hatten thun müssen.

— Ach! Larivette, wenn Sie wüßten, wie glücklich ich bin; aber meine Arbeit als Mechaniker werde ich fortsetzen dürfen, nicht wahr?

— Nicht doch, Närechen, Du wirst zunächst mit mir arbeiten, Du wirst mir helfen; wir werden bald zu thun bekommen, darum gehe und bringe da unten alles in Ordnung.

Larivette hatte gesprochen in dem Tone eines Großhändlers, der ein ungeheures Magazin in Ordnung bringen

ihm Vorgehen gegen Fasangel das Verfahren unndehiger weise verzögert. In Duisburg sei Fasangel sogar verhaftet worden, mit Rechtsanwalt Wallach über Baare zu sprechen; Briefe, die Mittheilungen über den Stand der Stempelangelegenheiten enthielten, seien ihm gar nicht übergeben worden. Trotzdem sei Fasangel in den letzten Tagen vor den Untersuchungsrichter geladen, dort verurteilt und die Vorlegung des gesammten Beweismaterials gegen Baare von ihm verlangt worden. Fasangel habe unter Hinweis auf seine früheren Erklärungen die Staatsanwaltschaft für jede Verzögerung verantwortlich gemacht, den Besitz weiteren Beweismaterials nicht in Abrede gestellt, dagegen für die Sichtung und Bearbeitung desselben eine gewisse Frist verlangt, welche ihm auch zugestanden worden sei. Die ganze Voruntersuchung würde wahrscheinlich schon längst abgeschlossen sein, wenn Fasangel seine jüngste Strafe wenigstens hätte in Bochum verbüßen können.

Die Abänderung des bayerischen Polizei-Strafgesetzbuchs in Beziehung auf Versicherungsgesellschaften ist vom Landtage angenommen. Bog den Abgg. v. Stauffenberg und Gunzenhausen war ein Zusatzantrag gestellt, wonach die neuen gesetzlichen Bestimmungen auf Gewerkschafts- und eingetragene Hilfskassen keine Anwendung finden.

Minister von Fellsich bemerkte hierzu:

Es sei ihm nie in den Sinn gekommen und komme ihm auch nicht in den Sinn, den § 360 Ziff. 9 auf die eingetragenen Hilfskassen zu beziehen; wenn er es thun würde, so würde er sich einer Gesetzesverletzung schuldig machen. Für die eingetragenen Hilfskassen sei das Reichsgesetz vom 7. April 1876 maßgebend und es sei ihm eigentlich unerfindlich, wie man dazu kommen könne, den vorliegenden Gesetzesentwurf auf diese Kassen zu beziehen. Was die Gewerkschaftskassen anlangt, so sei der Ausdruck „Gewerkschaftskassen“ ein juristisch schwer festzustellender Begriff. So lange solche sich nur mit Unterstützung befaßten und nicht eine Rente in Aussicht stellten, stellten sie weder unter das Reichs-Strafgesetz noch unter das bayerische Polizei-Strafgesetzbuch. Die Staatsregierung hege keine Hintergedanken und werde gegen die Unterstützungsvereine in thunlich rücksichtsvoller Weise vorgehen.

Darauf wurde der Zusatzantrag zurückgenommen. Es war nach den vielen Versuchen, die in Deutschland gemacht sind, um die Unterstützungsvereine der Arbeiter unter den § 360, Ziffer 9, zu bringen, wohl angebracht, diese Frage in Erwägung zu bringen und die Erklärung des Ministers zu provoziren, damit nicht jede untergeordnete Behörde ihre juristische Interpretationskunst gegen die Arbeitervereine lehre.

Mit der Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel verbindet sich noch die Herabsetzung der Löhne, mit der grade die größten Industriellen vorangehen, die freilich auch in den staatlichen Verwaltungen oft ein Vorbild haben. So wird aus dem Saarrevier gemeldet, daß die Bergbehörde wieder daran geht, die Bedinge herabzusetzen. Ob es in diesem Sinne gemeint war, daß die staatlichen Bergwerke zu Meisterinstituten gemacht würden?

Für Deutsch-Ostafrika ist vom dortigen Gouverneur eine Schnaps-Verordnung erlassen, die mit dem 1. Januar in Kraft tritt. Dieselbe bestimmt:

Das bisherige Verbot des Verkaufs und Ausschanks geistiger Getränke wird vom Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung dahin geändert, daß es sich in Zukunft nur noch auf farbige erstreckt, insofern der Verkauf und Ausschank solcher Getränke an Weibe unbedingt freigegeben ist. An farbige dürfen geistige Getränke nur ausnahmsweise mit besonderer schriftlicher Genehmigung der Ortsbehörde (Bezirkshauptmann oder Stationschef) eines in Erkrankungs-fällen als Arznei verabreicht werden. Diese Genehmigung darf jedoch nicht allgemein, sondern nur von Fall zu Fall ertheilt werden.

Unter geistigen Getränken im Sinne dieser Verordnung sind Spiritus, Schnaps aller Art und Biqueure zu verstehen.

Aus Rußland brachte der Telegraph wieder die Nachricht von Studentenunruhen; es sollte in Kiew eine Verschwörung entdeckt und 500 Studenten verhaftet sein. Der ganze Värm drehte sich um geheime Lesezirkel, in denen weder nihilistische noch anarchische Anschläge geschwie-

läßt, während ihre Bude kaum zwei Meter in der Breite und anderthalb Meter in der Tiefe maß.

— Ganz recht, Ramsell, ich werde morgen früh mit Ihnen gehen, um Ihnen die Blumen ordnen zu helfen, aber nachher wird es für mich nichts mehr zu thun geben, da Sie früher das übrige auch allein machten. Sie werden mich wieder auf die Champ de Mars gehen lassen, wo ich weiter fahren kann; nicht wahr?

Trotzdem Mijoulet ein sehr solches Aussehen hatte, als er diese letzten Worte sprach, stieß er doch einen sehr schweren Seufzer aus, weshalb Larivette, welche ihn verstanden hatte, lächelnd zu ihm sagte: — Aber Du wärdst gewiß vorziehen, Dich vor einem Bettisch zu setzen, mit einer guten Feile in der Hand?

— Ja freilich, Ramsell! Wie es nur möglich ist, solch einen Haufen Arbeiter da hinzustellen, um Erdarbeiten zu machen! Es sind Leute von allen Professionen dabei beschäftigt, Goldarbeiter, Eisenarbeiter, Zimmerleute, Schlosser, Maurer, kurz, das ganze Handwerk, mit feinen Geoarbeitern. Es ist kaum glaublich, wie Bürger Mijoulet sagt, daß man drei Tage lang gekämpft und eine Revolution gemacht hat, um dahin zu gelangen, den Erdarbeiten zu schloßen! Das kann nicht so weiter gehen; es giebt jetzt Leute, welche sagen, daß man nach der Vergrößerung des Bodens auf dem Champ de Mars noch einmal daran gehen wird, das Kloster von Paris aufzuheben, eine Geschichte, welche Ueberschmelzung in die Arbeiter bringt und mir wieder eine neue Zeit verschafft.

— Nun wohl, Du sollst nicht mehr dorthin zurückkehren, sagte Larivette, und bist Du eine Mechanikerin statt fündet, in die Du eintreten kannst, und war als Arbeiter und nicht als Lehrling, sollst Du bei mir bleiben.

Jetzt war die gute Jahreszeit für den Blumenhandel nach dem Winter, während dessen sie zu thener sind, für die Pariser über die Blumen her, wie das Glend über die armen Leute. Da giebt es schon für zwei Leute zu erheben.

Während Larivette sprach, hatte Mijoulet, ganz glücklich bei dem Gedanken, sie nicht mehr verlassen zu müssen, seine rechte Hand in die Tasche seines blauen Kittels gesteckt.

(Fortsetzung folgt.)

Tokales.

sondern nur die Werke Tolstoi's, Soltkow's und anderer Schriftsteller gelesen wurden. Der wahnsinnige Despotismus zwingt in Rußland auch den unversänglichsten Lebensäußerungen das Dunkel des Geheimnisses auf.

In der Schweiz wurde am Sonntag in der Volksabstimmung der Zolltarif und das Bankmonopol angenommen. Für den Zolltarif stimmten 204 821, gegen denselben 128 554. Ein ähnliches Verhältnis fand bei der zweiten Vorlage statt, doch ist die Stimmenzahl noch nicht vollständig festgesetzt. Die Demokraten sowie die Sozialdemokraten stimmten für das Bankmonopol aber gegen den Zolltarif.

Korrespondenzen und Parteinarbeiten.

Der Sozialdemokratische Verein für den 1. Hamburger Wahlkreis hatte im 3. Quartal eine Gesamteinnahme von 8622,78 M., während die Ausgaben nur 3082,35 M. betrugen. Es verblieb somit ein Ueberschuß von 5540,43 M., wovon 5000 M. dem Vertrauensmann überwiesen wurden.

Der Sozialdemokratische Verein für den 2. Hamburger Wahlkreis hat die Vereinigung der drei sozialdemokratischen Vereine in eine Korporation abgelehnt. Diese Zentralisation war unter Berufung auf die Verschiedenartigkeit der Beschlüsse über einen und denselben Gegenstand, welche bei der jetzigen Art der Organisation vorkommt, beantragt worden. Hauptsächlich die Erwägung, daß die vom Zentrum der Stadt, in welchem die Versammlungen doch vorwiegend abgehalten werden würden, entfernter wohnenden Parteigenossen durch jene Zentralisation benachteiligt werden würden, führten zur Ablehnung des Antrages.

Der Verlag der sozialdemokratischen „**Volkswacht**“ in Breslau muß täglich zwei Pflichtexemplare dieses Blattes an das Reichsministerium abliefern. Wie man hört, darf aber die „Volkswacht“ auf Verweigerung des betreffenden Vorstehers jenes Instituts nicht mehr als Letztare für die Studenten angelegt werden.

Diese Vorsicht läßt einfach darauf schließen, daß die Breslauer Studenten den sozialdemokratischen Einflüssen „zugänglich“ sind, als für gewöhnlich zugegeben wird.

Den „**neuen Kurs**“ schildert in der Halberstädter „**Sonntagszeitung**“ ein alter Parteigenosse recht anschaulich: „Die „Sonntagszeitung“ hat einen neuen Redakteur angenommen, weil sie selber zugestimmt, der erste Redakteur mit Strafanträgen überhäuft worden. Wird der neue Redakteur besser fahren, als sein Vorgänger? Ich bezweifle es sehr, denn ich kenne die Schicksale der Redakteure früherer hiesiger Arbeiterzeitungen, da die „Sonntagszeitung“ nicht die erste derartige Zeitung ist. Im Jahre 1877 erschien die „Halberstädter Freie Presse“. Sie war jedenfalls auch voll Gift und Galle, denn es regnete Strafanträge, Hausdurchsuchungen und andere Lebenswürdigkeiten. Schließlich wurde der Redakteur zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Als sein Nachfolger sein Amt antrat, sagte ich zu ihm: „Nun heißt es den Nacken steifen.“ „Ach!“ antwortete er, „das wird so schlimm nicht werden; ich werde nur liberalisch“ schreiben und man wird mir nichts anhaben können.“ Da habe ich ihn angelacht und es zeigte sich bald, daß auch er es nicht verstand, die Paragrafenklappen zu umsehlen. Und weil er gar zu „gütig“ war, so mußte auch er ein halbes Jahr ins Loch. Die „Freie Presse“ aber wurde unterdrückt und die Gesellschaft ahmete erleichtert auf, als sei ihr ein Alp von der Brust genommen. Im Jahre 1882 erschien ein neues Arbeiterblatt, die „Sonntagszeitung“. Zwei Jahre lang behauptete sie sich unter den Aufpälsen des Ausnahmefalles, und das will etwas heißen. Aber sie mußte fallen und so fiel. Der Redakteur und Herausgeber wurde wieder zu 6 Monaten verurteilt und ihm die Konzeption zum Schriftensvertrieb entzogen. Die „Sonntagszeitung“ hatte außerdem andere Unbilligkeiten auszuhalten; so z. B. that ihr damaliger Drucker Alles, sie ungenießbar zu machen und sich technisch zu blamieren. Das Blatt wimmelte von Druckfehlern und Fehldruckungen, wodurch mitunter der ursprüngliche Sinn des Aufsatzes bis zur Unkenntlichkeit entstellt wurde; schlechtes, durchschlagendes Papier, Unpünktlichkeit in der Fertigstellung. Die unläutere Arbeit sprach in die Augen und so wurde der Drucker nach Verurteilung verlegt und Kofski zeichnete für die Redaktion. Aber jetzt bald wurde die Zeitung verboten, weil sie wahrscheinlich zu „gütig“ war. Darauf abonnierten wir auf die nun existierende „**Harzer Post**“, welche in Sonneberg erschien. Da die Staatsanwaltschaft dieselbe als Fortsetzung der „Sonntagszeitung“ betrachtete, so erlebte dies Blatt nur 3 Nummern. Jetzt haben wir wieder eine „Sonntagszeitung“ und man sollte meinen, daß dieselbe da das Sozialistengesetz gefallen, weniger „gütig“ sei. Hehlgeschossen! Es scheint, daß sich unser Ort keiner Arbeiterzeitung ungestraft erwehren darf, denn die Häufigkeit der Strafanträge, die diversen Hausdurchsuchungen und die vielen Strafen sehen dem verbliebenen Ausnahmezustand verunsichert ähnlich und der Kurs ist der alte geblieben. Bleiben wir drum ebenfalls — die Alten!“

Das Venetianer Gericht verurteilte den Redakteur Kurowski von der „**Gazeta Rabatnicza**“ wegen Verleumdungsvergehen zu 2 Monaten Gefängnis.

Aus der Schweiz. Der Schweizerische Grütli-Verein hatte am Schlusse der Geschäftsperiode 1. Oktober 1889 bis 31. Dezember 1890 in 363 Sektionen 16 301 Mitglieder, d. h. 59 Sektionen und 1025 Mitglieder mehr als zu Beginn der Periode. Das Vereinsorgan, der „**Grütli**“, war ein Organ von 133,79 Fr. ab. Das Vermögen des Gesamtvereins betrug 38 209,17 Fr., worin ein Guthaben an die Grütli-Druckerei von 22 725 Fr. inbegriffen ist. Die seit dem 23. Januar 1890 von Betrieb stehende Grütli-Druckerei hatte auf den 31. Dezember 1890 bei 71 182,35 Fr. Aktiven und 69 608,59 Fr. Passiven einen Aktivaüberschuß von 1573,46 Fr. zu verzeichnen: Druckarbeiten lieferte sie, außer den Druckkosten für eigenen geschäftlichen Bedarf, für 37 563,37 Fr. — Der **Schweizer Gewerkschaftsbund** zählte Ende September 191 Sektionen mit 7400 Mitgliedern. In den letzten paar Jahren ist dieser Verband ganz erheblich gewachsen. (Statt 7400, sagt der Basler „**Volkstribüne**“, künden es aber 74 000 Mitglieder sein, wenn die Arbeiter nur wollten — wenn sie nicht zu gleichgültig gegen ihre eigenen Interessen und zu feige wären!) Der Gewerkschaftsbund hat ein Vermögen von 2847,52 Fr.; die Reservekasse bereits ein solches von 18 502 Fr. — Im Großen Rath der Stadt Basel haben dessen sozialdemokratische Mitglieder Ad. Müller, Ott. W. Sarmant, G. Kestler, G. Busslinger und W. Arnold beantragt, der Regierungsrath solle eingeladen werden, zu untersuchen und Bericht darüber zu erstatten, welche Mittel, Maßnahmen und Einrichtungen in Vorschlag zu bringen sind, um dem auch in Baselstadt vorhandenen Rothstand unter der armen arbeitenden Bevölkerung wirksam entgegenzutreten zu können. Als geeignete Wege erscheinen die sofortige Zwangsannahme staatlicher Arbeiten, weibliche Jugendausbildung der gemeinlichigen Institute und die unentgeltliche Abgabe unentbehrlicher Lebensmittel, Kleidung und Heizungsmaterial.“

Der vorgestern Abend um 10 Uhr 32 Minuten von Breslau nach Berlin abgelassene Schnellzug ist bei der Einfahrt in Koblitz um 12 Uhr 50 Minuten nach Zusammenstoß mit einer Rangirmaschine entgleist. So weit bis jetzt festgestellt, sind zwei Reisende getödtet und drei Reisende, sowie Führer oder Beizer der Rangirmaschine verletzt worden. Der Schnellzug war etwa 100 Meter vom Bahnhof Koblitz entfernt, als — vermutlich infolge vorzeitiger Weichenstellung — die Rangirmaschine in schräger Richtung in denselben hineinfuhr. Ein von dem Zusammenstoß zunächst betroffener Waggon zweiter Klasse wurde umgeworfen und die Rangirmaschine auf denselben halb hinaufgeschoben. Der Schornstein drang in das erste Kuppel des nachfolgenden Wagens dritter Klasse und sandte eine enorme Rauchwolke in dasselbe hinein. Die dort befindlichen Reisenden, welche durch den kolossalen Rauch fast betäubt waren, wurden nur mit Mühe noch rechtzeitig gerettet. Auch der Schlafwagen und die beiden Lokomotiven des Expresszuges waren aus dem Geleise gehoben und umgeworfen. Die sofort vorgenommenen Rettungsarbeiten gestalteten sich bei dem zertrümmerten, nur noch einem Breiterhausen gleichenden Waggon zweiter Klasse besonders schwierig. Hier mußte die ganze Wende abgehoben werden, um die unter den Trümmern befindlichen Passagiere, welche jammernd um Hilfe riefen, hervorzuholen. Ein zufällig im Zuge anwesender Arzt übernahm den Sanitätssdienst bis zum Eintreffen mehrerer Ärzte aus Koblitz. Eine große Anzahl Passagiere hat Kontusionen und Brandwunden davongetragen. Diejenigen Reisenden, welche die Fahrt fortsetzen konnten, wurden nach 1 1/2 stündigen Aufenthalt mittelst eines Extrazuges weiterbefördert und trafen heute früh um 1/27 Uhr mit halbstündiger Verspätung in Berlin ein. Nach weiteren Meldungen sind bei dem Zusammenstoß der Schlafwagen und zwei Personenwagen stark beschädigt. Für den verunglückten Zug wurde ein neuer mit siebzig Minuten Verspätung abgelassen.

Die „**Norddeutsche Allgemeine Zeitung**“ erhält hierzu folgendes Privattelegramm: Unter den Todten und Beschädigten bei dem Eisenbahnunglück befindet sich, soweit jetzt bekannt: Kaufmann Schaefer aus Buxtehude (Oberschlesien), Apotheker Wiener (Berlin), Lieutenant v. Kardorf, Mittelmeister v. Höhn, Dr. Wolf-Berlin, Maschinenführer Zippel-Wahlstedt, Beizer Trenner-Koblitz, ein Passagier schwer verletzt.

Zwei Mordthaten werden uns, als in der Nacht zum Sonntag geschehen, gemeldet. Die erste spielte sich in unserem Vorort Friedrichsberg ab und hat mit dem Tode eines 25-jährigen Mannes geendet. Der in der Scharnweberstraße daselbst bei seinem Brotherrn, dem Möbelhändler Richter, wohnende unverheiratete Kaufmännin paßierte in der zwölften Abendstunde, von einem Ballkoll in der Frankfurter Allee kommend, die Kronprinzengasse, als er plötzlich von drei jungen Menschen angegriffen wurde. Als sich St. dies höflich aber entschieden verbat, schlugen die Streiche auf ihn ein und zwangen ihn, vor der Uebermacht die Flucht zu ergreifen; vor dem Hause Kronprinzengasse 18 holten sie den Fliehenden ein, rissen ihn zu Boden und mißhandelten den Wehrlosen in entsetzlicher Weise. Bei Annäherung von Straßenpassanten und Bewohnern der nächsten Häuser flohen die Thäter und auch Stabbe raste sich auf und schleifte sich noch bis zur Frankfurter Allee, an deren Ecke er bewußtlos zusammenbrach. Hier fanden ihn etwa 1/4 Stunden später Vorübergehende auf dem Bürgersteig liegend; der Kerne athmete nur noch leise und starb bald darauf nach vor Eintreffen des hinzugerufenen Arztes infolge Verblutung. St. hatte vier Messerstücke in den Kopf erhalten, deren einer eine Blutsene am Hinterkopf getroffen und so den Tod herbeiführt hat. Von dem Messerhelden war einer als der 18-jährige in der Kronprinzengasse 20 wohnende Wuchse Schinke erkannt worden und wurde derselbe Sonntag früh ebenso wie der 17-jährige Bursche Grothe in der Friedrich-Karl-Straße von Gendarmen dingest gemacht und nach dem 18. Polizeipräsidium am Alexanderplatz gebracht. Beide behaupten im Verhör, nur mit der Faust geschlagen zu haben, während der eigentliche Messerheld eine ihnen unbekannt Person gewesen sei.

Die zweite Mordthat, welche durch eine Schlägerei zwischen Studenten und Kaufleuten verursacht wurde, fand am Sonntag Morgen um 2 Uhr in dem Nachhaus zum „**Propst**“ in der Neuen Königstraße statt. Hier hatten sich zwei Juchgesellschaften, aus Studenten resp. Kaufleuten bestehend, eingefunden und zwischen beiden Parteien, die sich übrigens in animierter Stimmung befanden, kam es bald zu Streitigkeiten, welche schließlich in einen Tumult ansarteten und bald bildete das ganze Lokal einen wilden Kampfsplatz. Im Verlaufe der enormen Schlägerei wurden acht Personen mehr oder minder verletzt, schwere Verwundungen erlitten jedoch die beiden Kaufleute B. und H., in der Friedenstraße resp. Neue Königstraße wohnhaft, deren Köpfe fast zur Unkenntlichkeit entstell waren und die nach Anlegung von Nothverbanden nach ihren resp. Wohnungen geschafft wurden. Erst einer Abtheilung der in der Wache des 18. Polizeiviertels herbeigeschickten Schuppen gelang es, die Kämpfenden auseinander zu bringen und mehrere Eistrungen vorzunehmen.

Raubausfall. Ein überaus frecher Raubausfall ist vorgestern Abend um 7 Uhr im sogenannten Kleinen Thiergarten, nahe dem Kriminalgerichts-Gebäude, verübt worden. Als der Stallmann der Großen Berliner Pferde-Eisenbahn, August Neumann, um die angegebene Zeit jene Anlage durchließ, sprang plötzlich hinter dem Gebüsch ein Kerl hervor, der sich auf Neumann warf und ihn über und Kette zu entlocken versuchte. Der Ueberfallene hielt den Räuber, welcher ihn das Gesicht mit den Fingernägeln zerkratzte, fest, hatte aber nach kurzer Zeit bloß noch den Rock desselben in der Hand, während der Räuber entkommen war. Nach vorgefundenen Papieren handelt es sich um einen nach Verhaftung einer 18 monatlichen Strafe an Wachsen lassen Strafling, welcher wohl alsbald festgenommen werden wird. Der Kleine Thiergarten pflegt von Polizeipatrouillen viel durchstreift zu werden und ist sonst durchaus sicher.

Ein unangenehmes Abenteuer hatte in der Nacht zum 18. d. Mts. der Weber V. Er betrat ein Schanklokal in der Döschstraße, trank ein Glas Bier und theilte den Gästen mit, daß er kein Nachquartier habe und für ein solches 50 Pf. bis 1 M. gern zahlen würde. Einer der Anwesenden, in dem später der Mauerpolier Sommer festgestellt wurde, erbot sich, V. nach seiner Wohnung mitzunehmen, und führte ihn nach einem Hause der Döschstraße. Hier erklärte er aber, V. könne bei ihm nicht schlafen, müsse sich vielmehr mit einem Lager auf dem Boden begnügen. Er führte denselben nach dem Seitengebäude fünf Treppen hoch, wo V. sich niederlegte. S. verließ den Raum und V. bemerkte, als er nach 1 1/2 Stunden erwachte, daß der Noth, mit dem er sich zugedeckt hatte, von ihm fortgezogen wurde. Er versuchte, sich aufzurichten, wurde aber niedergedrückt; es kniete jemand auf ihm, sagte ihm an die Gurgel und wargte ihn. Gleichzeitig hörte er eine Stimme: „mach doch schnell“, und es wurde ein Streichholz angezündet, bei dessen Schein eine andere Person die Taschen V.'s untersuchte und ihnen einige Mark entnahm. Darauf verschwand beide. Die Räuber, von denen einer der Gafgeder ist, wurden verhaftet.

Ein Brandausfall ereignete sich vorgestern Abend gegen 8 Uhr auf dem Grundstück Urbanstraße 33. Im zweiten Stock eines linken Seitenflügels hatte man ein Kind allein in einer Wohnung zurückgelassen, das die in der Küche stehende brennende Petroleumlampe sich auf den Leib geworfen hatte. Die Lampe wurde dabei zertrümmert und im Nu stand das Kind in hellen Flammen. Wenn auch Nachbarn schnell zur Hand waren und das Feuer erlosch, so mußte das Kind doch schnell nach dem

nahen städtischen Krankenhause geschafft werden. Den Brand, der in der Küche entzündet war, löschte die Feuerwehr ohne Mühe. — Am Sonnabend ist bei einem anderen Brande ein Dienstmädchen verunglückt. Im Wirthshause Fischerbrücke 25 entzündete sich beim Abfegen von Erlebeinen Spiritus, der dem Dienstmädchen Auguste Gutsche derartig über den Leib floß, daß die Unglückliche am ganzen Körper schwere Brandwunden erlitt. Ihr Zustand war so bedenklich, daß die Feuerwehr sofort mit einem Personenwagen den Arzt Dr. Bock herbeiholte, der eine Morphium-Injektion machte, um die Schmerzen des Mädchens zu lindern. Dann wurde die Schwerverletzte nach dem Hedwig-Krankenhause gebracht. Die Flammen die sich während dessen über Thüren und Fenster der Küche verbreitet hatten, wurden bald gelöscht. — Ein brennender Eisenbahn-Wagen veranlaßte vorgestern Vormittag auf dem Güter-Bahnhof der Ringbahn-Station Gestandbrunnen das Herbeirufen der Feuerwehr. Wohl infolge von Selbstentzündung war die aus Korkabfällen bestehende Ladung eines Güterwagens, welche für eine hiesige Linoleumfabrik bestimmt war, in Brand gerathen. Es gelang, das Feuer zu löschen, jedoch ist der größte Theil der Ladung verbrannt.

In dem Zusammenstoß des Geristes in der Contardstraße 3 haben die behördlichen Ermittlungen ergeben, daß anscheinend grobe Fahrlässigkeit den Unfall nach sich gezogen hat. Einer der Diebriegel, welcher als Träger des Geristes diente, war auf dem Dache nur in der Weise befestigt worden, daß man einen mit Steinen gefüllten Sack auf das hintere Ende gelegt hatte. Als nun die drei Arbeiter das Gerüst bestiegen, gab der Diebriegel nach, so daß das Gerüst aus der horizontalen in eine vertikale Lage kam, und die Leute herabstürzten. Der verantwortliche Dachdecker wird sich wegen fahrlässiger Tödtung verantworten müssen.

Zur Flucht Wegel wird folgendes bekannt: Der Württembergischer Wagnere aus der medlenburgischen Stadt Gnoien fuhr Mitte vorigen Monats mit der Eisenbahn von Gnoien nach Valendorf, und fand dort in dem Wagen, welchen er bestieg, Wegel vor, den er genau kennt. Wagnere wandte sich an ihn mit den Worten: „Sind Sie nicht Herr Wegel?“ Der Angeredete entgegnete ganz ruhig: „Mein Name ist Wegel; wer sind Sie denn?“ Als Wagnere seinen Namen nannte, äußerte Wegel: „Ach ja, jetzt weiß ich schon Wegel.“ Dann hat er Wagnere, auf die alte Freundschaft mit ihm ein Glas Bier zu trinken, was auch auf dem Bahnhof Valendorf geschah. Der Württembergischer, welcher keine Zeitung liest, hat von dem Raubmorde keine Ahnung gehabt. In dem Zimmer, wo Beide das Bier tranken, befanden sich noch der Gerichtsassessor W. aus Berlin und eine Kellnerin. Als nun Wagnere später von der That Wegel's hörte, theilte er seine Wahrnehmung sofort der Spandauer Polizei mit. Es erfolgte eine Abhörung Weckensburg nach allen Richtungen hin, aber vergebens. Der Wagnere wie auch die Kellnerin haben die Wilsnisse Wegel's mit aller Bestimmtheit als diejenigen des Mannes erkannt, welchen sie in Valendorf gesehen haben.

Soziale Uebersicht.

Aufruf an die Gewerkschaften Berlins! Genossen! Wie Ihnen bekannt sein wird, befinden sich die stets opferbereiten Weisgerber schon seit circa 2 Monaten im Kampfe mit der prostruirtigen Kapitalmacht; dieselbe will den Weisgerbern die von ihnen durch starke Organisation erlangte verkürzte Arbeitszeit wieder verkürzen, um dieselben so in ihrer Lebenshaltung wieder herabzudrücken.

Wir halten es nun für Pflicht sämmtlicher zielbewußten Arbeiter Berlins hier mit aller Kraft einzutreten, damit dem heutzutageigen Kapital das Vorhaben nicht gelingt und unsere Genossen aus dem ihnen aufgedrungenen Kampfe siegreich hervorgehen.

Darum, Genossen, ersuchen wir Sie, laufe jeder einzelne zielbewußte Arbeiter die zu diesem Zwecke von der Berliner Streik-Kontrollkommission ausgegebene Haus-Pfeumig-Marke und halten Sie in den bei dieser Kommission vertretenen Gewerkschaften Ihre Delegirten an, daß dieselben die gesammelten Gelder so schnell wie möglich an den Genossen H. Millard, Lehrstr. 22 II, resp. an das Ausschußmitglied, von welchem sie ihre Marken entnommen haben, abliefern.

Genossen! Wir sind nun überzeugt, daß Jeder von uns seine Schuldigkeit thun wird und wir so geschlossen unseren freudigen Genossen zum Siege verhelfen werden, denn was heute den Weisgerbern passiert, kann schon morgen jeder anderen Gewerkschaft widerfahren und dann werden die Weisgerber auch ihre Pflicht thun und auch wir werden ebenfalls energisch dafür eintreten, daß sie zum Siege gelangen.

Mit Gruß
Der Geschäftsführende Ausschuß der Berliner Streik-Kontrollkommission.
J. A.: O. Wipke, Stahlstr. 61.

Achtung, Schneider und Schneiderinnen Berlins! Es gilt in der heutigen Zeit, sich immer mehr und mehr zusammenzuschließen, um gemeinsam die Interessen der Kollegen und Kolleginnen zu fördern. Nur durch eine gute Organisation ist es uns möglich, den augenblicklichen Verhältnissen Rechnung zu tragen und die Aufgaben, welche an uns herangetragen, zu erfüllen. So richten wir an alle Kollegen und Kolleginnen die Bitte, sich der bestehenden Organisation, dem deutschen Schneider- und Schneiderinnen-Verband, anzuschließen.

Die Zahlstellen befinden sich:
Zentral-Arbeitsnachweis und Auskunfts-Bureau, wochentäglich von 8 Uhr Morgens bis 1 Uhr Mittags, Montag Abends von 8—10 Uhr bei Seefeldt, Grenadierstr. 33; Mittwoch Abends von 8—10 Uhr im Restaurant Prog, Kuenstr. 9; Sonnabend Abends von 8—10 Uhr, im Vertheilungsal Markgrafstr. 88. In allen Zahlstellen werden neue Mitglieder aufgenommen. Die Fachzeitung erscheint jeden Freitag; dieselbe kann in allen Zahlstellen von den Mitgliedern entgegengenommen werden. Mitglieder, welche dieselbe zugesandt wünschen, zahlen vierteljährlich 3 Pf. extra. Die Herberge befindet sich Ritterstr. 128, bei Strauß.
Die Ortsverwaltung.

Die Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Arbeiter (G. H.) hält am 1. und 2. November in Charlottenburg eine außerordentliche Generalversammlung ab, um über ihren Fortbestand Beschluß zu fassen. Entweder müssen die Beiträge erhöht oder es muß das Krankengeld herabgesetzt werden, wenn die Kasse ihren Charakter als eingeschriebene beibehalten will.

In Inseraten aller Art suchen die Buchdruckereibesitzer Deutschlands Seher und Maschinenmeister, in der Regel unter der Bedingung, daß dieselben sich zu heftigständiger Arbeitszeit verpflichten. Da die Buchdruckergesellschaften die Einführung des Neunkundentages bezwecken, um in erster Linie den Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen, so ist es unabweisbare Pflicht jedes Gesellen, allen Arbeitsangeboten, welche eine Vahmung der Neunkundentagesbewegung hervorzurufen sollen, keine Folge zu geben, sondern durch Nichtannahme solcher Konditionen die Gewerkschaft in ihren Zwecken zu fördern und dadurch sich selbst für künftig größere Sicherheit der Arbeitslosigkeit zu schaffen, als die Buchdruckereibesitzer bei Beibehaltung der heftigständigen Arbeitszeit trotz aller Versprechungen jemals gewährleisten können.

Theater.

Dienstag, den 20. Oktober.
Spernhaus. Die Hochzeit des Figaro.
Schauspielhaus. Das Käthchen von Heilbrunn, oder: Die Feuerprobe.
Deutsches Theater. Die Kinder der Eyzellen.
Reizner Theater. Die Bluthochzeit.
Festung-Theater. Die Ehre.
Lesbener-Theater. Von Dreien der Glücklichste. — Vorher: Besuch nach der Hochzeit.
Wallner-Theater. Sportgeschichten. Hierauf: Gewagte Mittel.
Friedrich-Wilhelmstadt Theater. Der Vogelhändler.
Thomas-Theater. Herr und Frau Doktor. — Der Präsident.
Ostend-Theater. Die Grille.
Selkianer-Theater. Jung-Deutschland zur See.
Adolph Ernst-Theater. Der große Prophet.
Alexanderplatz-Theater. Schwarze Stübe.
Feenpalast. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Herkord in Palast-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Hausmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Cirkeller Theater und Spezialitäten. Vorstellung.

heater d. Reichshallen
 Großer Erfolg!
Brüder Beiso
 und das Wunderthier.
 6 Londoner Backfische.
Maria in Bonita.
Chas Haydn.
Avolo Boys.
 u. f. w. u. f. w. Anfang 7 1/2 Uhr.

Gratweil'sche
Bierhallen.
 Kommandantenstr. 77-79.
 Heute sowie täglich:
Auflreue der
Hamburger Gaudebrüder
 Konzert- und Koupletsänger.
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags
 6 Uhr. Entree: Wochentags 10 Pf.,
 Sonntags 25 Pf.
 Empfehle meinen berühmten Mittags-
 tisch à la Duval. 3 Regelbahnen
 6 Billards, 2 Säte. 1169L

Stablissement Buggenhagen
 am Moritzplatz.
 Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
 Direktion A. Bödman.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Auswahl von Bogenhofer
 Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 F. Müller.

Passage-Panopticum
 und
Theater Variété
 I. Ranges
 50 Pfennig.

Prinzess Pauline,
 die lebende Puppe in
Castan's Panopticum
 ohne
Extra-Entree.
 Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.
Präuser's anatomisches
MUSEUM

Kommandantenstr. 80-81.
 Viel Neues
 tägl. von früh 9 b. Ab. 10
 für erwachs. Herren.
 Dienstag u. Freitag: Damentag.
 Entree 50 Pf., Militär 25 Pf. [142L]

Feen-Palast
 Burgstraße, neben der Börse.
 Spezialität: Theater I. Ranges.
 Anf.: Wochentags 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.
 Sonntags 6 1/2 " " 75 "

Berliner
Bockbrauerei
 empfiehlt ihre 2 großen Säle
 zu Versammlungen und Festlichkeiten.
August Thiedemann,
 1440L Oekonom.

Circus Renz.

Karlstraße.
 Dienstag, den 20. Oktober, Abends
 7 1/2 Uhr: „Auf Helgoland“,
 oder: „Ebbe und Fluth“, große
 hydrol. Ausstattungs-Pantomime in
 2 Akte, mit Nationaltänzen (80 Damen),
 Aufzügen u. Dampfschiff- und Boot-
 fahrten, Wasserfällen, Riesen-Fontänen
 mit allerlei Lichteffekten u. arrangirt
 u. inszenirt vom Dir. E. Renz. Kunst-
 schwimmerinnen 3 Geschw. Johnson.
 Schluss-Tableau: Grande Fontaine la-
 minense, in einer Höhe von mehr
 denn 80 Fass ausstrahlend. Außerdem:
 4fache Fahrmaschine, ger. von 4 Herren
 mit 8 Schulpferden. 6 Trakolner
 Rapphengste, auf dress. u. vorgef. v.
 Herrn Franz Renz. Schulpferd Tro-
 pido, ger. v. Fr. Oceana Renz. Qua-
 drille de la Grande Duchesse, ger. v.
 16 Damen. 3 Gebr. Briatore. Mr. F.
 Chiarini, Jockeyreiter I. Ranges. Mr.
 Henry Briatore, Grotesquereiter. Auf-
 treten der Equilibristinnen Geschw.
 Cottrolly. Komische Entrees v. sämt-
 lichen Klowns u.
 Täglich: „Auf Helgoland.“
 E. Renz, Direktor.

Circus G. Schumann.
Friedrich-Karl-Platz, Ecke Karlstr.
 Heute Abend: Große Vorstellung
 mit neuem vorzüg. gewähltem Progr.
 Befond. hervorzuheben: Die dreifache
 Spring-Fahrmaschine. Parforce-Reiterin
 Edith Adams. Römischer Circusartritt
 mit 12 Pferden. Mr. Joe Hodgkin,
 engl. Jockey. 3 Etagen-Karussell mit
 25 Pferden. Parforce-Reiter Victor
 Bedini. Sämtliche Klowns. Zum
 18. Male: Eine Nacht in Venedig.
 Neueste Original-Wasser-Pantomime in
 zwei Aktheilungen, mit sensationellen
 Licht- und Wassereffekten, als: groß-
 artiger, mit elektrischer u. bengalischer
 Beleuchtung versehener Original-
 Wasserfall. Ein mit circa 300
 Wasserstrahlen und ebenso vielen
 Glühlampen versehener Kranz um die
 Manege. Grossartiger Effekt einer
 grossen Fontaine (v. d. Weltausstel-
 lung in Paris), drei wasserspendende
 Nilpferde, feuer: Ruderbootfahrten,
 Serenaden auf dem Wasser, Brücken-
 sturz u. und diversen neuen höchst
 komischen Einlagen. Alles Original!!
 Keine Nachahmungen!!
 Morgen: Große Vorstellung. Neues
 Programm. Eine Nacht in Venedig.

Welt-Restaurant,
 Dresdenerstr. 97.
 Täglich **Nordd. Säng.**
 II. Saal Austr. d. Damen Fr. Goltzsch,
 Fr. Leander und des Hrn. Schröder
 und Elmans.
 Anf. 7 Uhr. Entree 15 Pf., Sonnabend
 20 Pf., Sonntag 30 Pf. inkl. Progr.
 4 Regelb., 3 Billards, 3 Orchestrions.

Evora-Bräu.
 Echtes Nürnberger Bier,
 Original-Füllung der Export-Brauerei
 Evora & Meyer, Fürth-Nürnberg in
 Bayern, 25 u. 50 Flaschen für 3 Mk.
 frei Haus, ohne Versand, empfiehlt
Otto Linke & Co.,
 Hauptkellerei Berl. Lagerhof III,
 Fernsprech-Amt III, Nr. 404.

Jede Uhr unter Garantie
 kostet bei mir
 (außer Bruch) **1,50 Mk.**
 Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaaren
C. Wunsch, Naunpstr. 38,
 n. d. Oranienplatz.

Kohltabak A. Goldschmidt,
 Spandauerbrücke 6,
 am hiesigen Plage bekanntlich
 Größte Auswahl. Garantiert
 scharf brennende Cabahe.
 Streng reelle Bedienung, billigste
 Preise! Sämtliche im Handel
 befindl. Kohltabake sind am Lager.
 A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6,
 am Hade'schen Markt. [746]

Bettfedern
 garantiert staubfrei und gereinigt, zu aller-
 billigst. Preisen. Streng reelle Bedienung.
D. Levin, [1077L]
 N., Reinickendorferstraße 18.

Allen Freunden und Genossen die
 Mitteilung, daß ich für mein Zigarren-
 Geschäft, Kottbusser Damm 14, die Ver-
 tretung Herrn E. Fahrwald über-
 tragen habe. [1242L]
 Bitte um geneigtes Wohlwollen
Otto Klein.

Koh-Tabak sämtlicher
 Sorten.
 Größte Auswahl, billigste Preise.
G. Elkhuyzen, Alte Schopenhauerstr. 5.
 des Königs-
Rechts-Bureau richters a. D., Alte Jakobstrasse 130.
 Gewissenhafter Rath, Hilfe in allen
 Angelegen. Unbemittelten unentgelt-
 lich. Sonntags bis 4 Uhr. [1356L]

Unserm Freund und Genossen, dem
 Schankwirth E. Jahn, Zofenerstr. 6, zu
 seinem heut. Geburtstage ein dreimal
 donnerndes Hoch. H. G. M. O. [2183b]

Unserm Freunde und Genossen, dem
 Sangesbruder und Obmann Ernst
 Gutsch, zu seinem heutigen Wiegenfeste
 die herzl. Gratulation. Wir wünschen
 sehr, daß wir ihn in unserer Mitte
 baldigt wiedersehen. Seine Freunde.

Hiermit allen Freunden und
 Bekannten die traurige Nachricht,
 daß mein lieber Mann, der
 Klempnermeister **B. Quinger,**
 heute, Sonntag, Nachm. 1 1/2 Uhr,
 verstorben ist. Die Beerdigung
 findet Mittwoch, Nachm. 3 Uhr,
 vom Trauerhause, Königsberger-
 strasse 28, aus nach Wilhelmsherg
 statt. Berlin, 18. Okt. 1891.
 Die trauernde Wittwe nebst Kindern.

Empfehle mein Geschäft in frischen
 Blumen und Kränzen. 533 L
Robert Meyer,
 Nr. 2, Mariannenstraße Nr. 2.
 NB. Um häufigen Irrthum zu ver-
 meiden, bitte ich meine Freunde und
 Genossen, genau auf meine Adresse zu
 achten.

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt
 Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.
 Empfehle allen Genossen mein Lokal
 ein Vereinszimmer zu vergeben.
Paul Drügemüller [19028]
 (fr. Mitau), Wienerstraße 31.

Vereinszimmer bis 50 Pers. zu verg.
Flick, Simeonstr. 23.
Vereinszimmer bis zu 80 Personen
 fassend, Stefaniest. 65. [2181b]

1144L
Sophabezüge!
 Reste in Ripst, Damast, Granit,
 Plüsch u. bunt. Stoff. Spottbillig.
Emil Ledvra, Oranienstr. 158.
 Proben franko!

Größtes Lager Berlins
Kinderwagen. Andreasstr. 23, D. P.
 Wohne jetzt Brunnenstraße 83 a.
 1235L **Wilhelm Fahr.**

Bekanntmachung. Ich bin von
 der Chausseest. 32 nach der Invaliden-
 strasse 156 II. verzogen. Mania,
 Masseur der Orts-Krankenassen. [1892b]

Möbel, Spiegel und
Polsterwaaren.
 eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik Emil Heyn,
 Brunnenstraße 28, Hof parterre.
 Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Emil Franke Wittwe,
 Saarbrückerstr. 6.
 Empfehle meine anerkannten guten
Nähmaschinen, sowie Wasch-
und Wringmaschinen zu den
 billigsten Preisen bei Abz. Reparatur-
 Werkstatt im Hause. 1214 L

Achtung! Kein Laden.
 Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren
 1 Mark. Garantie rein amerikanische
 Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pf.
 1274L **H. F. Dinslage,**
 Kottbusserstr. 4, Hof part.

Holzschuhe, Filzschuhe und
Pantoffeln eigener Fabrik in guter
 Qualität und großer Auswahl, sowie
 Stiel-Niederlage aus Erfurt m. Kon-
 trollmarke empfiehlt
Chr. Geyer,
 1248L Oranienstraße 202.

Nur 1 Mark.
 Klagen, Eingaben, Reklamationen,
 Rath im Zivil- und Strafproceß. Ein-
 ziehung von Forderungen. **Pollak,**
 jetzt Baupachstr. 7, 1. Auch Sonntags.

Für einen Parteigenossen ist ein Lokal
 i. Norden, da Jnh. zwei Gesch. hat, bill. z.
 verf. 3. etw. b. Pahns, Dresdenerstr. 18.
 Einf. möbl. Zimmer zu verm. Grüner
 Weg 105, Quereg. p. r. b. D. Winkler.
 Fr. Schläpfl. z. v. Admiralstr. 19, D. I.

Eine g. Schlafstelle f. anst. Genossen
 b. Schulz, Kopenstr. 15, v. 1 Tr. [2184b]

Arbeitsmarkt.
 Einen Compagn auf Offizier-Uni-
 formen, besonders Interimscröde, wird
 gesucht; ein guter Hosi-Kochschneider,
 jedoch nur solcher, würde berücksichtigt
 werden. Näheres im Arbeitsnachweis
 Maxlgrafenstraße 88. 2176b
 Arb. f. Bieberei verl. Auguststr. 49a.
 Ein Knabe, 14 Jahre alt, als Lauf-
 bursche und zum Regelauffessen verlangt
H. Schröder, Manteuffelstr. 9. [2176b]

Todes-Anzeige.
 Allen Kollegen die traurige Nachricht, dass unser
Leopold Lehmann,
 langjähriger Vorsitzender des Vereins der Berliner Buchdrucker
 und Schriftgiesser, im nahezu vollendeten 47. Lebensjahre am
 Sonntag Vormittag nach langem, schwerem Leiden an der
 Lungenschwindsucht gestorben ist.
 Wir betrauern in dem Dahingegangenen einen treuen
 Anhänger und Verfochter der Prinzipien des Unterstützungs-
 Vereins deutscher Buchdrucker und einen Menschenfreund im
 wahrsten Sinne des Wortes. Sein unermüdeliches Wirken, ge-
 paart mit echter Kollegialität, sichern ihm bei uns ein bleibendes
 Andenken.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 21. Oktober,
 Nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Dreifaltigkeits-
 Kirchhofes, Bergmannstrasse, aus statt und bitten wir um recht
 zahlreiche Betheiligung.
 Der Vorstand
 des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftgiesser.

Große öffentliche Volks-Versammlung
 am Mittwoch, den 21. d. M., Ab. 8 Uhr,
 im großen Saale des „Böhmischen Brauhauses“,
 Landsberger Allee.
 Tages-Ordnung:
 1. Berichterstattung über die Thätigkeit der Kommission befuß Grün-
 dung der Genossenschafts-Bäckerei. Referent Genosse Augustin.
 2. Vorlage des ausgearbeiteten Bäckerei-Genossenschafts-Statuts.
 Referent Genosse Lazarus.
 3. Diskussion.
 4. Einzeichnung der Mitglieder in die Listen zum Zwecke der Gründung
 der Bäckerei-Genossenschaft.
 Zur Dedung der Untoten Zellerfassung. 391/5

Verein der Lithographen, Steindruckers
 und Berufsgenossen Deutschlands.
Kombinierte Versammlung
 am Donnerstag, den 22. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, bei
 Feuerstein, Alte Jakobstraße Nr. 75.
 Tagesordnung:
 1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Herrn Dr. Santorowis über „Die
 Abstammung des Menschen nach Darwin“. 3. Diskussion. 4. Besprechung
 über ein zu veranstaltendes Winterfest. 5. Verschiedenes. — Um recht pünkt-
 lichen und regen Besuch dieser Versammlung ersucht
 Die Verwaltung. 281/19

Gauverein Berliner Bildhauer.
 Heute, Dienstag, den 20. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr,
 bei Keshner, Auenstraße 16:
Mitgliederversammlung d. Zentral-Krankenkasse.
 Tagesordnung: 374/5
 1. Rechenschaftsbericht. 2. Vortrag des Herrn Hermann Conis über
 Werth und Wesen der Naturheilkunde für Person und Familie und ihr Ver-
 hältnis zur Medizinheilkunde. 3. Erwahlung eines Beisizers. 4. Verschiedenes.
 Gäste haben Zutritt. Um recht zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht
 Der Verwalter. J. H.: Carl Stöcker, Bildhauer, Lausiger Platz 17.

General-Mitglieder-Versammlung
der Freien Vereinigung der Maurer
 Berlins und Umgegend
 am Donnerstag, den 22. Oktober 1891, Abends 8 1/2 Uhr,
 bei Orschel, Sebastianstraße Nr. 39.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Maurer-Vereinigungen in Berlin und wie stellen wir uns zu denselben?
 2. Diskussion. 288/14
 3. Vereinsangelegenheiten und Fragekasten. J. H.: Der Vorstand.

Fachverein der Tischler (Osten).
Versammlung
 am Dienstag, den 20. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant
 „Königsbank“, Große Frankfurterstraße Nr. 117.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Ernennung eines Bevollmächtigten für
 den Osten. 4. Werkstattangelegenheiten und Verschiedenes. — Zu dieser Ver-
 sammlung werden die Kollegen der Werkstatt von Götsch, Poppenstr. 51,
 hiermit besonders eingeladen.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Vorstand. 823/3

Arbeiter-Verein für Cöpenick u. Umgegend.
Mitglieder-Versammlung
 am Dienstag, den 20. d. M., Abends 8 Uhr, im Saale des Herren
 Wiedemann & Manowski zu Adlershof.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Cimm über: „Die Klassenverhältnisse in der heu-
 tigen Gesellschaft. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereins-
 angelegenheiten. — Gäste willkommen. Um Zahlung der rückständigen Bei-
 träge wird gebeten. 104/8
 Der Vorstand.

Wer Nähmaschine kaufen will, verlange — bevor man
 anderweitig kauft — eine illustrierte
 Preisliste **C. Mahnkopf, Berlin W.,**
 eine illustrierte Preisliste
 107
 Diese seit 24 Jahren bestehende Firma ist die vorzüglichste Brauerei in
 Nähmaschinen, wie dies durch die von Tausenden von Kunden anerkannt wird.

Das größte Brot zu 50 Pf. ca. 3 1/2 Pfd., 60 Pf. ca. 4 1/2 Pfd.,
 1 Markt ca. 7 1/2 Pfd. liefert die Brotbäckerei
 Straußenerstraße 8 und Honskirchplatz 4. 1396L
Möbel, Spiegel- und Polsterwaaren.
 H. Renner, Reichenbergerstraße 150.

Parteitag

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Erfurt, den 18. Oktober.

Vierter Verhandlungstag.

Um 3 Uhr eröffnet Klotz die Sitzung und verliest einige Glückwünsche, erwähnt auch eine Zuschrift aus Berlin, in welcher einer (ein und einiger Anderer Einverständnis mit den Aufhebungen Wildbergers ausdrückt. (Lachen.)

Es folgt die Beratung der Anträge aus der Mitte des Parteitag.

Agster-Stuttgart beantragt im Namen der württembergischen Landesorganisation, nur alle zwei Jahre einen Parteitag einzuberufen.

Bebel spricht sich kurz gegen den Antrag aus. Der Bräufeler Kongress habe sogar einen internationalen Kongress alle zwei Jahre für nötig erklärt. Wir können uns nicht so beschränken, wie es der Antrag will. (Beifall.)

Der Antrag wird gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Eingelaufen ist folgender Antrag:

In Elberfeld ist der Fall vorgekommen, daß in derselben Sitzung des Strafgerichts ein Dienstmädchen, welches sich eines Diebstahls gegen seine Herrschaft vergangen hatte, mit 3 Monaten Gefängnis bestraft wurde, während ein Handlungslehrling, der einen Geldbrief mit hohem Betrage unter dem Dach verdeckt hatte, von der Anklage der Unterschlagung freigesprochen wurde, da er aus guter Familie und im Besitz der Befähigung zum einjährigen freiwilligen Militärdienst war und nach Meinung des Gerichts bei ihm deshalb nicht die Absicht, ein Vergehen gegen das Eigentum zu begehen, vorausgesetzt werden dürfte.

Es wird der Antrag gestellt:

„Daß alle Redakteure von Arbeiterblättern verpflichtet werden, Urtheile, durch welche auf Bildung und Besitz der Angeklagten in der Weise Rücksicht genommen ist, daß ein Kerkerer auffallend hart bestraft oder ein Reicherer auffallend leicht behandelt ist, an eine Zentralstelle einzusenden, welche die zu einander passenden Fälle zusammenstellt und regelmäßig in der Parteipresse veröffentlicht. P. Braun und 20 Genossen.“

Die Verhandlung dieses Antrages wird verschoben.

Es liegt weiter der Antrag vor, die Wahl von Delegirten zum Parteitag nach Proportionalen vornehmen zu lassen und zwar bis zu 6000 Stimmen einen Delegirten, bis zu 10 000 zwei Delegirte, darüber hinaus höchstens drei Delegirte zuzulassen.

Singer erklärt sich gegen den Antrag. Es liegt kein Grund vor, den Beschluß vom vorigen Jahre umzuwerfen. (Beifall.)

Frohme ist gegen den Antrag.

Niederauer: Der Antrag entspricht dem, was wir für die Wahl zum Reichstage fordern.

Stadthagen: Von Proportionalvertretung könnte man nur dann reden, wenn die Wahl der zu wählenden Delegirten der Zahl der wirklich wählenden Genossen im Wahlkreis entspräche.

Bebel: Den Antrag könnten wir nur annehmen, wenn sich herausgestellt hätte, daß der bisherige Modus Nachteile herbeigeführt hätte. (Beifall.)

Der Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ein Antrag, welcher besagt, daß Frauen nicht berechtigt sind, allein, ohne die Männer, eine Wahl einer Delegirten zum Parteitag vorzunehmen, erregt Heiterkeit und wird nicht genügend unterstützt, so daß er gar nicht zur Verhandlung kommt.

Zur Erledigung kommen nun die Anträge in Bezug auf die Presse.

Die Delegirten Zwickau's beantragen:

Ohne Zustimmung der Parteileitung darf kein Parteiblatt gegründet werden.

Schmidt-Zwickau: Der Antrag habe Bewunderung erregt. Es würden aber zu viel Parteiorgane gegründet, die nicht lebensfähig seien. In dem Antrage liege kein Verstoß gegen das demokratische Prinzip, da die Parteileitung von der Gesamtheit gewählt werde.

Agster-Stuttgart bekämpft den Antrag, weil dem Vorstande nicht eine so große Verantwortung aufgeschuldet werden könne.

Singer: Die Parteileitung kann selbständig nicht entscheiden, ob die Gründung eines Blattes nötig und nützlich, und ob das Blatt finanziell gesichert ist. Sie muß sich dabei an dieselben Genossen halten, denen die Antragsteller die Beschlußfassung über die Gründung nicht überlassen wollen. Redner warnt zugleich vor der Gründung von Parteiblättern, so lange keine genügende finanzielle Grundlage vorhanden ist. (Beifall.)

Der Antrag der Zwickauer Genossen wird mit großer Majorität abgelehnt.

Die Genossen in Dortmund, Lüdenscheid, Württemberg, Berlin I und Leipzig beantragen: „Das Parteiprogramm soll, mit einem kurzen parteigeschichtlichen Ueberblick, sowie mit allgemein verständlichen Erläuterungen des Programms versehen, gedruckt und zum Zweck der Massenverbreitung als Agitationschrift zum Betrage der Herstellungskosten abgegeben werden.“

Für den Antrag sprechen Läterow, Berlin und Triltsch-Weiß.

Singer: Eine Erläuterung zum Programm ist Vielen im Lande jedenfalls sehr erwünscht. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Antrag wird mit großer Majorität angenommen.

Die Genossen des I. Berliner Wahlkreises beantragen:

„Am dem Einwand zu begegnen, die Berliner Genossen hätten keinen Einfluß auf unser Organ; um weiter den auswärtsigen Genossen den für sie interessanten Inhalt des Organs, als die Lokalisten, Sprechsaal-Notizen, einen großen Theil der Geschäfts- und Vereinsanfragen, wogegen der andere Theil die Berliner Parteipresse darstellt. Das Zentralorgan bleibt unter der Kontrolle des Parteivorstandes, der andere Theil unter dem Einfluß der Berliner Genossen.“

„Der Parteitag möge sich dahin erklären, daß die Organe der Partei angehalten werden, Annonzen von schwindelhaften Abzahlungs-Geschäften, Leihhaus-Ausverkauf u. s. w. keine Aufnahme zu gewähren; besonders aber darf die Aufnahme zu verweigern, wenn die einzelnen Gewerkschaften, deren Interessen hierdurch geschädigt werden, bei der Prekominmission, welcher das betreffende Blatt unterstellt ist, dagegen Einspruch erheben.“

Bebel erklärt sich gegen den ersten Theil des ersten Absatzes des Antrages und schlägt vor, den zweiten Theil des ersten Absatzes folgendermaßen abzuändern:

Die Berliner Genossen wählen eine Kommission, welcher die Kontrolle über den lokalen Theil des „Vorwärts“ zusteht. Diese Kommission muß sich aber mit der Parteileitung in Verbindung setzen. Bei allen ihren Sitzungen muß ein Vorstandmitglied zugegen sein.

Der Antrag Bebel wird angenommen.

Den zweiten Absatz des Antrages begründet Mehner: Viele Annonzen liefen den Grundbesitz der Partei und den Interessen der Arbeiter zuwider.

Es geht ein Antrag ein, auch die Aufnahme „unsittlicher“ Annonzen zu verbieten.

Bebel wendet sich gegen die Sittenrichterlei und bittet die Anträge abzulehnen. Auch Annonzen von Leihhaus-Ausverkäufen können doch so lange nicht verboten werden, als Leihhäuser existieren und Bestimmungen vorhanden sind, wonach die Pfänder binnen bestimmter Zeit verfallen.

Grotze: Die Abzahlungs-Geschäfte sind nicht sammt und sonders unethisch. Er selber habe ein Möbel-Abzahlungs-Geschäft. Will man die Abzahlung beseitigen, so erschwert man den Arbeitern das Heirathen.

Mehner: Die Abzahlungs-Geschäfte sind nur scheinbar ein Vortheil für die Arbeiter; tatsächlich jagen sie ihnen das Fell über die Ohren. (Beifall und Widerspruch.)

Der Antrag wird mit großer Majorität abgelehnt.

Koppe-Rixdorf beantragt: a) Das Abonnement des „Vorwärts“ pro Quartal auf 3 M. festzusetzen; b) die Versammlungs-Anzeigen für Arbeiterversammlungen (politische und gewerkschaftliche) um 50 pct. zu verbilligen.

Die Genossen in Tullingen: „Das Partei-Organ „Vorwärts“ (Berliner Volksblatt) soll vom 1. Januar 1892 ab abermals eine Ermäßigung des Abonnementpreises erfahren.“

Bebel erklärt, Punkt b sei bereits seit einem Jahre erledigt. Punkt a sei unannehmbar, der Ausfall würde 42 000 M. im Jahre betragen; der Ueberschuß betrage nur 38 000 M.

Beiläufig bemerkt Bebel, daß vom 1. Januar an ein neues illustriertes Sonntagsblatt mit dem Titel: „Die Neue Welt“, in Hamburg erscheinen soll. Redakteur soll unser Parteigenosse Kurt Baale werden.

Die beiden Anträge werden abgelehnt.

Der Antrag der Dortmunder Delegirten:

a) Der Parteitag wolle beschließen, daß es Pflicht eines jeden Parteiblattes ist, einem jeden anderen Parteiblatt ein Pflichtexemplar gratis zu überweisen.

b) Der Parteitag wolle beschließen, daß der „Vorwärts“ jedem Parteiblatt zwei Pflichtexemplare überweise und zwar eins zur Verwendung bei der Herstellung der Partei-Organen und eins zum Einreichen in die Bibliothek der Redaktion.

c) Der Parteitag wolle beschließen, daß der Redaktion eines jeden Parteiblattes seitens der Parteileitung eine Handbibliothek gratis zur Verfügung gestellt wird und zwar derart, daß diese Handbibliothek Eigentum der Partei bleibt und im Falle Eingehens eines Parteiblattes an die Parteileitung jurisdizieren ist.

wird von Tölske-Dortmund bekräftigt, aber abgelehnt, nachdem Bebel sich gegen denselben erklärt hat.

In Rücksicht auf den Abends stattfindenden Kommerz wird hier die Sitzung abgebrochen.

Die nächste Sitzung wird auf morgen früh 9 Uhr anberaumt.

Fünfter Verhandlungstag.

Erfurt, den 19. Oktober.

Singer eröffnet die Sitzung nach 9 1/2 Uhr mit der Mittheilung einer großen Zahl von Begräbnissen. Von Berlin ist eine Depesche eingegangen: „Den würdevollen Genossen der Opposition Gruß und Anerkennung!“ Die Genossen von Teltow-Doetslow-Storkow erklären, auf dem Boden des Flugblattes zu stehen. Bei dieser Gelegenheit erklärt Singer, daß Zuschriften einzelner Leute an den Kongress, von denen man nicht wisse, ob sie autorisirt sind, künftig nicht zur Verlesung kommen werden.

Die Prekominmission der „Vollstribüne“ erklärt, daß sie auf Greisenberger's Mittheilung hin, das Flugblatt sei mit der „Vollstribüne“ versandt worden, eine Untersuchung veranlaßt habe. Der Expedient behauptete nun, aus eigener Initiative kein Flugblatt versandt zu haben. Nur aus ausdrücklichen Wunsch und Bestellung von Genossen habe er einige Flugblätter versandt. — Zum Beweise, daß solche Bestellungen eingelaufen, sind drei Postkarten eingeleigt.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten und die Diskussion über die Taktik und die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion fortgesetzt.

Es liegt die Resolution Bebel, das Amendement Dertel, und der Antrag Schönlank, künftigen Kongressen den Bericht über die parlamentarische Thätigkeit gedruckt vorzulegen, vor.

Herbert-Stettin bekräftigt, daß ein neuer Kurs vorhanden sei, bekämpft Vollmar und hebt hervor, daß das Prinzip in seiner Reinheit erhalten werden muß.

Schmidt-München: Ich habe den Antrag, die Münchener Genossen gegen den in Berlin erhobenen Vorwurf, sie seien Hurrahkannale, energisch zu verwahren. Ich bedauere, daß ein solcher Ausbruch überhaupt fallen konnte. Dem Sinne nach ist der Vorwurf aber auch von anderer Seite erhoben worden. Vollmar hat ungemein viel für die Agitation in Südbayern geleistet. Durch seine rednerische Begabung übt er großen Einfluß auf die Massen aus. Das aber durchaus nicht alle Münchener Parteigenossen mit Vollmar einverstanden waren, geht aus der Erklärung des Agitationsvereins für Südbayern hervor, eine Erklärung, die nicht gern abgegeben wurde, aber durch die Angriffe notwendig war. Wir halten es für viel vernünftiger, wenn derartige Angelegenheiten nicht in großen Versammlungen, sondern auf dem Parteitag erledigt werden.

Zum Schluß giebt Redner der Hoffnung Ausdruck, daß Genosse Vollmar den Beschläffen und Maßnahmen des Parteitag, wie sie auch ausfallen, sich fügen wird. Die Münchener Parteigenossen werden ganz gleich, um welche Person es sich handelt, nach der Taktik arbeiten, welche vom Parteitag festgesetzt wird. (Beifall.) Offen aber müsse er (Redner) es bedauern, daß der Antrag Dertel in dieser Form eingebracht worden sei.

Mehner-Berlin: Die Behauptung, die Prekominmission der „Vollstribüne“ bestehe aus gewählten Genossen der einzelnen Wahlkreise, ist mindestens für den ersten Wahlkreis unrichtig. Man hat sich den Mann einfach ausgesucht, wie man ihn haben wollte, und wir erkennen ihn nicht an, wenn wir auch die Sache gehen lassen. Helgentreff-Berlin hat die ihm von der Opposition vorgeworfene Aeußerung: Ich habe gelogen, aber ich habe im Interesse der Partei gelogen, nicht gethan. (Beifall.)

Sütgeus-Hamburg: Ich bin mit einigen meiner Hamburger Freunde gegen den Zusatz Dertel. Will man in einer allgemeinen Resolution die Taktik eines Genossen speziell tadeln, so muß man auch ausdrückliche und unter Namensnennung jeden andern tadeln, der Fehler gemacht. 3. B. August Heine in seinem Flugblatt. (Sehr richtig!) Redner empfiehlt die größte Vorsicht bei Streiks. Da würden, wie die Erfahrungen in Hamburg zeigen, große Darlehen aufgenommen, die nachher von einer kleinen Zahl der pflichttreuesten Genossen zurückgezahlt werden müssen, während das Gros der Indifferenten aus der Organisation austritt und sich zurückzieht. In Hamburg grassire seit einiger Zeit auch das Fieber der Genossenschafts-Gründungen. Wir alle sind Freunde der Genossenschaften; sie sollen aber auch den richtigen Weg einschlagen! (Beifall.)

Heine-Halberstadt verteidigt sein Verhalten in der Junker-Kommision. Redner versucht im Weiteren den Inhalt

seines Wahl-Flugblattes zu rechtfertigen. Man müsse auf die Person des Gegenkandidaten Rücksicht nehmen; er habe dem Rechtsanwalt Ründel gegenüber gestanden. Mit Vollmar befindet sich Redner, wie er erklärt, im schärfsten Gegensatz. Vollmar habe der Partei unendlich geschadet, die Landratsblätter hätten ihn als Vertreter der nationalen Sozialdemokratie gefeiert. Er (Redner) werde namentliche Abstimmlung über das Amendement Dertel beantragen.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt, nachdem Bebel erklärt, daß die weitere Debatte vermuthlich noch neue Gesichtspunkte besonders in Hinblick auf Vollmar's Standpunkt ergeben würde. Der Parteitag müsse sich der Tragweite seiner Beschlüsse wohl bewußt sein.

Richard Fischer-Berlin: Viel wichtiger, als die Diskussion mit der Berliner Opposition ist die Auseinandersetzung mit Vollmar. Theilt die Partei Vollmar's Anschauungen, dann muß aus unserem Programm das Wort: sozialdemokratische Arbeiterpartei gestrichen und durch: deutsche Arbeiterpartei ersetzt werden. (Beifall.) Dann muß der Standpunkt, den die Kongresse in St. Gallen und Halle zur Sozialreform bez. den sog. „praktischen Forderungen“ eingenommen, aufgegeben werden.

Vollmar will die Reform um ihrer selbst willen. Wir wollen sie, um die Arbeiterklasse zum Entscheidungskampf zu stärken. Für uns ist sie Mittel zum Zweck, für Vollmar Selbstzweck und Hauptzweck. Seine Anschauungen können schließlich auch von Benningen getheilt werden. Redner erinnert an die Benningen'sche Rede bei Erlass des Sozialistengesetzes, in welcher er auch für eine entferntere Zukunft die Möglichkeit sozialistischer Gesellschaftsgestaltung zugab. Vollmar will das Schwerkrieg der Parteithätigkeit nicht in die Agitation, sondern ins Parlament, ins Parlamentäre verlegen. (Zustimmung.) Das würde an Stelle der Herrschaft der Partei die Mandats-Herrschaft, die Abgeordnetendiktatur setzen. (Beifall.) Deshalb muß der Parteitag klar und entschieden Stellung nehmen. Das Amendement Dertel ist frei von jeder persönlichen Spitze. Aber was nützen uns alle schönen Programme, wenn nicht klar konstatiert wird, in welchem Geist die Programme den Massen gegenüber vertreten werden sollen. (Beifall.) Wir kennen als Partei keine Politik der freien Hand. Diskussionen innerhalb der Partei — nach außen hin aber ist jeder verpflichtet, für die Haltung einzutreten, welche der Kongress feststellt. Die Frage, ob Vollmar sich fügt, oder nicht, berührt ich gar nicht, sie ist selbstverständlich. Robin können wir denn, wenn Abgeordnete das Recht hätten, an die Entscheidung der Wähler gegen den Beschluß des Parteitag zu appelliren? (Beifall.) Hat die Partei gesprochen, so hat sich der Abgeordnete, wer es immer sei, zu fügen. Sonst wäre der Weg gebnet, in unsere Partei den Boulangerismus und Parnellismus einzuführen! (Beifall.)

Fleischmann-Frankfurt wendet sich gegen die Berliner Opponenten. Redner geht näher auf die Geschichte der Frankfurter Erklärung ein und hebt hervor, daß sich die verschiedenen Richtungen jezt völlig miteinander ausgeöhnt hätten.

Dahlem-Halberstadt bekräftigt, daß die Genossen auf dem Lande relativ den Genossen in den großen Städten in intellektueller Entwicklung nachstünden. Die Angriffe gegen Heine, das fortwährende Zurückkommen auf längst erledigte Dinge, erkläre sich aus persönlichem Haß.

Goldstein-Treiden weist auf den Kleinbürgerlichen Charakter der Vollmar'schen Anschauung hin. Optimismus, nicht Pessimismus brauchen wir.

Lieblich: Mühte ich zwischen den Stürmern und Bremsern wählen, so bin ich bei den ersteren. (Beifall.) Die Stürmer können uns nie so viel schaden, wie die Bremser. Aber Vollmar will nicht bremsen, er will die Parteilokomotive auf einen neuen Strang bringen. Die Situation hat sich verändert, Vollmar hat erklärt, daß er seinen Standpunkt nicht aufgibt, daß er zwar für die Bebel'sche Resolution, aber aus anderen Motiven stimmen würde. Dadurch ist das Amendement Dertel eine Nothwendigkeit geworden. Vollmar standen zwei Wege offen: Entweder er erklärte: Was ich will, ist eine neue Taktik, was ich sagte, war ein Pronuntiamto. (Beifall.) Oder er erklärte: meine Aeußerungen sind missverständlich worden; ich will keine neue Taktik. Er hat das letztere nicht gethan und deshalb liegt es im Lebensinteresse der Partei, ist es ihre höchste Pflicht, wenn sie nicht dem Ruin entgegen gehen will, auf das Entschiedenste den Versuch zurückzuweisen, sie in eine opportunistische, soziale Reform-Partei, in eine sozialistische national-liberale Partei umzuwandeln. (Lebhafte Beifall.)

Das muß sachlich scharf, ohne persönliche Spitze ausgesprochen werden. Wollen wir die Alten bleiben, wollen wir bleiben, was wir sind, so sind wir hierzu verpflichtet.

Vollmar hat zwar gesagt: Ja, ich habe ja gar keine neue Taktik empfohlen, habe ja nur ausgesprochen, was der Bebel, der Lieblich, der Auer auch gesagt haben. Aber die Stützen, auf die er sich stützen wollte, verlassen ihn. Aus dem Zusammenhang gerissene Aeußerungen beweisen nichts, und wir erklären ausdrücklich, wir wollen keine neue Taktik für die Partei.

Die Staubwolke des Berliner Streites hat sich gelegt. Sie verlangen nicht in dieser methodischen Weise, wie Vollmar, daß die Partei eine andere Taktik einschlägt.

Vollmar's Reden haben bei den Begnern Hoffnungen, bei manchem unserer Freunde Befürchtungen und Verwirrungen hervorgerufen. Deshalb ist es doppelt notwendig, daß der Parteitag Klipp und Klar erklärt: Wir wollen nichts von neuer Taktik wissen. Wir sind die Alten geblieben. Wir wollen nicht unser Budget auf hundert oder tausend Jahre verschleppen. (Lebhafte Beifall.)

Es freut mich, daß hier der Antrag auf namentliche Abstimmung eingebracht ist; ich hoffe, die überwiegende Majorität wird sich gegen den Standpunkt Vollmar's erklären.

Thäte sie es nicht, so hätte die Berliner Opposition Recht und ich glaube, dann ginge ich selber zur Berliner Opposition über. (Lebhafte Beifall.)

Kenner-Augsburg erklärt sich mit Schmidt-München einverstanden.

Wengels-Berlin wünscht, der Parteitag fasse eine klare Resolution gegen die Opposition und überlasse den Berlinern das Weitere.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Verschlossen wird, Vollmar und einen Vertreter der Berliner Opponenten zum Schlußwort zuzulassen. Es werden die Redner in folgender Reihenfolge sprechen: Nollenbaur, Auerbach, Vollmar, Bebel.

Nollenbaur rechtfertigt in seinem Schlußwort die Thätigkeit der Fraktion gegen die Angriffe der Berliner Opposition. Der Antrag auf allmähliche Einführung des Rational-Arbeitstages sei mit dem Programm vollständig vereinbar gewesen. Die Opposition habe mit großen Applaud Behauptungen aufgestellt, es wäre besser gewesen, sich schwerwiegende Vorwürfe, wenn man sie nicht beweisen könne, gar nicht zu erheben.

Auerbach: Man erzählt viel von revolutionärer Taktik, aber man übt sie nicht aus. Das ist ein kolossaler Unterschied. Man hat uns die scharfen Ausdrücke übel genommen, zum Bei-

folle, daß die gegenwärtige Taktik die Partei ruiniere. Nun hat
Höcher — Herr Höcher vom Parteivorstand — denselben Aus-
druck Bollmar gegenüber gebraucht. Man giebt die Gefahr zu,
die von Bollmar's Taktik droht, und man röh doch Kibel aus über
uns, die wir diese Gefahr signalisierten. Im Augenblick
der Gefahr tippt man nicht an die Glocke, sondern läutet die
Sturmglöcke. Wir haben die Sturmglöcke geläutet. (Heiterkeit.)
Die Glocke deutet an, daß er zur Berliner Opposition über-
gehen könne. In ein bis zwei Jahren wird es vielleicht wirklich
so weit sein. (Heiterkeit.)

Man hat gegen uns unfaßlich gekämpft, man hat gesagt:
Der von der Opposition ist ein Schult und der ist ein Schulte.
Singer die Glocke läutend: Das ist nicht gesagt worden,
Kuerbach: Nun, man hat doch gesagt, der und der schreibt
für bürgerliche Blätter. (Zustimmung.)

Und wenn das auch zuträfe und wenn wir wirklich alle-
samt Schulten wären, so hätten Sie doch die Pflicht, unsere
sachlichen Einwände zu widerlegen.

Der Parlamentarismus hat uns auf kleinbürgerliche Wege
gebracht. Die Heineke'schen Flugblätter, das Budauer Flugblatt
bei den Kommunalwahlen enthalten keine Spur von den Zielen der
Sozialdemokratie. In Berlin beantragte Jubel im Gastwirthverein
die Bekämpfung des Pfaffenbier-Handels, weil dieselbe sozial-
demokratisch sei, weil sie die Gleichheit anstrebe.

Die Glocke nennt uns Anarchisten. Hat denn den Diebnecht
von 1860 Jemand einen Anarchisten genannt?

Die Verstaatlichung der Posten, wie sie die Fraktion
beantragt, würde die Macht des heutigen Staates stärken, sozial-
demokratisch ist sie so wenig wie Verstaatlichung und königliche
Vorzugsmanuskripte.

Immer weiter werden wir auf dieser schiefen Ebene rutschen.
Die Glocke führt uns einen neuen Erbfeind vor: Rußland. Wir
sind froh, daß der alte Erbfeind nicht mehr in den Köpfen ist.

Die Parteileitung befaßt sich immerfort auf die gegnerische
Presse. Propagieren wir unsere Ideen und kümmern wir uns
den Teufel um die bürgerliche Presse. Der Typus des gegen-
wärtigen harmlosen Agitators ist der vielgeschaltete Hund — geschalt
nicht im Sinne von gefandt, sondern von fähig. Da
ist alles so gemäßig, so anständig, so konziliant, daß
die Leute sich sagen: Warum sollen wir nicht einen Stimmzettel
für einen so netten Mann in die Urne werfen.

Die Kornzoll-Resolution enthält nichts Sozialdemokratisches;
Weber hat es für nöthig gehalten, in seiner Versammlung einen
prinzipiellen Zusatz zu machen. Aber das ändert nichts daran,
daß die Fraktion keine solche Resolution ins Land geschickt hat.

Redner tritt schließlich ein breitesches Urtheil des Genossen
Lang, Bezirksanwalts in Zürich, der sachlich auf dem Standpunkt
der Alten steht, aber über den Ton gegen die Jungen entsetzt
ist und meint, die Opposition sei relativ berechtigt, sie bilde das
Gegengewicht gegen die gefährlichen Neigungen zum Postbilismus.

Der Brief schreibt: Die Alten sollten über die Opposition nicht
schimpfen, sondern sie verstehen und von ihr lernen. (Gelächter.)

Wir sind froh, daß Sie die Taktik auch halten werden, von
der Sie sprechen. In Resolutionen sollten Sie sich und in der
Praxis begreifen Sie sich auf den Boden der Bollmar'schen Taktik.

Passalle sagt: Auf die Masse wirkt nur das Ganze, das
Unmittelbare, das Extreme. Verkleiden gilt nicht auf dem
Markte der Geschichte, ruft er im Sittigen.

Die Gefahr liegt nahe, daß Ihre Taktik die Massen ins klein-
bürgerliche Lager führt. Wir aber wollen die Befreiung des
Proletariats beschleunigen, nicht verzögern. (Beifall bei der
Opposition.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.
Seine bezeichnet es als unannehmlich, mit seinem Flugblatt
Stimmenfang betreiben zu haben. Eine wissenschaftliche Unwahrheit
liege in dem Vorwurf Kuerbach's, daß er die Endziele der Partei
in der Agitation verweigere.

Scholz: Berlin erklärt, daß der Gastwirthverein sich die
Ausführungen Jubel's nicht zu eigen gemacht, daß sich vielmehr
ein heftiger Entschuldigungsstreit gegen ihn erheben habe.

Heud: Ich verwehre mich auf das Entschiedenste dagegen,
daß ich je eines unserer anderen Ziele in konstanter Weise
verschwiegen hätte. Unser Ziel ist so edel, daß ihm die Besten
aller zustimmen können.

Damit sind die persönlichen Bemerkungen zu Kuerbach's
Rede erledigt und nunmehr spricht Bollmar das Wort. Er behält
Singer erklärt jedoch, daß Bollmar auf seinen Wunsch
bei Beginn der Nachmittags-Sitzung das Wort erhalten werde.
Jetzt seien noch verschiedene Mittheilungen zu erledigen.

Genosse Wandersmann ist nicht, wie es im Bericht des Ver-
wärts irrtümlich hieß, als Delegierter der holländischen Sozial-
demokratie da, sondern nimmt nur als Privatperson an den Ver-
handlungen Theil.

Singer: Von den Mitgliedern der sozialdemokratischen
Reichstags-Fraktion ist folgende Erklärung eingelaufen:

Wir unterzeichneten Abgeordneten erklären hiermit, daß
keiner von uns über Fraktionsgenossen solche Mittheilungen ge-
macht hat, wie Bollberger sie in der Versammlung am 5. Sep-
tember 1891 im Kolberger Salon erhalten zu haben behauptet.

Insbesondere ist die Äußerung:
„Reben Ahtel von der Fraktion hätten den Fraktions-
entwurf eines Arbeiterkongresses vorher gerichtet zu
Gesicht bekommen, würden auch Verschiedenes nicht unter-
schrieben haben, wenn es vorher beschlüsselt worden“
von keinem von uns geäußert worden. Und wir erklären weiter,
daß eine Äußerung dieses oder ähnlichen Sinnes unseres
Wissens von keinem sozialdemokratischen Abgeordneten gemacht
worden ist.

Erfurt, 19. Oktober 1891.

Kuer, Grünh., Frohne, Kollenbuhr, Bollmar, Dieb, Weber,
Blas, Hof, Harn, Treßbach, Meißner, Geier, Albert
Schmidt, Witz, Carl Schulze, Schwarz, Wurn, Wilhelm
Schmidt, Ulrich, Josef Meyer, Heine, Förster, Grünberger,
Singer, Städtgen, Diebnecht, Kunert.

Singer: Ich habe eine weitere Mittheilung zu machen:
Folgender Brief ist eingelaufen:

Friedrichshagen, 17. Oktober 1891.

Sehr geehrter Herr Singer!

Es laufen in Berlin drei Versionen über die beiden Abgeord-
neten um, welche an Williberg die Mittheilung über die Fraktion
und das Arbeiterkongress-Gesetz gemacht haben sollen. Alle drei
stimmen in einem Namen überein, wechseln aber in anderen. In
einem Falle wird auch meine Person genannt.

Ich weiß nicht, welche Namen in Erfurt zirkulieren und
nehme daher auch nicht Veranlassung zu irgend welcher sach-
lichen Erklärung, die selbstverständlich nur eine Zurückweisung
der hier umlaufenden Behauptungen sein könnte.

Wenn das Bureau aber in die Lage kommen sollte,
irgendwie an diese Sache heranzutreten zu müssen, so ist es
ebenso selbstverständlich, daß es für meine Person er-
klären kann, ich mache auf das Schwebende Williberg's
abfören keinen Anspruch, sondern liebe ihn bitten, Klipp
und Klar zu sagen, was ich ihm über die Arbeiterkongress-
Verhandlungen der Fraktion nach seiner Richtung mitgetheilt
hätte.

Aus den Zeitungsberichten kann ich nicht einmal erfahren, ob
an den 2/3 oder etwas Mehrtheil festgehalten worden ist, sondern
es nunmehr der Abgeordnete bloß gesagt haben soll: von der
und jener Bestimmung wisse er nichts.

Mit bestem Grusse
Mag Schippel

(Bewegung.)

Sachge: Magdeburg meldet sich zum Wort. (Rufe: Er
will die Namen nennen)

Singer: Die Angelegenheit muß an der Stelle aufgeschoben
werden, an die sie gehört.

Meißner: Zur Geschäftsordnung! Williberg ist ja bereit,
die Namen zu nennen.

Singer: Williberg hat das nicht erklärt, er wünscht
gerne auch nicht einen Stellvertreter zu wählen.

Sachge verliest aus dem Wort.

Singer: Um die Geschäfte abzukürzen, schlage ich vor,
daß die Neurer-Kommission bei Beginn der Nachmittags-Sitzung
durch Stimmzettel gewählt wird. Wenn Bollmar und Weber ge-
sprochen haben, können wir dann gleich das Resultat der Wahl
in Händen haben. Ich mache nochmals darauf aufmerksam, daß
in diese Kommission durchaus unparteiische, unparteiische Leute
gewählt werden müssen, weder ein Berliner, noch ein Mitglied
der Fraktion und der Parteileitung darf sich in ihr befinden.

Kuerbach: Im Namen meiner Freunde: Williberg,
Berner, Bähge, Schulze habe ich folgende Erklärung abgegeben:
In die Neurer-Kommission, die jetzt gewählt werden soll, gehen
wir nicht hinein. Im vollen Lichte der Öffentlichkeit haben
wir unsere Klagen erhoben, sie können nicht hinter ver-
schlossenen Thüren zum Austrag gebracht werden. Wir sind
bereit, wenn es gewünscht wird, auch weiterhin dem Parteitag
Rede und Antwort zu geben. Bisher haben wir im Austrage
unserer Mandatgeber an den Arbeiten des Kongresses theil-
genommen, wir werden aber wegen der den demokratischen
Grundsätzen zuwiderlaufenden und . . . (Große Unruhe. Glocke
des Vorlesenden.)

Singer: Erlauben Sie: Ich kann Ihnen nicht gestatten,
diese Erklärung weiter vorzulesen. Wir besprechen augenblicklich
die Art, wie die Kommission gewählt werden soll. Erst wenn
die Kommission gewählt ist, kann eine solche Erklärung abgegeben
werden. Ich lehne es ab, sie jetzt entgegen zu nehmen. Wir
lassen uns nicht in rein geschäftlichen Angelegenheiten zur Dis-
kussion einer nicht hierher gehörigen Angelegenheit verleiten.
(Beifall.) Die Kommission wird gewählt, ob Sie sich ihr stellen
oder nicht. (Beifall.) . . .

Die Jünger erheben sich von den Plätzen und gehen dem Aus-
gange zu. Bähge schreit: Nein, das wird nicht geschehen.

Singer: Weigern Sie sich zu erscheinen, so wird es Auf-
gabe des Parteitages sein, zu erklären, was weiter geschehen soll.
Die Thatsache, daß die Kommission zusammentritt, ist vollkommen
unabhängig von Ihrem Erscheinen. (Beifall.)

Die Mandatsprüfungskommission wird mit der Ermittlung
des Wahlergebnisses beauftragt.
Kreiser, Dertel, Meißner und Scherem lehnen ab, in die Kom-
missionen gewählt zu werden.

Damit schließt die Vormittags-Sitzung.

Nachmittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 1/2 Uhr und erklärt
zunächst die Wahl der Neurer-Kommission für geschlossen.
Zahlreiche Begrüßungen sind wiederum eingegangen.
Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Bollmar: Werthe Genossen! Ich bin bei meiner vor-
geleiteten Rede davon ausgegangen, mich nicht in ein Wieder-
wärtigen aller Einzelheiten des unerquicklichen Streites der letzten
Wochen einzulassen. Es war mir um die Sache zu thun, und
ich habe alle Anspielungen persönlicher Art bei Seite gelassen.
Leider geschah dies von Anderen nicht. Ich appellirte nicht an
das Gefühl, sondern an die Intelligenz der Genossen. Ich ver-
suchte die Debatte an höhere Gesichtspunkte zu stellen. Leider
haben einzelne Redner die ganze Angelegenheit zu einem Wort-
streit zu machen gesucht. Eschen und Hören ist eine schwere
Aufgabe, zumal wenn einmal das Stille Staatsanwalt, das in jedem
Einzelnen steht, wach geworden ist. Namen will ich nicht nennen.
Aber ein erregtes Scherzstück ist angewendet worden, um
mir schwerwiegende Absichten gegen die Interessen und die
Taktik der Partei unterzuschreiben.

Zunächst einige Einzelheiten! Einige Redner haben so gethan,
als wenn ich in meinen Reden den prinzipiellen Standpunkt völlig
außer Acht gelassen hätte.

Sie thun so, als hätten wir in München nur eine Rede auf
Sager. Wenn ich über die Koraxide rede, verurtheile ich die Regie-
rung, wenn ich die Schandepolitik des Zentrums bespreche, die
Ultranationalisten. Der revolutionäre Charakter unserer Bewegung
braucht nicht in großen Worten. Er beruht darauf, daß die
Sozialdemokratie das naturnothwendige Produkt einer revolu-
tionären Entwicklung ist.

Man hat gesagt, ich predige Entfugung, wolle die Endziele
in den Silberstein stellen und nur bei feierlichen Gelegenheiten
hervorholen. Die wesentlichen Forderungen soll ich in den
Vordergrund schieben haben. Man hat sogar gesagt, ich
wolle eine national-liberale sozialistische Arbeiterpartei gründen,
ja die Phantasie eines Redners hat selbst den seltsamen Vorschlag
aufleben lassen.

Das Alles hat man fertig gebracht, indem man meine
Profschüre mit dem Rothlicht durchging und die einzelnen aus
dem Zusammenhang gerissenen Stücke als Beweismaterial gegen
mich verwendete.

Wenn in dieser Weise eine lange Profschüre zerpflegt wird,
so bin ich gezwungen, so leid mir das Lesen thut, Ihnen die
Rechtsseite der Medaille zu zeigen.

Redner tritt Stellen aus seiner Münchener Rede, von denen
er annimmt, daß sie das Gegenheil von dem beweisen, was seine
Gegner damit beweisen zu haben glauben. Wo steht ein Wort
davon, daß ich den Arbeiterkongress für die Hausfackel halte? Wo
ein Wort davon, daß die Prinzipien veräußert und unsere Massen
aus der Hand gelegt werden sollen? Stets habe ich betont, daß
es sich nur um ein Daneben handelt.

Ich will das Programm genau so in die Massen gebracht
haben, wie Sie. Aber neben dem bestehenden großen Programm,
wünsche ich ein Arbeiterprogramm. Das Wort Arbeiterprogramm
hat besonders zu Mißverständnissen geführt, zu der Annahme,
als handele es sich um ein zweites Programm. Es handelt sich
einfach nur um Forderungen, deren Durchsetzung augenblicklich
sehr nothwendig und auch möglich ist.

Diebnecht führt wiederum das Wort an: Meine Gedanken
führten zur Verdrumpung oder sogar in den Regierungs-
sozialismus, ein Wort, das gerichtet oder bestimmt ist, mich hier
in den schärfsten Verdacht zu bringen.

Über habe ich immer gedacht, die Sozialdemokratie sei kein
Organisations-, sondern das Produkt der materiellen Verhältnisse.
Die ganze Theorie ist darauf hinaus, den Nachweis zu
liefern, daß die Erreichung des Endziels durchaus
nicht gehindert wird durch die Erreichung der Reformen.
Der Normalarbeitstag muß viel revolutionärer als die schärfste
Rede. Ich wünschte, wir hätten recht bald die Verwirklichung des
Normalarbeitstages.

Man hat schließlich gesagt, es seien weniger Einzelheiten in
meiner Rede, als der Ton, der bedenklich sei. Der Ton das
heißt das Unfassbare, das nicht zu Beweise. Damit kommen
Sie zu dem höchsten Tendenzprozeß gegen mich.

Von Entfugung habe ich nie gesprochen. Fast scheint
es, man mache es mir zum Vorwurf, ich rathе zur
Besonnenheit. Noch nie ist eine Partei, ja noch nie ein Mann
durch zu viel Besonnenheit zu Grunde gegangen. Die Wahrheit
war nothwendig gerade der Entwicklung der Verhältnisse und
den Berliner Drängern und Stürmern gegenüber.

Auch das Wort „Selbstbeschränkung“ ist mir zum Vorwurf
gemacht worden.

Selbstkritik und Selbstbeschränkung geben erst die Freiheit.
Sie schaden dem Politiker nichts. Im Allgemeinen richteten sich
meine Worte gegen das allzu leichte Abgesprochen über alle mög-
lichen Dinge, wie es sich in unserer Parteipresse zuweilen
findet. Das Wort Selbstbeschränkung ist im moralischen, nicht
im materiellen Sinne von mir ganz allgemein angewendet worden.
Für alle diese merkwürdigen Aus- und Unterlegungen habe ich
nur eine Erklärung: Die Mehrzahl der Redner hier war nicht
im Stande, meine Rede von der Lauer, zu der sie durch die
Presse, hauptsächlich durch die Gegner, angewachsen ist, zu trennen.

Was die gegnerische Presse über mich sagt, kann mir doch
im Ernst Niemand zum Vorwurf machen. Ich habe kein Pres-
sbureau. Ich lasse mich nicht darauf ein, ob ich gelobt, nicht
darauf, ob ich gelobt werde. Über ein Recht habe ich von Ihnen
zu verlangen, daß Sie mich nur nach dem beurtheilen, was ich
gesagt habe.

In meiner zweiten Rede in München habe ich mich aus-
drücklich dagegen verwahrt, daß ich eine neue Taktik erfinden
hätte und nun vorfühle. Die vorhandene Taktik — eine Taktik,
deren Elemente immer vorhanden waren — will ich nur kon-
sequenter durchgeführt haben. Das Schwanken in dieser Taktik,
durch das revolutionäre Phrasengeklapper der Jungen veranlaßt,
wünschte ich nur zu beseitigen.

Ein Redner hat gesagt: wenn es nichts Neues gewesen wäre,
so hätte ich nicht Veranlassung gehabt, es mit solchem Eifer in
Ergenie zu sehen.

Wie steht es mit dem Eifer?
Die Versammlung, in der ich zuerst sprach, war eine regel-
mäßige monatliche Parteiversammlung.

Hätte ich einen Eifer machen wollen — wir Alle verstehen
uns ja ein wenig auf dieses Geschäft (Heiterkeit) — hätte ich ein
Pronuntiamento, wie gesagt wurde, erlassen wollen, dann hätte
ich es wohl etwas anders angefaßt.

Ich hätte in München eine Massenversammlung einberufen,
wäre dann ins Land gegangen, hätte meine Ansichten in einer
Resolution ausgesprochen, hätte 7, 8 Versammlungen abgehalten
und die Resolution vorgelegt.

Ich hätte die „Münchener Post“ benutzen können.
Nichts davon habe ich gethan. Ich hielt meine Rede und
kümmerte mich so wenig um die Verichterstattung über meine
Rede, daß Irthümer im ersten Bericht vorhanden waren.

Nicht freiwillig habe ich meine Reden gedruckt herausgegeben,
sondern aus Zwang, weil ich nicht mehr anders konnte.

Meine ganze Veranlassung ist so, daß ich meine Ansicht
ruhig ausspreche und es dann einfach der möglichen Schwere-
kraft der Worte überlasse, daß sie wirken. Ich appellirte nicht
an das Gefühl, ich suggerirte den Zuhörern nichts. Nur
von der Meinungsfreiheit, die wir von den Gegnern
im vollsten Maße für uns in Anspruch nehmen, mache ich Ge-
brauch.

Wenn Jemand so ruhig und sachlich, wie ich, seine Ansichten
nur zur Debatte stellt und kein Pronuntiamento beabsichtigt und
dann so angegriffen wird, wie ich hier und vorher in der Presse,
dann muß ich doch fragen, wo soll da die freie Meinungs-
äußerung in unseren Reihen hinkommen? (Sehr richtig.)

Und wo soll die freie Meinungsäußerung bei Leuten bleiben,
die so eng mit der Partei verwaachsen sind, daß ihre Existenz von
ihr abhängt?

Wo sollen sie den Muth, eine eigene Meinung zu äußern,
herbekommen? Wenn es etwas in unserer Partei giebt, was be-
sonders noch Fall des Sozialistengesetzes nothwendig ist, so ist
es die Selbstständigkeit des Denkens und Handelns. Nichts was
für mich deprimirender als die Thatsache: In Berlin referirt
Wille vor 5000 Menschen und die 5000 stimmen Wille zu.
Dann referirt Weber vor 6000 Menschen und die Versammlung
entscheidet sich einstimmig für Weber! (Zustimmung.)

Will man Selbstständigkeit des Denkens herbeiführen, so
müssen wir alle neuen Gedanken mit Dank und Anerkennung
annehmen. Schon deshalb, um in das alte und regelmäßige
Katholizengedächtnis etwas Abwechslung zu bringen. (Beifall
des Besoff.)

Man müßte in der Weise vorgehen: Wenn man eine Mei-
nung hört, aber die man Zweifel empfindet, so sollte man es
freudig, nicht als feindsüchtiger Ankläger darüber sprechen. (Beif-
fall.)

Noch eine Nebenbemerkung:
Diebnecht sagte: Ich kümmerte mich an ihn und Weber an,
daß mich mir aber nicht. Ich verbeide gewiß die Männer, die
unser Partei nützlich sind, aber keiner stellt so hoch, daß ich es
für nothwendig hielt, mich an ihn anzuklammern. (Zus-
timmung.)

Nun zur Resolution!
Ich stehe voll und ganz auf dem gleichen Programm wie Sie,
und das haben Sie ja schon dadurch anerkannt, daß Sie
mich in die Programmkommission gewählt haben. Weiter: Ich stehe
auf dem Standpunkt, daß unsere Agitation zum Ziel hat die Er-
ringung der politischen Macht.

Ich trete frei und entschieden, wie der Verfasser der Reso-
lution, für das ganze große Ziel der Partei, aber auch für gegen-
wärtige Verbesserungen in der Lage der arbeitenden Klasse ein,
die ich nicht nur für ein angelegentliches Agitationsmittel halte, son-
dern in denen ich auch den organischen Weg der Ent-
wicklung zur sozialistischen Gesellschaft sehe! (Beifall.)

Weil ich auf dem Standpunkt der Resolution Weber stehe, weil
ich ihre Annahme, die ja zweifellos ist, wünsche und sie, wie für
die ganze Partei, so auch für mich bindend erachte, trete ich für
sie ein.

Damit ist nach meiner Ansicht die Angelegenheit erledigt.
Weiteres kann einem Parteigenossen nicht zugemuthet werden.
(Sehr richtig und Beifall.)

Da kommt der Antrag Dertel. Es giebt zwei Arten, Diffe-
renzen in der Partei zu erledigen: die sachliche und die per-
sönliche.

Die sachliche ist in unserer Partei die Sittliche. Er erklärte
sich Diebnecht in schärfster Form gegen Weber. 8 Monate später
kam der Kongress zu Stuttgart und löste den Konflikt sachlich,
ohne Diebnecht's Namen zu nennen. Im Streitfall Weber-
Frohne hat kein Kongress erklärt: Wir sind mit Frohne nicht
einverstanden. Im Falle der Tamperlaboration ist nicht erklärt
worden: die Genossen A., B. und C. haben Unrecht.

Unsere Parteigeschichte weiß nicht ein einziges Beispiel, wo
der sachliche Entschluß die persönlichen vorgezogen worden
wäre. Diese sachliche Entscheidung ist der Weg der Freundschaft.
Der andere, der persönliche, ist deshalb um so verwerflicher,
weil er die Annahme bildet.

Ich weiß nur einen einzigen Fall, wo der persönliche Weg
gemacht ist, das war die Ausschließung von Meißner und Haffel-
mann.

Man hat gesagt, und es ist mir persönlich gesagt worden:
Wenn der Antrag Dertel nicht angenommen wird, so scheint
damit die ganze Partei sich Bollmar zu unterwerfen. Aber an
eine solche Ansicht denkt kein Mensch wirklich weniger als ich.
Die Resolution Dertel ist meiner Auffassung nach sachlich nach
meinen Vorstellungen beschlüsselt. Sie birgt eine persönliche Spitze.
Der Abgeordnete nimmt nicht nur im Parteikreis, sondern auch
nach außen hin eine öffentliche Vertrauensstellung ein. Wenn er
wirken soll, muß das Vertrauen in ihn, muß seine öffentliche
Stellung unangestoßen sein.

Das würde man sagen, wenn ich der Bebel'schen Krieg-
rede eine Resolution hier entgegensetzte und der Parteitag aus-
sprach: Weber's Auffassung über das Bevorzugen eines Bebel-
truges und seiner Folgen ist zurückzuweisen.

So kann man nicht innerhalb der Partei vorgehen. Eine
derartige persönliche Zustimmung, ein solches Unabsetzbares, wie es
das Amendement Dertel enthält, ist für mich unannehmbar.

Und deshalb erkläre ich Ihnen ruhig und einfach: Nehmen
Sie den Antrag Dertel an, so ist der Boden für eine weitere

Wirksamkeit für mich nicht mehr gegeben, und ich habe zum letzten Male vor Ihnen gesprochen.

Lassen Sie die persönliche Spitze weg, dann kann ich meine länger denn zehnjährige Thätigkeit forschen. (Lebhafte Beifall eines Theils der Versammlung.)

Ueber den weiteren Verlauf der Sitzung wird uns telegraphisch berichtet:

Webel: Ich muß mich noch beiden Seiten hin wenden, obgleich sich die Opposition außerhalb des Saales befindet. Das ist allerdings nicht unsere Schuld. Auerbach betonte so sehr, es sei ihm nur um die Sache zu thun; er vertritt die allergeringste Opposition in der Partei. Wenn die Opposition immer so gesprochen hätte, wie Auerbach heute, oder wie Vollmar immer, so wäre gar nichts gegen sie zu sagen. Das ist nicht geschehen und das ist eben der Unterschied. Genosse Fritz hat sehr bezeichnende Flugblätter über Wildberger verlesen. Niederauer fragt nun: Was hätte man gesagt, wenn Wildberger sich von den Flugblättern losgesagt hätte. Das ist in der That eine sehr unglückliche Vertheidigung. Wenn die Flugblätter Wildbergers Ueberzeugung widersprechen, so müßte er sich von ihnen lösen. Der Meinungswechsel Berners und Wildbergers ist nur dadurch hervorgerufen, daß sie bei den Wahlen durchgefallen sind. (Weiterer Beifall.) Bei den Frankfurter Vorgängen, die erwähnt wurden, war die Sachlage eine durchaus verschiedene. Damals standen wir unter dem Sozialistengesetz. Trotzdem aber trotzdem damals die Frankfurter offen auf. Die Berliner Opposition handelt anders. Was nun den Vorwurf betrifft, daß durch die Verhaftung der Kspotheten die Nachmittags des heutigen Abends verhaftet wurden, so ist dieser Vorwurf dadurch widerlegt, daß wir — abgesehen von sonstiger Vertheilung — verlangt hatten, daß die Argonien in ein Selbstkostenpreise abgegeben würden. Dadurch ist natürlich jeder Ueberdreh ausgeschlossen. Obens verhält es sich mit allen anderen kleinlichen Anschuldigungen der Opposition.

Vollmar hat heute wesentlich anders gesprochen als am Sonnabend. Er sagt aber, man habe ihn bisher mißverstanden. Er will nicht nach einzelnen Sätzen beurtheilt sein. Nun, seine Rede ist ein geschlossenes Ganze von strenger Folgerichtigkeit. Jede Seite zielt auf ein Ziel, sie ist ganz auf einem Ozean, durch jedes Wort zielt sie auf ein Ziel. Nur immer langsam und behäuflich, und mahndlich. Selten hat Vollmar seinen Standpunkt so vollständig geändert wie Vollmar. Früher war Vollmar radikal, jetzt ist er Patriot und Optimist. Wenn jemand die Fühlung mit der Masse verliert, so ist solche Einbildung leicht möglich, und wenn jemand in angenehmen wirtschaftlichen Verhältnissen lebt, so ist er wohl dem Gedanken zugänglich: „Gott sei dank, es ist nicht.“ Der Gott hat ihn nicht. Vollmar nennt meine Taktik einen Appell an die Ungelehrten der Masse. Jawohl, die Masse ist ungeduldig. (Stürmischer Beifall.) Auf dem Wege Vollmar's kommen wir mit Wohlwolligkeit dazu, zu vergessen, daß wir eine sozialistische Partei sind. Seine Taktik bedeutet die Rückwärtskonzentration und Verzeigerung der Kräfte. (Stürmischer Beifall.) Immer müssen wir das Ziel im Auge behalten, immer in der Richtung des Zieles marschieren. Vollmar's Reden hatten den Zweck, eine neue Taktik vorzuschlagen, das zeigt Titel und Inhalt. Vollmar nennt es einen Widerspruch, wenn ich, da ich an die baldige Erreichung des Zieles glaube, gleichwohl unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Beförderung der Lage der arbeitenden Klassen anstrebe. Dieses kann absolut nicht von einander getrennt werden. Vollmar mag mit Optimismus, meinereigenen sofarhoben vorwerfen, so sage ich, er ist der schwärzeste Pessimist. Er ist ein Optimist mit Bezug auf seine Erwartungen auf die heutige Regierung, aber ein Pessimist mit Bezug auf die letzten Ziele. Man greife die Sozialisten rührt, z. B. die Nationalisten. (Lebhafte Beifall.) Unsere Partei kann der Beförderung nicht entbehren. Vollmar's Taktik aber würde ihr das Recht nehmen. Eine Partei mit Freien, wie wir die sozialdemokratische hat, welche die Massen in Bewegung setzen will, kann nicht mit solcher Verrechnung von oben herab geleitet werden; jetzt so wenig wie zu Schwabens Zeiten. Man hat Vollmar einen zweiten Falsch genannt, er ist es aber nicht. Die Parteiführer dieser Taktik eingeschlagen, wie sie Vollmar im Auge hat, wer weiß, wie weit die Partei gekommen wäre. Die Anhänger Vollmar's sind den thörichten Jungfrauen zu vergleichen, die, als ihr Bräutigam kam, nicht genug Oel auf der Lampe hatten. Sie werden überflüssig von den Ereignissen, dann sind sie der Dinge nicht Herr. Als Engel des Zusammenbruchs der Unergründlichen Gesellschaft für 1898 vorauslagte, schrieb ich ihm: „Du und ich, wir sind doch die einzigen Jungen in der Partei.“ (Stürmischer Beifall.) Vollmar's Rede hat mehr Beifall gefunden, als ich erwartet hatte. Am Sonnabend hat ein großer Theil von Euch ihm applaudirt und über Vollmar goll gar nicht der schönen Form seiner Rede, sondern ihrem Inhalt. Darum ist es gerade nöthig, festzustellen, welches die Ansicht des Parteitag ist, und wie viele mit ihm einverstanden sind. Hatte Vollmar am Sonnabend ebenso gesprochen wie heute, so hätte es das Jutages von Dertel nicht bedurft. Er will Vollmar erklären, daß er die Motive der Resolution nicht theilt; er will solche Reden, wie er gehalten hat, wiederholen, und andere könnten es ihm nachmachen. Dem muß ein Riegel vor geschoben werden. (Lebhafte Beifall.) Man hat mir gesagt: Du hast mit Schuld; Du hättest ihn gleich darüber schütteln sollen. (Beifall und Heiterkeit.) Am Sonnabend brachte er nur die ihm gebaute Brücke zu betreten; er hat mir schlecht gedankt. Wenn er mein Eintreten für die Arbeiterklasse (Beförderung) Fruchter nennt, so ist das wahrlich nicht gerecht. Mit meiner Resolution ist die äußerste Rechte wie die äußerste Linke der Partei einverstanden: da sage ich mir, sie wird wohl das Richtige treffen. (Beifall.) Dertel's Antrag enthält nichts Persönliches. Nach der persönlichen Seite ist die Angelegenheit mit der heutigen Rede Vollmar's erledigt. Hat so nach der sachlichen Seite. Der Standpunkt der Partei muß festgestellt werden. Es ist dringend wünschenswert, daß jeder Delegirte als selbständiger Mann in namentlicher Abstimmung offene Stellung nimmt. Stimmt Ihr Vollmar bei, was für nicht ist, so würden Morgen Eure Wähler revidieren, ich weiß (Beifall und Heiterkeit). Habe ich eine Mehrheit für Vollmar, so müßte dieselbe konsequenter Weise auch die Leitung der Geschäfte in die Hand nehmen. Stimmt als Männer, ehrlich Ja oder ehrlich Nein. (Stürmischer Beifall.) In der unabweisbar folgenden Abstimmung wurde zunächst der Antrag Schönlank auf fünfjährige Verlethung über die Thätigkeit der Reichstags-Delegation angenommen. Ehrhardt-Dudwigshafen beantragt: Nachdem ich Genosse Vollmar ohne jede Einschränkung für die vom Genossen Webel und anderen Rednern entwickelte Ansicht bezüglich der Beibehaltung der bisherigen Parteitaktik ausgesprochen hat, erklärt der Parteitag den Antrag Dertel für richtig und geht über denselben zur Tagesordnung über.“ Dieser Antrag wird gegen zwei Stimmen angenommen, nachdem Dertel seinen Antrag unter der Bedingung zurückgezogen hat, daß Vollmar ohne jeden Hintergedanken auf dem Boden der Weiblichen Resolution zu stehen erklärt. Vollmar: erklärt unter Beifall, daß er durchaus auf dem Boden der Resolution steht und nur die persönliche Spitze abgedreht wissen wolle. Darauf wurde Webel's Resolution unter stürmischem Beifall angenommen. Singer verliest ein von Wildberger unterzeichneten Mitglieder der Opposition, bisher zur Mitarbeit an den Aufgaben des Parteitag durch den Auftrag ihrer Wähler verpflichtet, erklären nunmehr, wegen der demokratischen Grundgesetze direkt widersprechenden und geradezu empörenden Bekämpfung von Differenzen seitens der Vorstandmitglieder

Nur, Webel und Fischer auf die Zugehörigkeit zu dieser sozialdemokratischen Partei zu verzichten. (Heiterkeit und Beifall.) Die übrigen Berliner Delegirten beantragen: „Der Parteitag erklärt: die von Seiten der sogenannten Berliner Opposition in die Welt gesetzten Schmähungen, Verleumdungen, und Verhöhnungen gegenüber der Parteileitung und Fraktion sind nach Anbühren dieser Richtung in solch grundloser und niederträchtiger Art geschehen, daß den Berliner Parteigenossen in Gemeinschaft mit der Parteileitung aufgegeben wird, in der schärfsten Weise dem Treiben dieser Elemente entgegenzutreten, um sie für die Bewegung unschädlich zu machen.“ Diese Resolution geht an die Renner-Kommission, in welche gewählt sind: Wilm-Hamburg, Gammel-Frankfurt, Stomke-Bielefeld, Reichhaus-Erfurt, Müller-Darmstadt, Ehrhart-Dudwigshafen, Kühn-Langenbielau, Hug-Oldenburg und Willig-Hannover. Der Parteitag beschließt, der Einwohnungs-Kommission die Vorbereitung des Programms zu überlassen und auf eine Generaldebatte zu verzichten.

Nächste Sitzung: Freit. ge.

Gerichts-Beitrag.

Mordversuch eines Dienstmädchens. Während die Unthat des Dienstmädchens Nachts die Genäher und die Kriminalpolizei noch lebhaft beschäftigt wurde heute vor dem Schwurgericht am Landgericht II über ein kleines Gegenstück zu dieser That verhandelt, bei welchem es jedoch bei einem Mordversuch geblieben ist. Die zwanzigjährige Dienstmagd Anna Kölln, eine Person von ausnehmendem Reiz, soll den Versuch gemacht haben, ihrer Herrin, der verehelichten Bäckermeisterin Wada, den Hals zu durchschneiden. Außerdem legt ihr die Anklage den Diebstahl eines ihrer Herrin gehörigen Trauringes zur Last. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Im Hause Berlinerstr. 8 im leuchtbarsten Nummernhause hat der Bäckermeister Wada die Kellerräume inne, die er theils zum Wohnen, theils zu seinem Gewerbe benutzt. In den Boden führt die Wohnstube, die von den Wada'schen Eheleuten auch zum Schlafen benutzt wird, daran schließt sich ein Arbeitsraum. Von diesem führt eine Thür nach der nach hinten gelegenen Küche, von wo man wieder auf den Hof und von diesem nach der Backstube gelangt. In der Küche schließt die Kölln. Wada hat seine jetzige Frau im November vorigen Jahres geheiratet, die Kölln war schon seit April vorigen Jahres bei ihm als Wirthschafterin und wurde von dem Ehepaar gehalten, diese Stellung zu behalten. Die Ehe war anscheinend keine glückliche, Wada soll die Beziehungen, die er vor seiner Verheirathung mit seiner Wirthschafterin unterhielt, auch nach derselben fortgesetzt haben. Die Anklage nimmt an, daß die Kölln ihrer Dienstherrin nach dem Tode trachtete, um später deren Stelle einzunehmen zu können. Am 26. Februar d. J. waren Wada und sein Gefolge am Nachmittag über Land gegangen, ihre Rückkunft war vor 12 bis 1 Uhr Nachts nicht zu erwarten. Frau Wada blieb mit der Kölln zu Hause. Gegen acht Uhr besah die Kölln sich über den Hof nach dem Schuppen, um das Pferd zu füttern. Als sie zurückkehrte, verschloß sie die Hofthür, überzeugte sich, ob auch die nach der Straße führende Thür verschlossen war und machte die Läden vor dem Fenster zu. Bis gegen halb zehn Uhr unterhielt sich die beiden Frauen in der Wohnstube, dann gingen sie zur Küche und die Kölln suchte ihr in der Küche liegendes Bett auf. Die Thür blieb offen. Bald löschte Frau Wada die Lampe und es herrschte tiefes Dunkel in sämtlichen Räumen. Frau Wada schloß bald ein, wurde aber gleich darauf durch Lärm auf der Straße geweckt. Sie rief der Kölln zu, ob auch diese von den ankommenden Leuten geweckt worden sei und erhielt eine lebhafte Antwort. Frau Wada schloß wieder ein. Sie erwachte wieder durch einen heftigen Schmerz am Halse. Es war ein Gefühl, als ob Jemand mit einem Messer, das zu kumpf war, um den Hals zu schneiden, an ihrem Halse hin- und herschnitt. Da es im Zimmer völlig dunkel war, sah sie Niemanden. In ihrem Schreden rief sie den Namen ihres Ehemannes, besann sich dann, daß derselbe nicht zu Hause sei und rief ihr Mädchen: „Anna! Anna! Tiele kam nach wenigen Augenblicken aus der Küche hervor. „Was ist, was ist es?“ fragte sie. Frau Wada befohl ihr, die Lampe anzuzünden, mit zitternden Händen und in der größten Aufregung führte die Kölln den Auftrag aus. Als sie die Wunde am Halse der Frau Wada sah, setzte sie sich mit dem Ausruf des Schreckens: „Ach Gott, Auguste! auf deren Bett, sprang aber gleich wieder mit dem Bemerkens auf, ihr sei kalt, sie müsse einen Rock anziehen. Sie ging wieder in die Küche und rief von dort aus: „Hier steht ja ein Fenster offen!“ Dann hörte die Wada, wie ein Fenster geschlossen wurde. Die Angeklagte kehrte wieder zu der Ueberfallenen zurück. Diese war der Meinung, daß der Thäter sich noch in der Wohnung verhielt, sie stärkerte der Kölln leise zu, dieselbe möge das Küchenfenster wieder öffnen, sie, die Wada, wolle dadurch auf den Hof fliehen. Die Kölln erwiderte ihr, sie sei hiezu außer Stande, alle Fenster stürzten ihr. Hierbei legte sie sich auf das Bett der Wada: Diese sprang auf, öffnete das Küchenfenster und kletterte unbekleidet wie sie war auf den Hof hinaus, wo sie laut um Hilfe rief. Als dies nicht sofort von den Nachbarn gehört wurde, eilte die Frau in ihrer Angst durch den Flur auf die Straße, wobei sie die Handthür erst von innen öffnen mußte, und setzte hier ihre Hilferufe fort. Nun erschienen verschiedene Hausbewohner und Nachbarn, darunter auch ein Gendarm. Nachdem die verwundete und unbekleidete Frau erzählt, was ihr begegnet sei, nahm eine Nachbarin sie mit in ihre Wohnung, die übrigen Personen flüchten durch das Küchenfenster in die Wada'schen Räume, um den Thäter, der sich dort noch befinden mußte, zu ergreifen. Es wurde jeder Winkel durchsucht, aber Niemand gefunden. Unter den Betten zeigte die unberührte Staubdecke, daß sich hier Niemand verborgen gehalten hatte. Im hinteren Vorderzimmer lag ruhig der sonst sehr wachsame Hund, der während des Vorgehens nicht den geringsten Lärm gemacht. Die Kölln kammerte sich um die ganze Untersuchung nicht, sie lag, verächtlich bekleidet und ohnmächtig auf dem Bette der Frau Wada. Als man sie mit Wasser bespritzte, erob sie sich und nannte wie verwirrt den Namen ihrer Dienstherrin, Frau Wada erhielt noch in derselben Nacht eine ärztliche Hilfe, sie hatte bei dem Ueberfall eine fünf Zentimeter lange Polswunde erhalten, die aber wegen des argwöhnlichen kumpfen Messers nur eine oberflächliche Verletzung war und bald geheilt ist. Verschiedene Verdachtsmomente sprechen dafür, daß die Angeklagte die Thäterin ist: es sind viele Zeugen geladen, um dieselbe zu überführen. Der Hofraum ist bis auf den letzten Pfah gefüllt, das weibliche Geschlecht ist wieder stark vertreten. Landgerichtsdirektor Vogt eröffnet die Sitzung um 10 Uhr. Die Anklage vertritt der erste Staatsanwalt Woytack, die Vertheidigung führt Rechtsanwalt Dr. Jores. Es sind 23 Zeugen geladen. Auf die Frage des Präsidenten, ob sie sich der ihr zur Last gelegten Thaten straflos, versuchte Mord und Diebstahl, schuldig bekennen, erwidert die Angeklagte verneinend. In Betreff ihrer Personalkarte giebt die Angeklagte an, daß sie am 1. März 1870 zu Verleiberg geboren ist. Den Bäckermeister Wada habe sie schon seit zwei Jahren gekannt, als sie am 15. April 1890 zu ihm zog, um ihm die Wirthschaft zu führen. — Präsi.: Ständen Sie in näheren Beziehungen zu ihm? — Angekl.: Nein. — Präsi.: Wie kam es denn, daß Sie zu ihm zogen? — Angekl.: Meine Schwester Marie war damals mit ihm verlobt, aus der Verlobung wurde aber nichts, da sie sich ergötzte. — Präsi.: Und nun zogen Sie zu ihm als Dienstmädchen? — Angekl.: Ja. — Präsi.: Sind Sie dann in näheren Beziehungen zu ihm getreten? —

Angell.: Nein, vor seiner Verheirathung nicht. — Präsi.: Wann hat Wada denn seine jetzige Frau geheiratet? — Angekl.: Am 9. November v. J. — Präsi.: Sie blieben als Dienstmädchen bei dem Ehepaar, haben Sie denn unerlaubten Verkehr mit ihm gepflogen? — Angekl.: Ja. — Präsi.: Welche die Ehefrau Wada von diesem Verhältnisse? — Angekl.: Ich glaube, ja. — Präsi.: Woraus schließen Sie das? — Angekl.: Frau Wada ließ mehrfach Anspielungen fallen, die darauf hindeuteten, daß sie es wüßte. — Präsi.: Wir kommen nun zum 26. Februar d. J. Wada war mit seinem Gefolge Harwig fortgegangen, wissen Sie wohin? — Angekl.: Nach Mariendorf. — Präsi.: Woher wußten Sie das? — Angekl.: Einige Tage vorher war der Bäckermeister Glotau aus Mariendorf bei Wada, der ihn bat, ihn zu besuchen. Wada versprach, daß er am Donnerstag kommen werde. — Präsi.: Der 26. Februar fiel auf einen Donnerstag. Was machten Sie und Frau Wada nun, als die beiden Männer fort waren? — Angekl.: Wir saßen zusammen in der Küche bis ich hinausging, um das Pferd zu füttern. — Präsi.: Als sie zurückkehrte, haben Sie die Hofthür verschlossen? — Angekl.: Ja. — Präsi.: Schloßen Sie auch das Fenster, das nach dem Hofe hinausging? — Angekl.: Ja. — Präsi.: Haben Sie das Fenster zugewirbelt? — Angekl.: Das weiß ich nicht. — Präsi.: Um zehn Uhr schloßen Sie auch die Hausthür? — Angekl.: Ja. — Präsi.: Dann gingen Sie zu Bett? — Angekl.: Ja. — Präsi.: Schließen Sie bald ein? — Angekl.: Ja. — Präsi.: Wurden Sie nicht bald wieder durch Lärm der Frau Wada geweckt? — Angekl.: Ja, sie fragte mich, ob ich den Lärm auf der Straße hörte und schloß gleich wieder ein. — Präsi.: Was geschah nun weiter in jener Nacht? — Angekl.: Ich hörte Frau Wada um Hilfe rufen und sprang aus dem Bette. Als ich in die Stube trat, wo Frau Wada schlief, hat dieselbe mich, die Lampe anzuzünden, was ich auch that. — Präsi.: Sie sollen dabei so gestirrt haben, daß Sie die Lampe kaum halten konnten. — Angekl.: Das ist wohl möglich bei dem Schrecken und der Kälte. — Präsi.: Was bemerkten Sie nun, als die Stube erleuchtet war? — Angekl.: Frau Wada war am Halse blutig. Ich war so erschrocken, daß ich auf ihr Bett niederfiel, ich mußte aber in die Küche gehen, um mir einen Rock überzuwerfen. — Präsi.: Als Sie nun wieder die Küche betrat, was riefen Sie dann der Frau Wada zu? — Angekl.: Daß das Fenster offen sei. — Präsi.: Und das hatten Sie früher nicht bemerkt? — Angekl.: Nein. — Präsi.: Es soll ein kalter, aber trockener Abend gewesen sein? — Angekl.: Ja. — Präsi.: Als Sie die Lampe anzündeten, woher nahmen Sie da die Zündhölzer? — Angekl.: Vom Tische. — Präsi.: Wissen Sie, wohin Sie das abgebrannte Zündholz warfen? — Angekl.: Auf den Fußboden. — Präsi.: Es ist auffallend, daß man auf dem Fußboden am Kopfende des Bettes mehrere Zündhölzer fand, drei waren nicht angebrannt gewesen, das vierte war aber ein wenig angebrannt, als habe Jemand es benutzt, um für einen Augenblick sehen zu können. — Angekl.: Davon weiß ich nichts. — Präsi.: Frau Wada sprang zum Fenster auf den Hof hinaus, wo blieben Sie? — Angekl.: Ich wurde ohnmächtig und mußte auf dem Bett der Frau Wada liegen bleiben. — Präsi.: Meinen Sie denn nun, daß die That von Jemandem begangen ist, der durchs Fenster hineinkroch und denselben Weg zurücknahm? — Angekl.: Ich weiß es nicht, anfangs habe ich geglaubt, es hätte Jemand sich unter dem Bett versteckt gehalten. — Präsi.: Die Anklage behauptet, daß Sie die Thäterin gewesen sind, daß Sie der Wada haben den Hals durchschneiden wollen, um dann den Ehemann Wada heirathen zu können. — Angekl.: Das ist nicht wahr, ich bin es nicht gewesen. — Präsi.: Sie müssen aber doch einräumen, daß eine Menge Verdachtsmomente gegen Sie vorliegen? — Angekl.: Sie kann es ja auch selbst gethan haben. — Präsi.: Warum sollte sie das thun? — Angekl.: Ich meine nicht, daß sie sich hat tödten wollen, sie wollte sich vielleicht nur verwunden, um den Herabzu dann auf mich zu lenken. Dann mußte ich zum Hause hinaus und sie half ihren Mann für sich. — Präsi.: Wie soll das aber möglich sein, wenn hat ja kein Messer bei ihr gefunden, das Messer lag ja auf dem Tische in der Küche. — Angekl.: Sie kann sich ja mit einer Nadel verletzt haben. — Präsi.: Das ist wenig wahrscheinlich. Wie ist es denn nun mit dem Trauring, den Sie der Frau Wada gestohlen haben sollen? — Angekl.: Das will ich heute angeben. Frau Wada hatte sich die Hände gewaschen und dabei vergessen, den Ring wieder anzusetzen. Ich nahm den Ring, weil es derselbe war, welchen er meiner Schwester geschenkt hatte, als er sich mit ihr verlobte. Ich meinte, er gehöre ihr eigentlich noch.

Die Angeklagte giebt alle diese Antworten in ruhiger, gleichmäßiger Tone, ohne irgend eine Spur von Erregung. Sie bleibt auch am Schlusse ihrer Vernehmung trotz aller Ermahnungen des Vorsitzenden dabei, daß sie in Betreff des verführten Mordes unschuldig sei. Die Beweisaufnahme beginnt mit der Vernehmung der Ehefrau Wada. Da es sich um Feststellung des unklaren Verhältnisses zwischen dem Ehemann Wada und der Angeklagten handelt, läßt sich über die Anklage dieser Zeugin nicht berichten. Der Präsident hebt hervor, daß die Deffenlichkeit nicht ausgeschlossen worden sei, weil ein Antrag in dieser Beziehung nicht gestellt sei. Er mache aber das Publikum darauf aufmerksam, daß mancherlei Dinge zur Sprache kämen, welche sich für weibliche Ohren nicht eignen und stelle er den anwesenden Damen deshalb anheim, den Saal zu verlassen. Es tritt nach dieser Erklärung des Präsidenten eine tiefe Stille ein, aber keine der vielen anwesenden Damen macht Anhalten, den Saal zu verlassen. Endlich erhebt sich eine Dame und verläßt den Saal, eine zweite folgt ihrem Beispiele, alle übrigen beharren auf ihren Plätzen. — Die Zeugin Wada giebt an, daß sie erst nach dem Abgange von dem Verhältnisse erfahren habe, daß zwischen ihrem Manne und der Angeklagten bestand. Als sie in der fraglichen Nacht durch das schlummernde Gefühl am Halse erwachte, habe sie, nach dem Ausstoßen eines lauten Schreies die Bettdecke über den Kopf gezogen, da sie fürchtete, im nächsten Augenblicke von dem Angreifer einen Schlag gegen den Kopf zu erhalten. Im Uebrigen denken sich ihre Angaben mit dem Inhalte der Anklage. Die Zeugin hält die Möglichkeit, daß ein anderer als die Angeklagte die That begangen haben könne, fast für ausgeschlossen, sie glaubt auch, daß es darauf abgesehen war, sie zu tödten, und daß der Zweck vielfach erreicht worden wäre, wenn sie nicht noch rechtzeitig erwacht wäre. Die Nachlade, die sie trug, habe die Wirkung des kumpfen Messers abgesehen, dieselbe mußte erst zerhackt werden. Unter ihrem Arme bestreitet die Zeugin, daß sie selbst Hand an sich gelegt habe. Auf Verlangen des Vorsitzenden, Rechtsanwalt Dr. Jores, giebt die Zeugin an, daß sie sich am Abende vor dem Abgange eines Messers in der Küche bedient habe und es dann auf dem Tische liegen ließ. Es folgt die Vernehmung derjenigen Zeugen, welche auf die Hilfeleistung der Frau Wada herbeigeeilt sind. Derselben befinden über-einstimmend, daß die Angeklagte ohnmächtig auf ihrem Bette lag und durch Besprengen mit kaltem Wasser wieder zu sich gebracht werden mußte. Die ganze Vernehmung wurde sofort unterbrochen, aber Niemand gefunden, auch deutete nichts darauf hin, daß ein Fremder die Wohnung betreten hatte. Der Zeuge Kothke fand bei der Durchsuchung des Bodens in demselben eine Kiste, welche in dem Bette des Gefellens lag, der im Boden schlief. Der Gendarm Bauer kam in die Wada'sche Wohnung an, als die Angeklagte schon wieder zu sich gekommen war. Dieselbe habe auf Verlangen erklärt, daß ein Mensch die That begangen haben müsse, der den Weg durchs Fenster genommen habe. Auf die Bemerkung des Zeugen, daß es wohl auf einen Raub abgesehen gewesen sei, machte die Angeklagte eine verächtliche Geste, sie meinte: „Wenn ich Geld hätte haben wollen, dann hätte ich's doch hier genommen.“ Dabei habe sie auf eine verschlossene Kiste gezeigt, welche in der Küche stand und in der Wada sein Geld aufbewahrte.

Rebel's Rede über die Taktik der Partei.

(Ausführlicher Bericht.)

Hr. Rebel: Die Frage der Taktik der Partei wäre nicht auf die Tagesordnung des Parteitag gesetzt worden, wenn nicht von gewisser Seite seit Monaten die Taktik, die die Parteileitung und die Fraktion beobachtet, zum Gegenstande des Angriffs gemacht worden wäre. Was die Grundsätze unserer Partei betrifft, so sind dieselben im Programm der Partei festgelegt und werden wir auch morgen an die Beratung eines neuen Programms gehen, so steht doch fest, etwas prinzipiell Neues ist darin nicht ausgesprochen. Es kommt in der Hauptsache auf bessere Formulierung an.

Wir haben von jeher als letztes Ziel die Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft bezeichnet. Es ist selbstverständlich, daß die bürgerliche Gesellschaft nicht freiwillig abhandelt. Es ist deshalb notwendig, politische Macht zu erlangen, um mit Hilfe dieser, die ökonomische Befreiung der Arbeiter herbeizuführen. Wenn es entzweit die Frage: wie ist dies zu erreichen? Die Partei ist stets von der Meinung ausgegangen, daß diese Macht nur erreicht werden kann, wenn wir die Massen gewinnen. Dies suchen wir zu erreichen durch die Agitation in Versammlungen, durch die Presse und auch durch unsere Teilnahme an den Wahlen und an dem Parlamentarismus. Ich sage keineswegs, daß man über die Taktik nicht verschiedener Meinung sein kann. Nichts wäre verkehrter als das. Allein bei Erörterung dieser Frage muß man mit Bestimmtheit zu Werke gehen.

Die Anarchisten sagen: alle gewerkschaftliche Bewegung und aller Parlamentarismus ist zu verwerfen, wir haben lediglich dahin zu streben, daß der heutige Staat so schnell als möglich zu Grunde geht. Die Taktik, die von den Anarchisten empfohlen wird, wird von unseren Gegnern bloß gemißbilligt. Diejenigen, die auf dem Standpunkt stehen, daß mit Gewalt vorgegangen werden muß, arbeiten bewußt oder unbewußt im Interesse unserer Gegner. Die bürgerliche Gesellschaft wünscht nichts Feindlicher, als daß sie in der Lage wäre, die proletarische Bewegung mit Gewalt niederzuschlagen. Gerade die ruhige Taktik, die wir einschlagen, liegt den Gegnern schwer im Magen. (Beifall.) Und wie will man die politische Macht erlangen, ohne die Massen hinter sich zu haben. Wenn wir aber die Massen haben wollen, dann können wir der gewerkschaftlichen Bewegung nicht entziehen. In den Gewerkschaften müssen die Arbeiter zum Klassenkampf erzogen werden. Wenn wir den Arbeitern kein Ziel mit unseren letzten Zielen kommen, dann werden wir die Massen niemals gewinnen. Viele Arbeiter würden sich sagen: wenn uns weiter nichts geboten wird, als ein Ziel, das wir doch nicht erleben, dann fällt es uns nicht ein, dafür zu arbeiten. Wir müssen den Arbeitern zeigen, daß wir bemüht sind, ihnen schon heute soviel als möglich ihre Lage zu verbessern. Parteigenossen, ich frage jeden Einzelnen von Euch, ob Ihr gleich vom ersten Tage ab überzeugte Sozialdemokraten wart. (Beifall.) Wir müssen es so machen, wie der Teufel, der, wenn er erst den Finger hat, sehr bald auch den ganzen Menschen hat. Die Massen schließen sich uns nicht wegen unserer Ansätze an, sondern weil sie eingesehen haben, daß wir die einzige Partei sind, die für die Arbeiter eintritt und daß alle bürgerlichen Parteien nur schöne Redensarten, aber keine Taten für die Arbeiter haben. Es gibt eine ganze Reihe von Arbeitern, die zunächst unsere Gegner sind, sobald sie sich uns ober angegeschlossen und unsere Prinzipien kennen gelernt haben, überzeugungstreue Genossen werden.

Die Opposition höhnt und wegen der Massen, die eigentlich nicht zu uns gehören. Wie aber wollen wir die politische Macht erlangen ohne die Massen? Wenn Sie (zur Opposition) das glauben, so sind Sie politische Thoren. Die Menschen springen nicht fix und fertig aus der jetzigen Gesellschaft; ihre Vorurteile wurzeln in ihrer Erziehung. Sozialdemokratische Väter und Mütter, die Sozialdemokraten erziehen können, gab es früher nicht; die müssen wir erst werden. (Heiterkeit.) Die Opposition sagt, unsere Partei versummt und versimpelt. War je eine Anklage ungerechtfertigt, so ist es diese. Wir waren früher in unseren Reden vielleicht schärfer als jetzt; in der Formulierung unserer Anträge sind wir viel bestimmter, energischer und prinzipieller geworden. Es wäre die größte Thorheit, wollten wir unsere Taktik, mit der wir die bisherigen Erfolge errungen haben, aufgeben. Und was haben denn die Anarchisten trotz all ihrer Arbeiten erreicht? Sie sind bisher immer nur eine kleine Sekte geblieben. Ich gehöre keineswegs zu denjenigen, die vor den Anarchisten eine Gänsehaut überläuft. Im Gegenteil, ich achte jeden überzeugungstreuen Anarchisten. Allein ich verlange, daß derjenige, der sich zum Anarchismus bekennt, aus unserer Partei austritt und sich den Anarchisten anschließt. Als eine Unerschämtheit muß ich es betrachten, wenn Leute sich herausnehmen, Gelder, die für sozialdemokratische Zwecke gesammelt worden sind, im Interesse der „Autonomie“ zu verwenden. Da ich dies ersehen hatte, so habe ich mich veranlaßt gefühlt, in der bekannten Frempalast-Versammlung zu sagen: Ich werde der Opposition auf dem nächsten Parteitag Gelegenheit verschaffen, eine eigene Partei zu gründen. Und ich muß bemerken, wäre die Ausschließung des Manners Schwabe vom Wahlkreise des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises nicht bereits erfolgt, so würde ich jetzt den Antrag auf dessen Ausschließung stellen. Dieser Mann hat sich nicht entblödet, der Parteileitung gegenüber zu erklären, daß er sich für berechtigt gehalten habe, Gelder, die durch den Verkauf sozialdemokratischer Schriften der Parteikasse zuzuflossen, für die „Autonomie“, also für ein Blatt zu verwenden, das in jeder Nummer von Verteilungen und Schmähungen gegen uns frohzt. Seitens der Opposition wird die Behauptung erhoben: die Partei gehe einer Verfallung entgegen. Parteigenossen, niemals ist ein Vorwurf ein so unverschämter gewesen wie dieser. Die Opposition sagt: wir sind eine Reformpartei, eine Partei geworden, die dem Spielbürger, dem kleinen Handwerker Rechnung trage. Ich fordere die Herren von der Opposition auf, den Beweis hierfür zu erbringen. Sowohl die Fraktion, als auch die Parteileitung haben niemals unsere Endziele aus dem Auge verloren. Es sind von uns niemals Anträge gestellt worden, die auch nur der Vermutung Raum geben könnten, wir wären der Meinung, unsere Endziele seien innerhalb der heutigen Gesellschaft zu erreichen. Niemals ist von einem unserer Abgeordneten der Ausspruch gethan worden, daß auf dem Wege des Parlamentarismus unsere Ziele zu erreichen seien. Wir haben auch niemals mit den bürgerlichen Parteien irgendwie politisch. Herr Werner scheint ja kein so großer Gegner des Parlamentarismus zu sein. Er sagte einmal: ich habe 22 000 Stimmen erhalten und bin nicht gewählt worden, andere haben 7000 Stimmen erhalten und sind gewählt worden und haben nun in der Partei etwas zu sagen. (Heiterkeit.) Daß Werner trotz seiner 22 000 Stimmen nicht gewählt worden ist, ist nicht unsere Schuld. Aber, daß ein Abgeordneter mehr zu sagen hat, als irgend ein anderer Genosse, ist mir neu. Herr Wildberger ist auch nicht gegen den Parlamentarismus an sich, er will nur, daß schärfer vorgegangen werde, während Richard Voginik wohl eine Teilnahme an der

parlamentarischen Thätigkeit will, allein er verlangt, wir sollen nicht Anträge stellen, sondern im Reichstage nur protestieren.

Es wird ferner der Vorwurf erhoben, daß die Reden unserer Abgeordneten im Reichstage nicht passend genug seien. Nun, es ist ja möglich, daß andere Genossen es besser machen könnten, als die gegenwärtigen Abgeordneten, allein ob es die Herren Werner und Wildberger gerade besser machen würden, muß ich nach den Leistungen, die sie hier an den Tag gelegt, bezweifeln. Herr Werner gebe ich den guten Rath, hinsichtlich seiner parlamentarischen Befähigung sich an das vom vorjährigen Parteitag über ihn abgegebene Urtheil zu erinnern und sich lieber leise bei Seite zu drücken und fleißig zu lernen, ehe er verlangt, eine öffentliche Rolle zu spielen. — Die Opposition hat einen gemeinsamen Boden, und das ist das Bemühen, die Parteileitung zu verdächtigen und die Partei zu schädigen. (Beifall.) Wir sollten im Reichstage schärfer vorgehen, mit der Gewalt drohen, fordern die Herren von der Opposition. Allerdings ist im Reichstage keine Redewendung strafbar. Allein, welche Konsequenz erwünschte aus solchen Verhalten unserer Abgeordneten im Reichstage wohl der Partei?

Wenn man uns nun im Reichstage die Frage vorlegen würde: Was ist denn Euer letztes Mittel? dann dürfen wir allerdings ungestraft sagen: Die Gewalt! Aber wer wird denn diese Verantwortung auf sich nehmen?

Aber darauf warten ja nur die herrschenden Klassen. Nichts wäre ihnen angenehmer, als daß wir es versuchten, unsere Forderungen mit Gewalt durchzusetzen. Die herrschenden Klassen wissen, daß alsdann unsere Partei ruiniert wäre. Das macht ja unsere Gegner so wüthend, daß wir ihnen durch unsere Haltung keine Gelegenheit geben, uns zu vernichten. Wer da glaubt, daß angesichts der Entwicklung der politischen, sozialen und militärischen Verhältnisse es möglich sei, auf den Barricaden unsere Forderungen durchzusetzen, der befindet sich in einem argen Irrthum. Ich habe es schon einmal in Dresden ausgesprochen: wie Späßen würde man uns zusammenhängen, wollten wir es der bürgerlichen Gesellschaft nachmachen, d. h. mit Gewalt unsere Forderungen durchsetzen wollen. Wie wir zum Ziele gelangen werden, will ich hier nicht aussprechen. Wir haben jedenfalls gar nicht nöthig, Gewalt anzuwenden. Die herrschenden Klassen arbeiten selbst darauf hin, ihren Untergang zu beschleunigen. Die gesammelten politischen und sozialen Verhältnisse sind derartige, daß der Tag, an dem wir die bürgerliche Gesellschaft ablösen werden, vielleicht gar nicht so fern ist. Wie sich die bürgerliche Gesellschaft auch drehen und wenden mag, sie ist verurtheilt, an ihrem eigenen Untergange zu arbeiten. Wir haben nur nothwendig, die Massen aufzuklären, daß andere wird sich mit Nothwendigkeit von selbst vollziehen. Allein, daß wir mit Gewalt etwas erreichen könnten, widerspricht der natürlichen Entwicklung.

Nun wende ich mich zu der bekannten Rede des Genossen v. Vollmar. Dieser behauptete: wir leben jetzt unter einem anderen Regime und deshalb muß auch unsere Taktik eine andere werden.

Das Ziel dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren, allein da der Weg bis zu diesem Ziele noch sehr weit und auch sehr dornenvoll ist, so sollen wir etwas langsamer vorwärts gehen und etwas bescheidener in unseren Forderungen und lieber bemüht sein, den dornenvollen Weg mehr behaglich zu machen. Ich kann dieser Ausrufung des Genossen Vollmar nicht zustimmen. Wir sollen bescheidener sein. Was heißt denn das? Sind wir denn jemals unbescheiden gewesen? Und selbst wenn wir die Erfüllung aller unserer Forderungen auf einmal verlangten, würden wir nicht unbescheiden sein. Wollte die Partei ihre ganzen Kräfte auf die fünf Punkte zu konzentriren, die Vollmar betont, dann mühte das nothwendig zur Verumpfung der Partei führen. Jeder Vortheil, den man für die Sache der Arbeiter erreichen kann, darf nur aufgesetzt werden als ein Mittel, die Kampftätigkeit der Partei zu verbessern, um endlich den letzten Schlag kräftiger führen zu können. Das wissen ja unsere Gegner, und daher machen sie uns auch so leicht keine Konzessionen. Machen sie uns Zugeständnisse, so nehmen wir sie als Abschlagszahlung, sagen aber nicht einmal: Danke schön! Wir können uns auf eine Aenderung unserer bewährten Taktik nicht einlassen!

Wenn speziell die Beratung des Arbeiterschuh-Gesetzes auch keine direkten Erfolge gehabt hätte, so hat dieselbe doch in hohem Maße dazu beigetragen, in den Massen die Ueberzeugung zu befestigen, daß nur die sozialdemokratische Partei die Interessen der arbeitenden Klassen vertritt; das haben die zahlreichen Zuschriften bewiesen, die der Fraktion zugegangen sind. Ich muß mich ganz entschieden dagegen erklären, daß ein Genosse, daß sogar ein Führer der Partei — in objektiver Weise allerdings — immer wieder darauf hinweist, daß die Partei bis zur Bewirkung ihrer Ziele noch einen langen, schwierigen Weg mit großen Hindernissen vor sich habe, daß sie langsam vorwärts gehen und in ihren Forderungen bescheiden sein müsse. Niemand kann doch den Fortschritt der Geister auf unserer wie auf der Gegner Seite leugnen. In demselben Maße wie wir nach vorwärts, haben die Gegner sich nach rückwärts bewegt. Vor einigen Jahren noch glaubten viele, daß auch die gegnerischen Parteien im Stande wären, für die Interessen der Arbeiter einzutreten, heute glaubt das Niemand mehr. Wenn wir siegen wollen, müssen wir dafür sorgen, daß die Gegner den Glauben an sich selbst verlieren, wirin uns ja die Entwicklung der Verhältnisse auch unterstützt; aber wir dürfen nicht immer mahnen: Nur immer langsam! Eine solche Hinhaltungstaktik, mit der wir bei unseren Anhängern den Glauben an unsere Sache schwächen, können wir nicht gutheißen!

Ich kann dem Genossen Vollmar nicht zustimmen, daß wir langsamer als bisher vorgehen sollen, da der Weg, der zu unserem Ziele führt, noch ein sehr weiter sei. Einmal beweise ich das letztere, andererseits ist es doch unsere Pflicht, alles zu thun, was zur Beschleunigung des Unterganges der herrschenden Klassen beitragen kann. Und aus welchem Grunde sollen wir unsere Taktik ändern? Allerdings Bismarck ist abgegangen, das hat uns Alle gefreut, aber ist es denn unter Caprivi besser geworden? (Rufe: Nein!) Wir achten in Caprivi den schlichten Gegner, aber unseren Freund können wir ihn doch nicht nennen. Die Agrarpolitik der Regierung kann uns auch nicht veranlassen, unsere Taktik zu ändern. Die Herren von Bielefeld und von Caprivi mögen ja ganz gute Leute sein, allein wenn sie für die Arbeiter etwas thun, dann geschieht dies nicht aus Liebe zu uns, sondern um uns das Wasser aus der Mühle zu nehmen. Die herrschenden Klassen thun Alles, was nach ihrer Meinung geeignet ist, uns zu schaden. Würden die herrschenden Klassen der Ueberzeugung sein, daß nach Ausnahme unseres Arbeiterschuh-Gesetzes die Sozialdemokratie sterben würde, dann würden sie mit Jubel dem Entwurf zustimmen. Das Gute ist nur, daß infolge der Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse die bürgerlichen Klassen für uns arbeiten müssen.

Rebel bekräftigte schließlich die Annahme der bereits abgedruckten Resolution und schloß mit den Worten: Sorgen wir dafür, daß uns durch die Haltung des Parteitag die Ehre und das Interesse der Partei nach allen Richtungen hin gewahrt werde. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Der Ausnahmezustand, unter welchem die Arbeiterschaft Oesterreich-Schlesiens steht, nimmt nach einer Mittheilung der Wiener „Arbeiterzeitung“ immer deutlichere Formen an. Die Troppauer Landesregierung erlaubt sich Dinge, die selbst in Oesterreich ungewöhnlich sind.

Konsequenter werden alle Arbeitervereine, mögen sie Bildungsvereine oder Fachvereine sein, als „politische“ Vereine untert. Jetzt ist wieder die Gründung des „Fachvereins für gepulste Maschinen, Maschinenwärter und Dampfesselfeuer“ in Jägerndorf verboten worden, und zwar soll dieser Fachverein hauptsächlich darum ein „politischer“ sein, weil er nach § 2 seiner Statuten den Zweck hat, „das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit unter den Fachgenossen zu beleben und zu stärken“! Das müssen sich die Arbeiter bieten lassen. Die Herren Bürger können Schützen, Gefangs-, Feuerwehrgesellschaften, welche in Wirklichkeit weit eher einen politischen Beigeschmack haben, gründen und sehr viel Speltatel dabei machen, kein Mensch ist so stoch oder so dumm, sie daran zu hindern. Den Arbeitern gegenüber wird unter dem Vorwande, daß sie „Politik“ treiben, verwehrt, ihre einfachsten, nächstliegenden Lebensinteressen zu verfolgen; sie werden, geknebelt und gefesselt, ihren Ausbeutern ausgeliefert.

Der „Dresdner Anzeiger“ widerruft seine Mittheilung, wonach die Eintrittskarten zu einer in Laubegast für den konservativen Kandidaten Seidel-Strifien abgehaltenen Versammlung von den „zuständigen Gemeinde-Beamten“ abgeholt gewesen seien.

Polizeiliches, Gerichtliches etc. Der Vertrauensmann Weiland in Fürstenauberg a. Spree hatte die Genehmigung zur Abhaltung einer Volksversammlung auf dem Neuen Markt erhalten; die Polizeiverwaltung zog dieselbe aber mit der Begründung wieder zurück, die vorgelegte Dienstbehörde habe sie damit beauftragt. Auf welchen Grund die vorgelegte Dienstbehörde ihr Verlangen stützte, theilte die Polizeiverwaltung dem Vertrauensmann nicht mit, trotzdem sich das doch gehört. — Die Oberfelder „Freie Presse“ veröffentlichte am 5. Februar einen Artikel, welcher Bezug nahm auf eine Rede des Präsidenten v. Holleben, die dieser in seiner Eigenschaft als Mitglied des Herrenhauses gehalten hatte. Es handelte sich um eine Regierungsvorlage, welche einem Amtsrichter die Dienstausicht über seine Kollegen mit Gehaltsverhöhung auf Widerruf ertheilen sollte. Präsident v. Holleben begründete diese Vorlage dadurch, daß heutzutage nicht selten Amtsrichter „verlattern“ und der „Trunkstuchverfallen“. In dem Artikel war ein Passus enthalten, welcher dem „Vorwärts“ mit Quellenangabe entnommen war und worin die Ursache der von dem Präsidenten v. Holleben erwähnten Trunksucht unter den Amtsrichtern zu erklären versucht und dabei ausgeführt wurde, daß die politischen Prozesse die Gewissen der jungen Juristen vielleicht befaßten und sie deshalb zum Glase greifen. Speziell waren die Majestätsbeleidigungs-Prozesse sowie der Prozeß Armin angeführt. In diesen Ausführungen fand die Staatsanwaltschaft in Düsseldorf Verantwortlichkeit von „Einrichtungen des Staates“ und erhob gegen Grimpe Anklage. Unter dem 23. April d. J. wurde Grimpe freigesprochen, nachdem die Verhandlung am 18. April stattgefunden hatte. Die Düsseldorf'sche Strafkammer hob im Urtheil hervor, daß „Staatsanwaltschaften“ in dem Artikel keine Erwähnung finden und wenn auch Richter in Ausübung ihres Amtes kritisiert werden und dadurch verächtlich gemacht erscheinen könnten, so seien wohl diese beleidigt, aber keine Staatsanwaltschaft. Die Staatsanwaltschaft war gegenwärtiger Meinung, griff das Urtheil an und legte Revision dagegen ein. In der Begründung führte sie aus, daß dadurch, daß die Richter in Bezug auf ihre Rechtspredigung angegriffen würden, die staatliche Einrichtung der Rechtspredigung verächtlich gemacht sei, die Handhabung der Geseze sei eben staatlich geregelt und dadurch „Einrichtung des Staates“. Das Reichsgericht in seiner Sitzung vom 6. Juli er. schloß sich der Rechtsauffassung der Düsseldorf'schen Staatsanwaltschaft an, hob das Urtheil vom 23. April er. auf und verwies die Sache an das Oberfelder Landgericht, um anderweitig zu prüfen, ob „die gegen „die Richter“ erhobenen Angriffe unmittelbar auch die Staatsanwaltschaft der Rechtspflege treffen, sei es im Allgemeinen oder in einzelnen erke-baren allgemeinen Beziehungen, wie beispielsweise in politischen Prozessen, Beschlußfassung über Anträge, sowie Beweiswürdigung“. In der darauf am 15. Oktober stattgehabten wiederholten Verhandlung beantragte der Staatsanwalt zwei Wochen Gefängnis gegen Grimpe, daß Urtheil aber lautete nicht — wie man meinen sollte — auf Freisprechung, sondern auf vier Wochen Gefängnis. Dann folgte die Verhandlung über eine zweite Forderung Grimpe's. Unter dem 26. Februar brachte die „Düsseldorf'sche Arbeiter-Zeitung“ unter „Politischer Ueberblick“ einen Artikel: „Das Schwert der Gerechtigkeit“, worin ausgeführt wird, daß dies die unglücklichste Waffe gegen die Sozialdemokratie sei, denn dies Schwert sei zweischneidig und die strenge Handhabung desselben gegen die Sozialdemokraten könne die Wirkung haben, daß der Glaube an die Unparteilichkeit der Justiz bei Millionen von Staatsbürgern erschüttert werde. Dadurch sollten abermals „Einrichtungen des Staates“ verächtlich gemacht worden sein und die Düsseldorf'sche Staatsanwaltschaft erhob abermals Anklage. In der Sitzung vom 25. April wurde Grimpe aber wiederum freigesprochen und zwar von derselben Strafkammer des Landgerichts zu Düsseldorf und fast mit derselben Motivierung. Auch diese Freisprechung war nicht nach dem Verlangen des Staatsanwalts, es wurde ebenfalls Revision gegen das Urtheil eingelegt. Das Reichsgericht fertigte in seiner Sitzung vom 6. Juli sein Erkenntnis wie wegen des Artikels „Der verlorrene Amtsrichter“ auch in Bezug auf „Das Schwert der Gerechtigkeit“ an, hob das Urtheil auf und verwies auch diese Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Oberfelder Landgericht. In dieser Verhandlung beantragte der Staatsanwalt 4 Wochen Gefängnis, das Gericht erkannte aber auf 2 Wochen, gerade umgekehrt wie oben. Im Ganzen hat also Grimpe wieder 6 Wochen aufgebracht erhalten. — Wegen Verleumdung eines Bergwerksaufsehers durch einen Artikel des „Arbeiterwillen“ wurde der Parteigenosse Kessel in Graz vom Sebnitzgericht zu 6 Wochen Arrest, verurteilt mit wöchentlich einer Hafttag, verurtheilt. — Das Rainzer Schöffengericht verurtheilte den Genossen Schneider Dinge aus Wiesbaden und der Redakteur Gustav Sprenger wegen Beleidigung des Gouverneurs der Zeitung Mainz General v. Reibitz zu 50 resp. 25 M. Geldbuße. Dinge hatte in einer Rede zu Wiesbaden den Mainzer Gouverneur angegriffen und sich dadurch eine Anklage zugezogen, die ihm später 1 Monat Gefängnis einbrachte. Als Dinge die Anklagefrist erhielt, veröffentlichte er in der „Mainzer Volks-Zeitung“ die inkriminierte Stelle mit dem Ersuchen, daß alle diejenigen, welche seine Rede gehört, ihm bezeugen möchten, daß er die betreffenden Worte nicht gebraucht habe. In der Wiederholung dieser Worte erblickte das Gericht die

Absicht der Beleidigung. — Gegen den verantwortlichen Redakteur der „*Wannheimer sozialdemokratischen Volksstimme*“, H. Köpfer, hat die Staatsanwaltschaft eine Anklage wegen Beleidigung des Landeskommisars Ober-Regierungsraths Frech von hier erhoben. Die Anklage wurde, nach der „*Kranf. Zig.*“, veranlaßt durch einen Artikel, in welchem die „*Volksstimme*“ Herrn Frech heftig angriff, weil dieser das Verlangen an Dreesebach gestellt hatte, den Nachweis zu erbringen, daß er badischer Staatsbürger sei und seiner Wahl zum badischen Landtag nicht der § 35 der Wahlordnung entgegenstehe.

Lokales.

Das Verfahren des Gerichtsvollzieher hat sich in der letzten Zeit mehrfach als ein ganz bedauerliches herausgestellt, so daß das interessierte Publikum in der That kaum noch weiß, wie es sich diesen Beamten gegenüber verhalten soll. Einen recht drastischen Beleg hierfür gab eine kürzlich stattgehabte Gerichtsverhandlung.

Ein Gerichtsvollzieher hatte an einem Februartage d. J. bei dem Schlichtermeister A. eine Pfändung vorzunehmen. Er begab sich in den Laden, den er für denjenigen des Schuldners hielt. Hier traf er das A. s. Ehepaar und eine Verwandte, die Witwe K., an. Nachdem der Beamte den Zweck seines Kommens angezeigt, erklärte ihm A., daß er im Laden nicht pfänden könne, dieselbe gebühre mit sämtlichen Gerätschaften der Witwe K. Er selbst sei nur deren Geschäftsführer, und der Gerichtsvollzieher müsse mit nach seiner Wohnung kommen. Dieser war der Ueberzeugung, daß hier nur eine der gewöhnlichen Schiebung vorliege, er erwiderte, daß er sich auf nichts einlassen und trotzdem pfänden werde. Nun schob A. ihn einfach zur Thür hinaus und die Witwe K. beehrte ihn dabel. Der Beamte erschien mit einem Schutzmann wieder, beide mußten aber noch einmal umkehren und weitere Hülse holen, denn A. erklärte, sich jeder Pfändung mit Gewalt widersetzen zu wollen. Bald rückte eine ganze Truppe, ein Leutnant, drei Schutzleute und der Gerichtsvollzieher in den Laden. Es kam zu einer argen Szene. A. mußte überwältigt und zur Wache gebracht werden, dann erst konnte der Gerichtsvollzieher seines Amtes walten. Das Schöffengericht verurteilte A. zu einem Monat Gefängnis, die Witwe K. zu 15 M. In der Berufungsdinstanz wird nun der Verteidiger nach, daß der Beamte sich in einem Irrtum befunden hätte. Das Geschäft gehörte tatsächlich der Witwe K., deren Firma sich auch über der Thüre befand. Somit habe der Gerichtsvollzieher sich nicht in der berechtigten Ausübung seines Berufes befunden und das Verhalten des A. gegen ihn sei nicht strafbar. Der Gerichtshof trat dieser Ansicht bei und verurteilte den Angeklagten A. nur wegen des Widerstandes, den er den Schutzleuten geleistet hatte, zu einer Geldstrafe von 40 M. Die Angeklagte K. wurde freigesprochen.

Jundst besprechen wir nicht, wie es möglich ist, den Widerstand des Mannes gegen die Schutzleute, die nur zur Unterstützung des Gerichtsvollziehers zugezogen waren, für strafbar zu halten, wenn der Widerstand gegen den Gerichtsvollzieher selber berechtigt war. Es sind das eben juristische Untersuchungen, für welche in dem Rechtsbewußtsein der Bevölkerung kein Boden vorhanden ist und die nicht geeignet sind, der Tätigkeit der Strafjustiz eine heilsame, die sittlichen Begriffe der Bevölkerung klärende Wirkung zu geben.

Geradezu vergiftend aber für jedes Rechtsbewußtsein wirkt das Verfahren der Gerichtsvollzieher in manchen Fällen. Ihre Eindringen in fremde Wohnungen, in denen zufällig ein Schuldner sich aufhält, spricht so sehr dem Rechtsbewußtsein der Bevölkerung Hohn, daß daraus die bedenklichsten Anschauungen über den Charakter der vollstreckenden Gerichtsbarkeit entstehen. Häufig kommen Verwandte des Schuldners in die Zwangslage, für den Schuldner bezahlen zu müssen oder einen Prozeß zu führen, um den Nachweis zu erbringen, daß die vom Gerichtsvollzieher gepfändeten Sachen nicht dem Schuldner gehören. Dabei findet die Abholung der gepfändeten Sachen aus der Wohnung statt, wenn nicht rechtzeitig kostspielige Gerichtsbeschüsse von den wirklichen Eigentümern der Pfandstücke erwirkt sind, um die Abholung zu verhindern. Ein Familienleben kann durch die Willkür eines Gerichtsvollziehers auf das Schwerste geschädigt werden und zwar ist die Gefahr um so größer, als dieser Beamte einseitig im Dienste des Gläubigers steht.

Wir haben nicht den Eindruck gewinnen können, als ob die aufsichtführenden Amtsgerichte in ausreichendem Maße dafür sorgten, daß das Verfahren der Gerichtsvollzieher sich dem Geiste der modernen Gesetzgebung anpasse. Ist eine gerichtliche Pfändung an sich schon eine harte Maßnahme, begleitet von den schädlichsten sozialen Folgen für den wirklichen Schuldner, so wird sie zu einer ersten sittlichen Gefahr, wenn ein Fremder durch diese Pfändung ungerecht betroffen wird. Ein Mensch, der durch solche Pfändung ungerecht geschädigt wird, gelangt leicht zu einem unverwundbaren Groll gegen die bestehende Gesellschaftsordnung. Wenn die Erziehung solcher Elemente der modernen Justiz nicht bedenklich erscheint, so kann sie uns recht sein.

Ein kommunales Unternehmen, das so recht deutlich zeigt, wie vorteilhaft sich die auf Kosten der Gesamtheit betriebenen Anlagen verhalten, ist unsere städtische Wasserversorgung, deren leistungsfähiger Rechenwerksbau gegenüber vorliegt und trotz mancher, den Jahresabschluss ungünstig beeinflussender Momente, doch noch ein äußerst günstiges Resultat liefert. Zugleich zeigt der Bericht, wie derartige Unternehmen, selbst wenn sie durch Aufnahme von Anleihen begründet werden, bei richtiger Leitung doch zu einer geordneten Fortentwicklung gelangen, sobald sie dem allgemeinen Interesse dienlich gemacht werden.

Bei der Anlegung und allmähliche Ausdehnung der Wasserleitungs-Anlagen hat die Stadt Berlin verschiedene Anleihen aufgenommen, die heute bereits zum Teil wieder getilgt sind; allerdings aus allgemeinen kommunalen Mitteln; aber ganz sicher nicht über den Betrag hinaus, den die Wasserleitungswerke, seit sie in städtischem Besitze sind, an die Stadtkasse abgeführt haben. Weiter ist die der Stadt aus den Einnahmen der Wasserwerke zugeflossene ganze Summe aus dem vorliegenden Jahresbericht nicht ersichtlich; aber man kann sich eine ungefähre Vorstellung dieser Einnahmen machen, wenn man erwägt, daß in dem letzten Jahre allein über 2/4 Millionen Netto-Uberschuss an die Stadtkasse aus den Einnahmen der Wasserwerke abgeführt sind; trotzdem die Gesamtsumme der Wasserwerke für geliefertes Wasser (ca. 6 Millionen) für Wassermesser-Riethen, Zinsen, Miethen und sonstige Einnahmen im Ganzen nur 6 450 000 M. betragen; die Werke haben also einen Reingewinn von über 83 pCt. im letzten Jahre ergeben.

Nicht minder günstig stellt sich die Gesamtvermögenslage dieses städtischen Unternehmens, von dessen Anlagen in der bisherigen Ausdehnung Anleihen von der Stadt aufgenommen wurden, die bis auf einen Betrag von 40 Millionen bereits getilgt sind. Diese Summe ist voll gedeckt durch den Wert der vorhandenen Anlagen, der sehr vorsichtig berechnet ist, daß ein Ueberschuss sich nicht ergibt, worauf ja auch nichts ankommt, da es sich um ein kommunales Unternehmen handelt. Erwünscht aber wäre es doch, wenn der Magistratsbericht künftig diejenigen Summen enthielte, die an die Stadt-Kassentöpfe seit dem Bestehen der Werke gezahlt sind. Es könnten diesen Summen die Beträge gegenüber gestellt werden,

um welche die Anleihen amortisiert sind, die man zum Ankauf und zur Erweiterung der Werke aufgewendet hat.

Ein entscheidender Mangel des Berichts aber liegt darin, daß er über die Höhe der Arbeitslöhne keinerlei Angaben enthält, aus denen sich prüfen ließe, ob diese Löhne im Einklang stehen mit dem bedeutenden Ueberschusse des Unternehmens. Die Löhne sind nur in große Pauschalsummen zusammengefaßt und machen eine eingehende Prüfung unmöglich, was entschieden gerügt zu werden verdient. Prüft man mit den großen Ueberschüssen, so soll man auch die Arbeitslöhne pro Arbeiter und Tag genau nachweisen. Wer das nicht thut, macht sich verdächtig!

Auch ein Urtheil! Das parteilose Organ der gesammten Berliner Studentenschaft (so nennt es sich) „Vivat Academia!“ bringt im Briefkasten folgende Notiz:

Auf Ihre Anfrage betr. Jbren gebe ich Ihnen zu wissen: Ich habe mich nach Kräften in allen Fächern des Wissens ernst und eifrig umgeben. Dennoch erkläre ich mich für völlig unfähig, irgend eine Figur Jbren zu vertreten. Entweder sind seine Personen alle ausnahmslos verrückt, oder der Dichter ist es! Das ist meine subjektive Meinung. Eine gültige Vorsehung verhilft, daß auch nur ein deutscher Studentend in diesen Zeug Gefallen finde. Die Jfomanie ist eine alte Geisteskrankheit derjenigen Modernen, welche bar sind jedes Frankens von Idealismus. Der verantwortliche Redakteur des Studentenblattes, Dr. John Heffel, scheint in seiner Weisheit, in welcher er das Entweder — oder ausspricht, sich gar nicht denken kann, daß auch noch ein Drittes möglich sein, daß vielleicht er selbst etwas grün ist.

Die Spitze des Trunksucht-Gesententurfes lediglich gegen das Proletariat zu richten, ist man bereits eifrig an der Arbeit. So schreibt u. A. die „*D. Sozial-Zig.*“:

„Zwar richtet sich dieser Entwurf nicht nur allein gegen das Branntweintrinken, sondern das Trinken geistiger Getränke überhaupt, also auch des Bieres und Weins, doch glauben wir kaum, daß er, wenn wirklich Gesetz geworden, unter den Trinkern leichter Gemüthsarten zu besternde Opfer finden dürfte, da deren Genus zu Ausschreitungen nur selten führt, also öffentliches Kergerniß nicht erregt; denn unmöglich kann doch schon derjenige bestraft werden, dem einmal der stille Mond ein solches Gesicht macht oder der mit dem bekannten Bruder Stabio singt: „Straße, wie wunderbar siehst du mir aus!““

Natürlich, die Herren Bourgeois, die sich in Bier und Wein begeben, sind ganz unschuldige Leuten, die erregen kein öffentliches Kergerniß“, die fahren sich sitfam per Drohke nach Hause, und wenn es wirklich einmal vorommt, daß sie Nachwächler durchprügeln, oder Leute anrennen, oder sonstwie Schaden machen und Händel erregen, so hat das nichts zu sagen; die Leute haben ja Bier oder Wein getrunken! Die Proletarie aber, denen ein Gläschen Jufel zu Kopfe gestiegen ist, — ja, Bauer, das ist ganz etwas anderes! Diese Leute müssen bestraft werden! Mauth ist nicht Mauth und wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht immer dasselbe, so ist die heutige bürgerliche Logik!

Ein Urtheil aus gegnerischer Feder. Das „*Erfurter Tagesblatt*“ (unabhängiges Organ für städtische und ländliche Interessen) schreibt in seiner Nummer vom 18. d. M.:

„Der sozialdemokratische Parteitag bietet in seinen Delegationen, so zu sagen, die Elite der Partei. Wer im Kaiserthale die Versammlung sieht, sucht in den zum Theil recht keifrischen Gestalten nicht jene heißhässigen Weltverbesserer, als die sie in ihrem öffentlichen Auftreten und in der Presse bekannt sind. Ersehen die Herren schon nach ihrem Habitus weit besser als ihr Ruf, so schließt man aus ihrem Verhalten ganz und gar nicht auf Vertreter des Arbeiterstandes. Die zum Theil elegant gekleideten Herren mit meist intelligenten Gesichtern sehen gar nicht danach aus, als ob ihr Lebensziel es sei, den Bourgeois das Lebenslicht anzublasen und die bestehende Gesellschaftsordnung umzuwerfen. Zunächst sind sie allerdings darauf aus, unter sich eine Sache auszumachen, die voransichtlich hitzige Debatten geben wird. So lange das Sozialistengesetz galt, war nichts als reine Wonne in der Partei. Jetzt hat sie auch die Opposition unter sich selbst, wie das bei einer Partei, die aus so mannigfachen kräftigbedürftigen Elementen zusammengesetzt ist, nicht ausbleiben konnte. Die Berliner Opposition oder die Jungen, wie sie sich selbst nennen, führen ihre Sache unter Werner und Willberger mit parlamentarischem Geschick, das bei den Verhandlungen überhaupt allgemein herrscht und angenehm auffällt. Herr Reichhaus macht die Demores und versteht in liebenswürdiger Weise seine Anordnungen zu treffen. Das Rauschen und den Genus geistiger Getränke während der Verhandlungen hat der Vorsitzende Herr Singer gebeten zu unterlassen. Auch 8 junge Damen bemerkten wir unter den Delegationen im Parterre, von denen die eine wohl nicht zufällig ganz in blutroth gekleidet war. Rote Kravatten und rote Hümmen in den Knöpfen reitend verbrachten im Verein mit zahlreichen rothen Fahnen seinen rothen Schimmer, der den Jugehörigen der sozialdemokratischen Partei nun einmal so großes Vergnügen bereitet. Wir können den Besuch der Verhandlungen allen Politikern jeder Parteifarbe als lehrreich und nützlich empfehlen.“

Der „*Empfehlung*“ wird nicht viel Folge geleistet werden. Unsere Gegner treiben nun einmal uns gegenüber die bekannte Vogelstranz-Politik — sie haben sich aus der Sozialdemokratie ein so süchtliches Schreckbild zurecht gemacht, daß sie in ihrer Hofenberzigkeit uns gar nicht ins Gesicht zu sehen wagen. Auch der Schreiber der Notiz hatte sich ja angestrengt die sozialdemokratischen „Agitatoren“ als Vogelstranen vorge stellt, — sein Erstaunen, daß dieselben nicht wie Strömer, Wählhaber oder Wanditen aussehen, tritt ja mit herzergreifender Naivität und Ursprünglichkeit zu Tage. —

Berlin steht gegenwärtig unter dem Zeichen der „Festessen.“ Am 21. d. Mts. wird der Allgemeine deutsche Verein für Kaninchenzucht und Kaninchenverwertung abermals ein großes Kaninchenessen veranstalten, um weitere Kreise des Volkes auf das gerade in den jetzigen theuren Zeiten schätzwerthe Kaninchenfleisch aufmerksam zu machen. Dem gleichen Ubblichen Zweck verfolgt augenscheinlich der hiesige Verein der Kosschlächter, welcher im November ein großes „Kosschlächteressen“ veranstalten wird. Nun, die Herren Kosschlächter können mit ihren eigenen Erfolgen schon zufrieden sein, denn in den ersten neun Monaten dieses Jahres sind in der Berliner „Zentral-Kosschlächtere“ nicht weniger als 6000 Pferde, das sind 421 mehr als im Vorjahre, geschlachtet und von den Berlinern verzehrt worden. Dabedarf es wohl kaum einer weiteren „Anregung.“

Herr Max Markiewicz, früherer Inhaber des Konfektionsgeschäfts Niederwallstr. 35, bittet uns mitzutheilen, daß er mit dem Nr. 241 des „*Vorwärts*“ unter der Rubrik „*Gerichts-Zeitung*“, erwähnten Kaufmann gleichen Namens nicht identisch sei.

Polizeibericht. Am 17. d. M. früh wurde ein Mann in seiner Wohnung, in der Fischerstraße, erhängt vorgefunden. — Um dieselbe Zeit verlegte sich ein Schneider in seiner Wohnung in der Wegdingerstraße. — Nachmittags fiel ein sechsjähriger Knabe vor dem Hause Landsbergerstraße 80 infolge Ausgleitens dicht vor einem Pferdehahnwagen, so daß er von einem Pferde getreten und vom Trittbret am Hinterkopf erfaßt wurde. Er trug hierbei eine Gehirnerschütterung und innere Verletzungen davon. — In der Gasse der Landsberger- und Höchstraße wurde Abends eine Frau durch ein Fuhrwerk überschlagen und erlitt eine starke Quetschung des Unterarmes. — Am 17. d. M. Nachmittags erlitt ein L. Knaben die G. G.

bei dem Versuch des Ablösens eines in der Restaurationsfläche Fischerstraße 25 entzündeten Feuers bedeutende Brandwunden an ganzen Körper. Es wurde durch Samariter der Feuerweh verbunden und in das St. Hedwigs-Krankenhaus gebracht. — Am 18. d. M., Morgens, wurde im Thiergarten, nahe dem Restauvant Charlottenhof, ein unbekannter, etwa 45 Jahre alter Mann tot aufgefunden. Derselbe hat sich anscheinend mittelst einer Kesselfal-Lösung vergiftet. — Vor dem Grundstück Ramlitzer 50—55 wurde Vormittags ein zweijähriger Knabe von einem Arbeitswagen überfahren und so schwer am Kopfe verletzt, daß er bald darauf im Krankenhaus „Am Urban“ verstarb. — Abends entstand in der Wohnung des Arbeiters Seigl, Urbanstraße 35, dadurch ein kleiner Brand, daß die ohne Aufsicht gelassenen beiden Kinder im Alter von fünf und zwei Jahren eine auf der Kochmaschine stehende Lampe umwarfen. Hierbei erlitt der ältere Knabe bedeutende Brandwunden an Kopf und Hals, sodas seine Uebersführung nach dem Krankenhaus „Am Urban“ erforderlich wurde. — Zu derselben Zeit brachte vor dem Hause Fischerstr. 22 ein Schiffer einem Händler infolge einer Streitigkeit mehrere Messerstücke in die Arme bei und einen Schnitt in die Hand, durch den ein Finger abgetrennt wurde. — In der Nacht zum 19. d. Mts. fand vor dem Hause Kolbergerstraße 23 eine Schlägerei statt, wobei der Arbeiter Jermann dem Arbeiter Stein einen Messerstich in das Genick zuführte, während Jermann eine Verletzung am Oberschenkel erlitt. Stein wurde nach der Charitè gebracht. — Am 18. d. Mts. Vormittags gerieth auf dem Bahnhof Gesundbrunnen ein mit Korbfässeln beladener Eisenbahnwagen in Brand.

Soziale Uebersicht.

Ein Zentralverband der deutschen Konditor-gehilfen, Pfefferkuchler, Gebäckler und verwandten Berufsgenossen sowie der Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen dieser Gewerbe ist am 1. Oktober errichtet worden. Sitz desselben ist Hamburg.

Das Schöffengericht zu Frankfurt a. M. hat die vom Staatsanwalt verlangte Schließung des deutschen Hofamantirer- und Wandweber-Vereins und die Verfassung des Vorstandes dieser Organisation abgelehnt. Die Schließung und Verurteilung sollte erfolgen, weil in den Versammlungen jenes Vereins politische Gegenstände erörtert worden waren.

Das Gericht sah als erwiesen an, daß an zwei Abenden Fragen politischer Natur zur Sprache gekommen waren: eine, welche den Normalarbeitslohn betraf und aus dem Prozeßkosten entnommen war, und eine, die der Redner Krämer in seinem Vortrage erörtert hatte.

Weide Fälle waren aber nach Ansicht des Gerichts nicht geeignet, die Tendenz des Vereins zu einer politischen zu hemmen. Wenn eine Anklage, die nicht in den Verein gehört, kurz und abweisend beantwortet wird, und wenn ein Redner eigenmächtig von seinem nur Zwecken der Belehrung dienenden Vortragsthema abschweift, so könne daraus dem Vorstand kein Vorwurf erwachsen, und der Verein werde dadurch nicht zum politischen. Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Dr. Schröder gab indessen den Angeklagten den Rath, in Zukunft große Vorsicht walten zu lassen, da die heute vorausgesetzte bona fides (der gute Glaube an die Rechtsmäßigkeit einer Handlung) nach dieser Gefährdung kaum mehr angenommen werden dürfte.

Konkurs-Geld. Bei einer gerichtlichenuktion in Plauen i. V. wurde die Schiffsen-Stüdmachmaschine eines Kleinmeisters, welche 5000 M. gekostet hatte, für 80 M. losgeschlagen. Wie viel Schweißtropfen aberangestrengtester Arbeit mögen wohl an jenen 5000 M. gegangen haben!

Auch mit dem Intellekt der polnischen Kleinmeister ist es gleich früh nichts. Haben da die Posener Schuhmacher, die zumst aus Polen beziehen und ca. 2000 Mann zählen, behufs Verbesserung ihrer durch die Konkurrenz, besonders von außerhalb, gedrückten Lage beschloßen, eine „Genossenschaft der vereinigten Schuhmacher für die Stadt Posen“ zu bilden, deren Aufgabe sein soll: „Verbesserung der Lage der Schuhmacher, Kampf gegen den Sozialismus, und Errichtung eines Schuhmachers-Lagers!“

Die beiden ersten Aufgaben, welche hier in gesperrter Schrift gedruckt sind, haben sich bekanntlich einander gerade auf — aber was steht sich das Kleinmeisterthum an Logik!

Mit vier Fingern — das hat ein Sanitätsrath in Braunschweig herausgefunden — kann man ebenso viel leisten wie mit fünf Fingern.

Ein Brauer zu Braunschweig verlor durch einen Unfall den Mittelfinger der linken Hand und erhielt daraus von der Versicherungsgesellschaft eine Rente von 10 pCt. seines Verdienstes zugesichert. Diese Rente wurde dem Brauer aber wieder entzogen, denn der euerter ärztlicher Untersuchung konstatarie der Sanitätsrath, daß die Gebrauchsfähigkeit der linken Hand durch den Verlust des Mittelfingers nicht die geringste Einbuße erlitten habe und der Betreffende ebenso erwerbsfähig sei wie vor dem Unfall.

Das Schiedsgericht schloß sich der merkwürdigen Auffassung an, daß 4 Finger — 5 Finger seien, trotzdem man meinen sollte, daß man alle Individualitäten studirt haben müsse, um die Höhe dieses fingerverachtenden Logik erkommen zu haben.

Aus der Zuckerfabrik Waghäusel in Mannheim wurde nach einem Bericht der Mannheimer „*Volksstimme*“, ein Arbeiter seines Alters halber entlassen, welcher in diesem Stabliken 45 Jahre lang Dienste geleistet hatte. Er ist jetzt Mitte der 60er Jahre alt, bekommt also noch nicht einmal die „*Reichsrente*“, und besitzt auch sonst keine Pension. Eine Kritik an dem Vorfall zu knippen, ist wohl überflüssig; daß eine „*Zuckerfabrik*“ besorgt die Kritik schon selbst. Die verschiedenen Arbeiter aber mögen aus der Mitteilung sich den Lehrer ziehen, daß ein weit besserer Schutz für sie im Anschluß an ihre Fachorganisationen besteht, als in den sogenannten „*lebenseilänglichen*“ Stellungen.

10 Pfg. Arbeitslohn für eine Hofe soll eine Stuttgarter Konfektions-Firma ihren Arbeitern bzw. Arbeiterinnen zahlen. Diese Gerabeg ungläubige Mitteilung wurde in der am 14. d. Mts. in Stuttgart abgehaltenen Versammlung der Schneiderinnen gemacht. Falls die Nachricht wahr, so ist es fast nicht zu begreifen, wie sich für einen solchen Sündenbock selbst trotz der unglücklichen Geschäftslage noch Leute finden könnten, welche solche Arbeit übernehmen.

Vor Arbeitsantritt in der Wandfabrik S. Z. dinger u. Komp. in Gredgen warnt die „*Arbeiter-Zeitung*“. Es herrscht dort die Gespöhenheit, daß die Hilfstarbeiter vor bis fünf Wochen gar nicht wissen, was für einen Arbeitslohn erhalten. Der Wechsel der Arbeiter ist ein fortwährendes, die einen gehen, die anderen kommen. Jabrliche Verhandlungen wegen Lohnfreistellungen wurden gegen diese Firma bereits durchgeführt. Der Werkführer hat sich auf abhälliger Weise gegen diese Firma geäußert, da so häufig Streitfälle in keiner anderen Fabrik vorkommen.

Unter den Schreibern der Advokaten- und Staatskanzleien Wiens macht sich eine lebhafte wirtschaftliche Bewegung geltend. Dieselben sind in der Errichtung eines „*K. u. K. S. V. v. e. i. n. s.*“ begriffen, durch welchen sie ihre Lage zu verbessern wollen. Der Beitritt zu derselben wird jedem Schreiber nach Rücksicht auf dessen politische Bestimmung gestattet werden;

führende und fördernde Element der ersten Bewegung aber sind diejenigen Schreiber, welche sich zur Sozialdemokratie bekennen.

Wegen Mafregelung eines Vertrauensmannes stellten die Tischler der Möbelfabrik Bernhard Ludwig in Wien VII, Mühlwaidengasse, die Arbeit ein. Um strengste Beachtung des Zugangs ersucht der Wiener Gehilfenausschuß.

Ein erschütterndes Bild sozialen Elends entwirft die Wiener „Neue Freie Presse“ indem sie schreibt: „Wer am Morgen des 13. Oktober die Elisabethbrücke passierte, konnte Zeuge eines Schicksals werden, welches in großer Weise zeigt, wie dicht in der Großstadt Reichthum und Giegang neben Elend und Verkommenheit wohnen. Es war heute nach sechs Uhr, als einige Personen bemerkten, daß drei in Lumpen gekleidete Knaben aus einem der Kanäle, welche bei der Elisabethbrücke in den Wienfluß münden, krochen. Als ein Wachmann die Besichtigung hinabsteigte, ließen die Burschen eiligst davon und es gelang erst nach geraumer Zeit, ihrer habhaft zu werden. Es stellte sich heraus, daß keiner der Knaben das zwölfte Lebensjahr erreicht hat; nach ihrer Angabe haben sie seit längerer Zeit ihr Quartier in dem Kanal aufgeschlagen. Sie wurden zur Polizei gebracht, welche nun ihre Angehörigen zu ermitteln sucht.“

Unter den Regern in den nordamerikanischen Südstaaten soll eine großartige Bewegung zur Hebung ihrer gesamten Lage im Gange sein. Geistiger Leiter der Bewegung ist ein Reicher Namens Humphrey, welcher in Texas ein Blatt für die Angehörigen jener Klasse herausgibt.

Verfammlungen.

Eine stark besuchte öffentliche Versammlung der in den Buchdrucker-Verlins und Umgebung beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am 16. Oktober in der „Berliner Ressource“. Den Anfangsvortrag „Die jetzige Bewegung der Buchdrucker“, gab Herr Silberberg. Derselbe führte aus, daß noch heute vor acht Tagen die gesamte Buchdruckerwelt mit Spannung auf die sich in Leipzig abspielenden Ereignisse gesehen habe. Wenn man im Lager der Gehilfen auch keine große Hoffnung gehegt habe, der Annahme sei man doch gewesen, daß die Prinzipale wenigstens den Versuch des gemeinsamen Wirkens mit den Gehilfen machen würden. Man habe sich darin getäuscht. Die Arbeiter insgesamt wüßten, wie stark sich die Unternehmung ohne Unterschied der hohen Kulturforderung nach entsprechender Verfürgung der Arbeitszeit entgegenstellten. Dasselbe Schauspiel hätten auch die Buchdruckerprinzipale bei den Verhandlungen in Leipzig geboten. Alle auf die Verfürgung der Arbeitszeit gerichteten Bemühungen seien an der Hartnäckigkeit der Prinzipale gescheitert. Aus Prinzip, das sei von bekannter Seite ausgeplaudert worden, wolle man die Arbeitszeit nicht verkürzen. Das könne in erster Linie die Buchdrucker, in weiterer alle Arbeiterkategorien zur „Gegehrtheit“ reizen und beim Weltaufbau nun einmal naturnotwendig alle Gemütskräfte aufbieten. Redner kam dann auf Eugen Richter, den Schildknappen des bethenen Kapitalismus des Nördens zu sprechen, und behauptete bierauf den im „Vorwärts“ enthaltenen, die Buchdruckertrage behandelnden Artikel, mit dem er sich nicht in allen Punkten einverstanden fühlte, und vor allem nicht in Bezug auf die Frage der Verfürgung der Arbeitszeit der Maschinenarbeiter einverstanden erklären könne. Redner drückte am Schlusse die Erwartung und Ueberzeugung aus, daß, wenn Alarm geblasen werde, sich auch die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen auf ihrem Posten: an der Seite der gelehrten Buchdrucker, befinden würden. (Beifälliger Beifall.)

Nach eger Diskussion, die sich im Sinne des Referenten bewegte, fand folgende Resolution Annahme:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Forderungen der Buchdruckergehilfen betreffs Verkürzung der Arbeitszeit u. s. w. einverstanden und verspricht, die Solidarität nach jeder Rücksicht hin in dieser Beziehung aufrecht zu erhalten, um den Buchdruckern zum Siege zu verhelfen. Ferner hofft sie von der Buchdrucker-Gehilfenschaft, daß auch sie bestrebt sein werde, unsere Forderungen zum Durchbruch bringen zu helfen. Die Versammlung erkennt an, daß nur treues und festes Zusammenhalten die heutigen schlechten Verhältnisse zu bessern vermag.“

Es wurde darauf die Tarifkommission gewählt; dieselbe besteht aus folgenden Personen: Franz Dröbner, Hermann Rechner, Oskar Krüger, Anna Horn, Franziska Gröbmacher und Ottilie Meyer. Nach Erledigung interner Angelegenheiten schloß die vom besten Geiste befehlte gewesene Versammlung.

In der Mitglieder-Versammlung des Vereins der Plätterinnen und verwandten Berufsgenossen Berlins, welche am 6. Oktober abgehalten wurde, hielt Herr Rohrlach einen mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Der Arbeiter im Kampf mit dem Kapital“. An der darauf folgenden Diskussion beteiligten sich Herr Möbinger, Frau Emma Schulz und Herr Obf. Herr Möbinger hob hervor, daß die Mitglieder nicht nur ihren Beitrag bezahlen, sondern auch die Versammlungen besuchen sollen, damit sie sich von allem selbst unterrichten können. Dann las Frau Studardt den Vierteljahresbericht vor, welcher eine Einnahme von 475,96 M., eine Ausgabe von 272,88 M., mithin einen Bestand von 203,08 M. ergab. Zu diesem Berichte erklärte ein Herr Fickler, die Kasse revidiert und Bücher sowie Belege in bester Ordnung vorgefunden zu haben, und ersuchte den Vorsitzenden, der Kassierin Decharge zu erteilen. Dies geschah. Zu Revisoren wurden Frau G. Schulz, Frau Krause und Herr Obf. gewählt. Bei Punkt 3 und 4, Wahl einer zweiten Kassierin und „Wohin verlegen wir unsere Arbeitsnachweise?“ forderte der Vorsitzende Frau Reug auf, ihr Amt als Kassierin sowie als Arbeitsnachweiserin bis Neuwahl, wo eine Neuwahl des gesamten Vorstandes stattfindet, weiter zu führen, womit sich dieselbe einverstanden erklärte. Unter Verschiedenem wurde beschlossen, den „Vereinsverein „Comarba“ bei dem am 24. Oktober in der Brauerei Friedrichshain stattfindenden Kränzchen mitwirken zu lassen, gegen ein Entgelt von 25 Herren- und 25 Damen-Billets. Nachdem der Vorsitzende die Mitglieder aufgefordert hatte, sich an diesem Kränzchen recht zahlreich zu beteiligen, wurde die Versammlung geschlossen.

Zur Fortsetzung der Besprechungen über die bei den hiesigen Orts-Krankenkassen etwa ein- bis fünfjährige freie Arztwahl hatte die am 15. September er. ernannte Kommission zum 11. Oktober eine Versammlung einberufen, in welcher bei Feststellung der Präsenztabelle 40 Kassen in ungefähre Anzahl von 400 Mitgliedern anwesend waren.

Darauf der Kommission berichtete Herr Frisch, dieselbe wäre zu der Ueberzeugung gekommen, daß die freie Arztwahl einzuführen sei, selbst wenn einzelne Kassen nicht in der Lage sein sollten, den erforderlichen Mehrauftrag auszuführen. Man solle mit einer Beitragserhöhung pro Woche und Mitglied auskommen. Es werde nicht verkannt, daß der Sprung ein sehr gewagter, indessen habe zu erwarten, daß an Krankentagen gespart werde und die Mitglieder auf eine bessere und gründlichere Behandlung rechnen könnten. Von den 181 Gewerkevereins-Ärzten selbst hätten sich 50 für freie Arztwahl ausgesprochen und es empfehle sich nunmehr, den Kassenmitgliedern die Frage zu unterbreiten und dieselbe in den bezüglichen Generalversammlungen zur Diskussion zu stellen.

Maschinenbauer G. u. H. e. i. t geht dann des Näheren auf die Bewegung ein, betreffs deren man ursprünglich nicht gewußt habe, welche Stellung man gegen dieselbe einnehmen solle, da sie von Seiten der Ärzte ausgegangen. Es müsse jedoch der Grundsatze eingenommen werden, daß jedes Individuum auch hinsichtlich der ärztlichen Behandlung so frei wie möglich zu stellen sei. Man suche jedoch diese Freiheit möglichst zu unterdrücken und hier müßten wir bestrebt sein, uns von einem Druck frei zu machen, der den Arbeiter von Oben auferlegt werde und seiner unwirksam sei. Das Monopol der Ärzte müßte gebrochen werden, das Monopol der Apotheken könne man, leider nicht brechen. An praktischen Beispielen und aus eigener Erfahrung heraus suchte Redner zu beweisen, daß die vom Gewerks-Krankenverein angestellten 181 Ärzte ihrer Aufgabe nicht genügen könnten, die Frage sei daher eine dringende geworden und es sei kein Druck so schlimm, wie dieser. Medikamente könne man sich wohl selbst verschaffen lassen, aber nicht den Arzt. Man solle sich nicht durch kleinliche Bedenken abschrecken lassen, sondern ernstlich Hand anlegen, mit Abwarten ist nichts gethan.

Steindrucker S. t. u. h. l. m. a. n. n., welcher nicht so ganz mit dem Gehörten einverstanden ist, bemerkte, daß die Bewegung nicht aus der Reihe der Mitglieder komme, sondern von den Beschäftigten. Suchenden Ärzten hervorgerufen sei. Die Erhöhung der Wochenbeiträge würde mehr als 8 Pf. und mindestens 6 Pf. betragen, ohne daß dabei ein greifbarer Nutzen für die Mitglieder herauskäme. Die Tätigkeit des Gewerks-Krankenvereins muß auch er tadeln, indessen sei für dieselben nicht einzig die leitende Person verantwortlich zu machen, es seien zu viele Herren oben, die zu Allem Ja sagten und nicht genügend für Reformen einträten.

Hierauf beleuchtet Herr Dr. Lewy die Sache vom entgegengesetzten Standpunkt, als wie die beiden ersten Referenten. Er bestreitet entschieden, daß die Forderung des Arztes etwas Entwürdigendes habe; die behauptete Schädlichkeit, sich den Arzt zuweisen lassen zu müssen, sei nur mit Beschränkung zuzugeben. Redner glaubt nicht, daß das angegriffene Institut des Gewerks-Krankenvereins so entwürdigend sei, wie es dargestellt wurde, es müsse sich eine Lösung schaffen lassen, welche beide Theile befriedige. Wenn die Kassen die eventuellen Mehrausgaben zur Vermeidung von Kosten verwenden, statt den jetzigen 100 Ärzten 400 anstellen und den Mitgliedern eine beschränkte Auswahl gestatten, so werde sicher eine Entlastung der Ärzte eintreten und das Mitglied würde sicher unter 3-4 Ärzten einen finden, der seinen Ansprüchen genüge. Gegen Simulanten könne der frei gewählte Arzt viel weniger aufkommen, als es jetzt möglich sei, weil er sich sonst seine Existenz selbst untergraben würde. Der freigewählte Arzt müsse auf Kosten der Kasse gegen den Patienten nachsichtiger sein. Redner bezeichnet es als wahr, natürlich und entschuldbar, daß Simulation vorhanden sei. Wenn der Arbeiter ohne Arbeit und Brot sei, so habe er keinen andern Weg, als sich krank zu melden, es wäre aber nicht richtig, daß der Einzelne dadurch auf Kosten der Andern erhalten werde, die Einrichtung sei ein Kranken-Institut und keine Versorgungsanstalt. Es sei von Beschränkung der Ärzte in Bezug auf Verordnung der Medikamente gesprochen worden, dieselbe gehöre jedoch in das Reich der Fabel. Allerdings sollten die Ärzte sparen, aber ohne der Behandlung der Kranken zu schaden. Bei der angebotenen Einrichtung würden die Ärzte den Patienten gegenüberstehen, wie den Privatpatienten, und da werde mehr jeder Wunsch berücksichtigt.

Schuhmacher K. o. w. a. l. e. s. t. i. wendet sich gegen frühere Ausführungen des Herrn Dr. Georg Müller, da derselbe dem Arztstande durch seine Behauptungen ein Vermuthungsmaß angesetzt habe. Der Arztstand gehe aus kapitalistischen Kreisen hervor, die nicht wissen, wie dem Arbeiter zu Muth ist. Die Ärzte wollten bloß erreichen, daß sie mit gewissen Material vor die Geschlechter treten können, um von dort aus eine Aenderung herbeizuführen. In den im Gewerks-Krankenverein vorhandenen Mitteln trüge dessen Wer Kommission viel Schuld.

Tischler S. p. a. r. e. l. d. meint, freie Arztwahl sei nur dann gut zu machen, wenn die Kassen weiter nichts liefern als Geld, und jeder sich selbst kurirt. Das können wir aber nicht, weil das Gesetz die Verfürgung von Arzt und Medizin vorschreibt und deshalb müsse die Ausmerzung der Ungerechtigkeiten aus dem Gesetze angestrebt werden. Ungericht sei auch die Verpflichtung zur Ansammlung des großen Reservefonds für die Nachkommen, die möglicherweise leicht und bald das Doppelte aufbringen könnten. Auch infolge der miserablen wirtschaftlichen Lage würden die Kassen sehr in Anspruch genommen. Die Arbeitgeber, welche meist Kapitalisten, würden sich einer Beitragserhöhung entgegenstellen und sich eventuell an die Behörde wenden und so würde das Ganze wieder zu nichts werden. Die erste Frage sei also die, das Gesetz entsprechend zu ändern und den Kassen mehr freien Spielraum zu verschaffen, so werde es besser werden. Daß die Gewerks-Ärzte minderwertige Medikamente geben, bestreitet auch dieser Redner.

Herr Dr. Georg Müller bezeichnet die Frage der freien Arztwahl als eine im Interesse der Mitglieder liegende rein wirtschaftliche Angelegenheit. Die Initiative dazu komme aus der Reihe der Mitglieder, die Arbeit geschehe von unten herauf, und wenn wir uns sträuben, werde die Aenderung über unsere Köpfe hinweg geschehen. Wenn wir warten wollen bis das Gesetz dahin abgeändert ist, arbeiten wir für Urenkel. Das Gesetz an sich sei ein humanes, aber die Handhabung desselben in Berlin eine unwürdige. Die Kassenmitglieder bezahlen mehr als Andere, sie bezahlen pro Nummer, während viele Andere gar nicht bezahlen, und das wir uns dabei die Behandlung vorschreiben lassen müssen, sei eben das Unwürdige. Gegenüber Dr. Lewy weist Redner den Vorwurf entschieden zurück, daß Arbeiterschaft und Arztstand die Simulation großzügigen. Hinsichtlich des Hauptargumentes (des Kostenpreises) sei zu sagen, daß sich freie Arztwahl nicht theurer, sondern billiger stellen werde. Wo freie Arztwahl durchgeführt sei, habe man die Beiträge erniedrigen können, weil die Krankheiten verläßt wurden. Daß der frei gewählte Arzt die Krankheit ungefährlich in die Länge ziehen werde, wie befürchtet wurde, sei nicht wahr. Jeder Arzt suche sich Renommée zu schaffen und würde eine Ehre darin legen, viele und so schnell als möglich gesund zu machen.

Buchdrucker Paul M. a. g. u. a. n. wünscht, an die bezüglichen Worte des Vortragsredners anzuknüpfen, man möge es überall verbreiten, daß die freie Arztwahl „des Volkes Wille“ sei. Das Bessere wäre immer der Feind des Guten. Man solle prüfen, ob man das Bessere einführen kann, und da sei zu sagen, daß eine große Zahl von Kassen das ansprechen können. Uebrigens würden die Ärzte ihre eigene Existenz nicht über die der Kassen stellen. Die Ärzte hätten aber den falschen Weg eingeschlagen; auf gesetzlichem Wege sei zu reformieren, die freie Wahl wäre nur durchführbar, wenn die Ortskassen sowie die freien Hilskassen nicht freien Arzt und Medizin gewähren müßten. Indessen sei Erniedrigung der Beiträge eine Illusion. Ohne Freisetzung eines bestimmten Honorars werde der Kranke auch bei freier Arztwahl ebenso verwaist sein wie jetzt. Ueber die ungeschaffene Einrichtung bei der Buchdruckerklasse seien die Mitglieder des Vores voll, besonders über die Behandlung, es bleibe jedoch alles Stümperwerk, wenn nicht das Gesetz entsprechend abgeändert würde.

Der vorerwähnten Zeit halber beschloß man, die Diskussion in einer späteren Versammlung fortzusetzen.

In der letzten Generalversammlung der freien Vereinigung der Himmerer Berlins und Umgebung hielt Genosse Frisch einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über unsere Kassen im Kampf um's Dasein. Dem Resultat, daß die besten Kassen im Kampf um's Dasein für und bestehen erstens in der Benutzung der durch die Wissenschaft festgestellten tatsächlichen Wahrheiten über die Krankengeschichte, die Weltanschauung, die Bildung des heutigen Staatesystems u. s. w.; zweitens in einer gediegenen Presse, welche alle

Mißstände in den heutigen kapitalistischen Verhältnissen aufdeckt und bekämpft und auch für die Befreiung der Arbeiterklasse in allem Wissenswerthen sorgt; drittens in einer guten Organisation, welche als solche vollständig auf dem Boden der Sozialdemokratie stehen muß. Wenn wir diese drei Waffen mit Energie benützen, dann würden wir bald ein Heer tüchtiger Genossen hinter uns haben, welche jeberzeit bereit sind, mit aller Macht für die Verwirklichung unserer Ziele einzutreten. Die Diskussion über den Vortrag bewegte sich im Sinne des Referenten. Eine diesbezügliche Resolution fand Annahme. Hierauf verlas Kamerad Hugo Lehmann die Abrechnung von der Kassaleiter der freien Vereinigung. Der Ueberschuß betrug 286,20 M., wovon jedoch noch 25,70 M. ausstehen, so daß bis jetzt ein Barüberschuß von 260,50 M. vorhanden ist. Das Vergütungskomitee, bestehend aus den Kameraden Tamm, Lehmann und Seefeld, wurde hierauf entlastet. Für die freitragenden Handschuhmacher in Friedrichshagen wurden 30 M. bewilligt, ferner erhielt ein krankes Mitglied eine Unterstützung von 15 M.

Die öffentliche Versammlung aller Arbeiter und Arbeiterinnen in der Schuh-, Schäfte- und Filz- f. u. h. -Branche, welche am 12. Oktober tagte, bot einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag des Herrn Silberberg über: „Lohn- und Stückarbeit“. In der Diskussion sprachen die Kollegen Krause, Körtel und Klingner. Aus der hierauf vorgenommenen Wahl einer Agitations-Kommission, welcher auch die Regelung der Versammlungsweise obliegt, gingen die Kollegen W. Krause, K. Fleischer, Seidel, Bens, K. Fleischer, Schmolling, J. Krause II, Steffen, Oph, Niederauer, Wätner, Esterlein und Wilschke als gewählt hervor. Für die Schäftebranche wurden nur 2 Kollegen gewählt, die übrigen sollen in einer nächsten Versammlung gewählt werden.

Eine öffentliche Versammlung der Graveure, Ziseleure und Veranlagungsleute fand am 12. Oktober statt. In derselben sprach Genosse P. e. u. s. über die „Geschichte des englischen Proletariats“. Der Referent schloß seinen sehr interessanten Vortrag unter großem Beifall mit der Aufforderung zur Organisation, damit endlich der Arbeiter vom Joch des Kapitalismus befreit werden möge. Eine Diskussion fand nicht statt. Unter Punkt 3 der Tagesordnung: „Stellungnahme zum Kongreß“, legte Kollege Jack die Zweckmäßigkeit der Beschaffung desselben dar und erläuterte die einzelnen Punkte der Tagesordnung des Kongresses, dabei bemerkend, daß die Einberufung unbedingt der Organisationsform wegen geboten sei. Hierzu sprachen die Kollegen Schwahn, Perle, Blümke, Bergener, Ubrösch, Guttman und Hälbig theils für Anschluß an den Gold- und Silberarbeiter-Verband, theils für eigene Zentralisation, theils endlich für Lokalorganisation plädiend. Nach langer Diskussion über diesen Punkt wurde beschlossen, den Kongreß zu beschicken und 9 Personen zu wählen, welche die Frage der Organisationsform zu erörtern und dann einer demnächst einberufenden öffentlichen Versammlung über das Ergebnis ihrer Beratungen Bericht zu erstatten haben. Gewählt wurden hierzu die Kollegen Hälbig, Perle, Wymde, Schwahn, Bergener, Kasper, Jöring, Wolf und Steuert. Nachdem noch auf die am 28. Oktober in Bensel's Hof, Brunnenstr. 129, stattfindende Wanderversammlung, in welcher Kollege Blümke über die Geschichtsforschungen in unserem Gewerbe“ sprechen wird, aufmerksam gemacht worden war, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Photographengehilfen Berlins hielten am 15. Okt. eine von etwa 200 Personen besuchte öffentliche Versammlung ab, in welcher Herr S. H. e. n. n. i. n. g. einen Vortrag über das Thema: „Was wir wollen“ hielt. Als der Referent zu sprechen anfangen wollte, erhob sich ein Herr aus der Versammlung und meinte, die Photographen seien noch nicht soweit, sich von einem Sozialdemokraten Vortrag halten lassen zu müssen. Daraus entstand großer Tumult, der erst durch eine Vertagung der Versammlung und Dinausweisung des Betreffenden und seiner Freunde, etwa fünf Mann, besänftigt wurde. Hierauf hielt Henning seinen von den Versammelten mit Aufmerksamkeit entgegen genommenen Vortrag. Er spreche nur über die miltärischen Verhältnisse der Photographen-Mitarbeiter, nicht als Vertreter einer Partei, führte er aus, und ging dann im Laufe des Vortrages auf die lange Arbeitszeit, die Sonntagsarbeit, den verhältnismäßig niedrigen Durchschnittslohn von 75 bis 90 M. monatlich und auf die Nothwendigkeit der Abschaffung dieser Mißstände ein, wozu er den Anschluß an den bestehenden „Verein photographischer Mitarbeiter“ empfahl. Auch beleuchtete er die Unhaltbarkeit und Schädlichkeit des heutigen Innungswesens. Der Vortrag erzielte großen Beifall und führte zur einstimmigen Annahme folgender Resolutionen:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und beschließt, sich dem Verein photographischer Mitarbeiter anzuschließen, da nur durch eine starke Organisation die Interessen der Gehilfenschaft gewahrt werden können.“

„Die Versammlung spricht sich im Sinne des Referenten gegen die Gründung einer Innung aus, da letztere unsere Verhältnisse nicht verbessern, sondern geradezu verschlechtern würde, und steht nur in einer starken Gehilfenvereinigung das Mittel zur Besserung.“

An der Diskussion beteiligte sich zunächst Herr J. a. h. n., welcher sich hauptsächlich gegen den Künstlerstolz wandte, der noch vielfach in den Gehilfenkreisen herrsche, und zum Anschluß an die allgemeine proletarische Bewegung aufforderte. Seine Worte fanden eine sehr getheilte Aufnahme. Herr Bruno Baruch, der dann sprach, vermißte im Vortrage direkte Vorschläge zur Abhilfe der kritischen Uebel und sprach seine Verwunderung darüber aus, daß ein Nachtphotograph wie Jahn in einer Photographenversammlung sich an der Diskussion beteiligen könne. Die Lohnverhältnisse zu bessern, sei unmöglich, die Sonntagsruhe könne nur bedingt nicht absolut durchgeführt werden, da die Operateure unbedingt des Sonntags thätig sein müßten, weil Arbeiter aller Art nur Sonntags Zeit hätten, sich photographiren zu lassen. Der Redner wurde vielfach durch Zwischenrufe unterbrochen, die andeuteten, daß die Versammelten ihn nicht hören wollten. H. e. n. n. i. n. g. wendete sich unter allgemeinem Bravo gegen den Vorwurf des Vortragsredners, er hätte nicht zur Sache gesprochen. Er habe bloß den Fingerzeig zu geben gehabt, was die Photographengehilfen wollen müssen, nämlich durch festen Zusammenschluß ein Mittel zur Besserung der Lage zu schaffen; wie sie diese Besserung herbeiführen, das sei ihre Sache. Ein anderer Redner betonte, daß es auch Geschäfte gäbe, welche gute Löhne zahlen. Ein weiterer Redner nannte die „Gehilfen für Alles“ die Stiefkinder des Gewerbes und theilte folgenden bezeichnenden Beispielen mit. Ein Bekannter von ihm ging eines Tags, nachdem er von Morgens 7 bis Abends um 1/2 Uhr gearbeitet hatte, ein Glas Bier trinken. Gleich kam das Dienstmädchen und forderte ihn im Namen des Chefs auf, nach Hause zu kommen, es wäre noch etwas zu thun. Er that dies nicht und fand, als er dann nach Hause kam — die Thür seines Schlafzimmers — er logirte beim Chef — verschlossen. Am andern Tage, als der betreffende Gehilfe zu seinem Arbeitgeber kam und ihm mittheilte, daß er fahren werde, wies ihm dieser die Thür und schrieb ihm einen Brief, welchen der Redner verlas. Darin wird geredet von einem jeder Beschreibung spottenden Benehmen des Gehilfen und davon, daß die verschlossene Thür des Schlafzimmers die Strafe für den Ungehorsam gegenüber dem Vesehle, zu Hause zu kommen, gewesen sei, daß er seine Kündigung erst abzuwarten und nicht zu geben habe. Der junge Mann war angefaßt mit freiem Logis und monatlich 48 Mark Gehalt, auf das er übrigens noch verzichtet hatte, weil er sich noch nicht für voll ausgebildet hielt. Ein weiterer Redner schilderte in drastischer Weise die Uebelstände des Gewerbes. Er habe im verfloffenen Jahre 28 Wochen keine Beschäftigung gehabt, weil er nicht für 15 M.

wöchentlich arbeiten wollte. Es komme vor, daß Kopierer von früh 7 bis Abends 7 Uhr arbeiten, ohne Frühstück- und Mittagspause machen zu können und dafür die Woche 15 M. bekommen. Es gäbe ja auch gute Stellen. Bei Zeidler und Köhler u. A. könnten viermal soviel eingestellt werden, wie jetzt dort sind, wenn die Kollegen zusammenhielten, und könnten damit ihre arbeitslosen Gewerbetenigen untergebracht werden. Auch das Lehrwesen müßte reformiert werden; jetzt würden die Lehrlinge vielfach zu Hausknechtsarbeiten verwandt und so mangelhaft ausgebildet.

Der Verband der deutschen Gold- und Silberarbeiter und verwandter Berufsgenossen (Zahlstelle Berlin) hielt am 12. d. M. eine Generalversammlung ab.

Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende die traurige Mitteilung, daß das Mitglied Otto Meyer am 12. ds. Mts. plötzlich verstorben ist. Die Anwesenden ehrten das Andenken des aus unserer Mitte Geschiedenen durch Erheben von den Plätzen.

Hierauf berichtete der Vorsitzende eingehend über die Thätigkeit der hiesigen Zahlstelle im verfloffenen Vereinsjahr. Nachdem eine Diskussion über diesen Punkt stattgefunden hatte, gab der Kassierer den Quartalsabschluss bekannt. Die Einnahmen betragen inf. Bestand vom 31. Juni 650,55 M., die Ausgaben (inf. der an den Hauptvorstand noch abzuführenden Reforderung von 119,30 M.) 540,15 M., verbleibt ein Bestand von 110,40 M. Der Jahresabschluss lautete: Einnahmen 1626,95 M., Ausgaben 1518,55 M., Bestand 110,40 M. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Sodann berichtete Kollege Tschentscher über den Bestand des Unterstützungsfonds. Die Einnahmen desselben betragen inf. Bestand vom 1. Oktober 1890 346,40 M., die Ausgaben 312,30 M., verbleibt Bestand 34,10 M. Im weiteren berichtete Koll. Reich über die Thätigkeit des Arbeitsnachweises. Derselbe wurde von den Prinzipalen 126 Mal und von den Gehilfen und Gehilfinnen 316 Mal in Anspruch genommen. Stellen wurden 95 vermittelt. Um in Zukunft dem Arbeitsnachweis einen besseren Erfolg zu sichern, beschloß man nach längerer Diskussion, daß der Beamte desselben keinen stiefmütterlichen Kollegen schriftlich von der Befassung einer Stelle Mitteilung zu machen hat, sondern jeder Arbeitslose sich wenigstens täglich einmal im Arbeitsnachweis melden muß. Die hierauf vorgenommene Neuwahl des gesamten Vorstandes hatte folgenden Resultat: Brüdner erster und Konrad zweiter Vorsitzender; Jenge erster und Tschentscher zweiter Kassierer; Hennemann erster und Achilles zweiter Schriftführer; Kottonau Beisitzer; Altmendinger und Reichel Revisoren. Unter „Verschiedenem“ wurden einige Wertstellen-Angelegenheiten erledigt.

Verein der Ladrer, Filiale IV der Vereinigung der deutschen Ladrer. In der am 12. Oktober stattgehabten Generalversammlung gab der Kassierer Kollege Warden die folgende Abrechnung vom 2. Quartal: Kassenbestand am 1. Juli 84,98 M. Hierzu Einnahme im 2. Quartal 162,15 M.; demgegenüber stehen folgende Ausgaben: an die Hauptkasse 90,78 M., lokale Ausgaben 36,76 M., für den ersten Bevollmächtigten 8,90 M., für den Arbeitsnachweis 30,50 M., bleibt am Schlusse des Quartals ein Bestand von 85,01 M. Kollegen Jungermann und Strocker als Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung, worauf dem Kassierer Decharge erteilt wurde. Zum Punkt 2. Anträge zur Generalversammlung, lagen von der Kommission zwei Anträge, betreffend die §§ 1 und 2 der Statuten, zur Verathung vor; dieselben wurden von der Versammlung angenommen. Beim dritten Punkt, die Tagesordnung der Generalversammlung, wurden aus der Versammlung Anträge gestellt; da jedoch die Versammlung nur schwach besucht war, so soll dieser Punkt in der nächsten Versammlung erledigt werden. Unter Verschiedenem beschloß man, den von der Gewerbe-Deputation eingelaufenen Fragebogen gewissenhaft auszufüllen und dann zurückzuschicken, da nur auf diese Art eine richtige Statistik zu erzielen ist. Für die am 1. November zu eröffnende Fachschule wurden die Kollegen Formond und Groß in die Schulkommission gewählt. Zum Schluss machte Kollege Rautenhaus bekannt, daß die öffentliche Ladrer-Versammlung Umstände halber nicht am 18. Oktober, sondern bestimmt am Sonntag, den 25. Oktober, Vormittags 10 Uhr, stattfindet; die Kollegen wurden ersucht, recht kräftig für den guten Besuch zu agitieren, da ein interessanter und lehrreicher Vortrag auf der Tagesordnung steht. Mit einem Hoch auf das fernere Gedeihen des Vereins endete die Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung der Textil-Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am 13. Oktober in Niddorf. Frau Rohr-

lad referierte über „Die Prostitution und die moderne anarchische Produktionsweise“. An den Vortrag knüpfte sich eine rege Debatte, worauf folgende Resolution zur Annahme gelangte: „Die heute im Lokale des Herrn Hoffmann, Bergstr. 133, tagende öffentliche Versammlung der Textil-Arbeiter und Arbeiterinnen erklärt sich mit den Ausführungen der Referentin einverstanden und verspricht mit allen gesetzlichen Mitteln für die Befreiung der Arbeit aus dem Banne des Kapitals zu wirken, erklärt auch zugleich, sich der hier bestehenden Organisation der Textil-Arbeiter und Arbeiterinnen anzuschließen zu wollen. Hierauf wurden in die Agitations-Kommission die Kollegen Spittler, Kellner und Hedwiger per Affirmation gewählt. Dann theilte Herr Braun mit, daß die Jammung den Kampf gegen die Arbeiter durch mögliche Schädigung der Kollegen Spittler, welche die mit der Arbeiterkontrollmarke versehenen Gefurter Schuhwaren führen, aufnehmen; er würde sich aber keineswegs betreten lassen, sondern die Gefurter Waaren nach wie vor führen.

Der Arbeiter-Bildungsverein „Zukunft“ zu Reinickendorf hielt am 11. Oktober eine Vereinsversammlung ab, in welcher Herr Ludwig Henning über „den heiligen Rock zu Trient“ referierte. Der Vortrag, in welchem dargelegt wurde, daß der in Trient aufbewahrte Rock unmöglich ein Kleid Christi sein könne, sondern ein im Mittelalter gezeigtes Gewand wäre, und daß auf den Besitz eines „Heiligen Rocks“ insgesamt 23 Städte Anspruch erhoben, fand den lebhaftesten Beifall der Zuhörer. Die Versammlung schloß mit einem Hoch auf die internationale völkervereinende Sozialdemokratie.

Literarisches.

Unmöglich ist es von all dem Geschwätz Notiz zu nehmen, daß unsere Gegner in der Bekämpfung unserer Ziele hervorbringen. Nur um zu zeigen, daß nichts dummes genug ist, um von unseren Widersachern nicht verwendet zu werden, erwähnen wir einer Broschüre: „Der Darwinismus gegen die Sozialdemokratie“ von Ammon“).

Der kühne Streiter gegen die Sozialdemokratie stellt in dieser Broschüre die kühne Behauptung auf, daß es keine Lehre gäbe, die so antidemokratisch, so antinationalistisch, so monarchistisch und so aristokratisch wäre, wie die Darwin'sche Abstammungslehre. Das ist der Haupttrakt des Nachwerks, der ruhende Pol, um den alle Schlussfolgerungen systemlos gruppiert werden. Mit keinem einzigen Satze aber wird die gewagte Behauptung in den ganzen 90 Aufsätzen der Broschüre zu beweisen versucht. Denn was der Verfasser zur Erhärtung seiner Behauptung vorbringt, beweist das gerade Gegenteil. J. W. sagt er, die soziale Gliederung, wie sie besteht und welche der Sozialismus auf den Kopf stellen will, ist ein Ergebniss der Darwin'schen sogenannten „natürlichen Auslese“, eine Naturnothwendigkeit, gegen die sich nicht ankämpfen lasse. Ferner sagt er: „Der Kampf ums Dasein habe wie die Klassenunterschiede so auch die Klassenunterschiede hervorgerufen, da er nicht nur die Körperlichen, sondern auch die geistigen und sittlichen Eigenschaften vererbe und in gewissen sozialen Schichten zum Niederschlag bringe, während andere degenerieren. Daher könne der vierte Stand trotz der vorhandenen Theilhabungen, wie Weibel, Diebnacht u. s. w. zeigen, niemals die Führerschaft oder gar Diktatur in der menschlichen Gesellschaft einnehmen, und wenn der vierte Stand jemals mittelst Anwendung der rohen Gewalt einen Erfolg erringen sollte, so könne es nur ein Eintagsfisch sein.“ Soviel Worte, soviel Blödsinn!

Nach der Darwin'schen Theorie führt nun allerdings der Kampf ums Dasein die Körperlich und geistig am vollkommensten entwickelten Individuen an die Oberfläche, während die minder tauglichen degenerieren. Aber gerade der Kapitalismus bietet ja die Möglichkeit, minder taugliche Individuen vor den tauglichen zu begünstigen. Die Erblichkeit des Kapitals ist das Haupthindernis für die wirtschaftliche, natürliche Bahnen verfolgende Entwicklung der menschlichen Klasse. Schafft man die Erblichkeit des Kapitals ab, giebt man die Privatproduktion frei zu Gunsten der Allgemeinheit, d. h. entzieht man degenerierten Individuen dadurch die Möglichkeit, vor den tauglichen Elementen abzufallen, dann wäre die Entartung fraglos auf Seite der heutigen Machthaber und der Sieg auf

*) „Der Darwinismus und die Sozialdemokratie“, von Otto Ammon. Hamburg. Verlaganstalt und Druckerei, Aktiengesellschaft, vorm. J. F. Richter.

Seite der Arbeiter. Das gegenwärtig das Niveau der Bildung (nicht Begabung, wie der Verfasser irrtümlich spricht) in den oberen Ständen ein höheres ist als bei dem vierten Stand, das ist gerade eine Folge der heillosen Kapitalwirtschaft. Von Geburt an aber ist die körperliche Ueberlegenheit der Nachkommen des gebildeten Arbeiters (sofern er nicht durch die Kapitalrauberei schon gebrochen ist) vor derjenigen der Nachkommen der durch Salzlammerei entarteten höheren Stände unbestreitbar. „Ein gesunder Geist in einem gesunden Körper“, heißt ein altes lateinisches Sprichwort; also hat der Arbeiter von Geburt an unverkennbare Vortheile vor den jetzigen meist sittlich und daher körperlich zurückgebliebenen Bourgeoisindividuen.

Der „Kampf ums Dasein“, der nach Darwin die tauglicheren Individuen nach oben bringen soll, wird jetzt durch die Macht des Geldes „korrigirt“ und widernatürlich in ein falsches Weltgedrängt. Bei gleichen Lebensbedingungen der Menschen hat aber der vierte Stand vermöge seiner höheren sittlichen und körperlichen Kraft die Ausruferschaft auf die Führerschaft.

Es heißt dem gesunden Menschenverstand und dem Denkergeiß Darwin geradezu Gewalt anthun, wenn man seine Lehre für die kapitalistische Weltordnung, für die Verechtigung der Aristokratie, des Königthums und der Religion reklamirt. Aber, wie gesagt, es ist nichts so dumm, als daß es nicht vor unserer Gegner Augen Gnade finde.

Vermishtes.

Hrusberg, 12. Oktober. Unter der Anlage, durch Fahrlässigkeit den Tod ihrer Tochter verursacht zu haben, hatten sich am Sonnabend die Eheleute Tagelöhner Diezel aus Balve vor der hiesigen Strafammer zu verantworten. Die Habseltern hatten das 20jährige geisteschwache Mädchen in der unmenschlichsten Weise behandelt. Während der grimmigen Kälte im vorigen Winter mußte die Kernte auf dem nackten Boden eines Speichers abwechselnd schlafen; zur Bedeckung dienten zwei halbverfaulte Kartoffelsäcke. Das Essen bestand aus Abfällen, während der Vater und die Stiefmutter für sich selbst reichlich sorgten. Als man hinter diese scheußliche Treiben kam, war das arme Mädchen in bejammernswürdigen Zustände; der Leib war bis zum Steiß abgemagert, die Gelenke abgetrocknet, daß die Knochen aus dem Fleisch hervorstanden. Die Pflege, welche der Kranken sofort im Hospital zu Balve zu Theil wurde, konnte den Ausheilungsprozess nicht mehr aufhalten; sie starb nach einigen Tagen. Diezel erhielt 1 1/2 Jahre, seine Frau 1 Jahr Gefängniß.

Die Kommission des St. Galler Großraths für Beerdigungswesen hat sich für Einführung unentgeltlicher Beerdigung ausgesprochen.

Brüffel, 14. Oktober. Die große Kerzenfabrik in Garen bei Brüffel brannte heute vollständig nieder.

Polyhead, 15. Oktober. Ein hier eingetroffenes Telegramm meldet den Untergang eines von New Haven gekommenen unbekanntes Schiffes. Die ganze Besatzung ist verloren.

And Helena (Arkans., U. St.), wird über eine Neger-schlächtere, welche von Weißen in Lee County verübt wurde, deren Ursache indessen die Ermordung eines Weißen war, folgen des bekannt. Als der Millionär J. F. Frank von Memphis vor einigen Wochen nach seiner Plantage New Hope Place kam, äußerte er seine Unzufriedenheit über den langsamen Fortgang der Ernte-Arbeiten und sagte zu seinem Verwalter Miller, der bisher mit den benachbarten Pflanzern unter einer Decke gesteckt und nur 50 Cents für 100 Pfd. bezahlte hatte, er wolle seine Baumwollpflanzung gepflügt haben, und wenn er einen Dollar für 100 Pfd. zahlen müsse. Die Unterredung wurde in lauter Töne in Gegenwart von 100 Negeren geführt und das Gespräch verbreitete sich wie ein Lauffeuer unter den Negeren. Viele stellten die Arbeit ein, in der Hoffnung, höhere Löhne zu erzielen. Verwalter Miller bot am nächsten Tage 60 Cents für 100 Pfd. an, sand aber für den Lohn keine Arbeiter und weigerte sich auch mehr zu zahlen. Daraus folgte die Ermordung Millers, welche das Signal zu der Negererschlächtere war. Von 19 Negeren sind 15 ermordet worden. Die Warden der Weißen stieß Drohungen gegen den Millionär Frank aus und tadelte ihn, weil er zum Schaden seiner Nachbarn höheren Lohn bewilligt und die Neger rebellisch gemacht habe. Drei befinden sich noch im Gefängniß in Marianna, sind aber sündlich mit dem Tode bedroht. Zwei Neger, die Gebrüder Jones, Hauptthelnehmer an der Ermordung Millers, sind flüchtig.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuthstraße 2.

Im Verlage von Juer & Co. in Hamburg ist erschienen und von uns zu beziehen:

Der Neue Welt-Kalender für das Schaltjahr 1892.

Mit einem Farbendruckbilde „Auf dem Markte“ und einem Wandkalender auf Karton.

Reich illustriert. Preis 50 Pf.

Inhalts-Übersicht:

Kalendarium. — Post- und Telegraphenwesen. — Deutscher Wechselhandel. — Nutzung aus dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz. — Rückblick auf die Zeit vom 1. Mai 1890 bis 15. Mai 1891. — Die Volkszählung vom 1. Dezember 1890. — Verzeichniß der Messen und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres. (Gebicht). — Pilatus. Erzählung von Franz Wichmann. Mit Illustrationen. — Schiffbrüche. (Gebicht). Mit Illustration. — Die Erde als Morgen- und Abendstern des Mars. Mit Abbildung. — Statistisches aus der Landwirtschaft. Von Max Schippel. — Großvater's Geburtstag. (Gebicht). Mit Illustration. — Unschuldig verurtheilt. Dichtung von Wilh. Haug. Mit Illustrationen. — Die Bergarbeiter einst und jetzt. Von Karl Lautski. — Im Namen des Gesetzes! (Gebicht). Mit Illustration. — Antje. Eine Helgoländer Geschichte. Von Klara Reischer. Mit Illustrationen. — Moritz Rittinghausen. Mit Portrait. — César de Saepo. Mit Portrait. — Der Eubereckbazillus und das Koch'sche Heilmittel. Mit Abbildungen. — Heimkehr aus Kamerun. (Gebicht). Mit Illustration. — Liegende Glätter. (Humoristisches). Die Schwaßmaschine. Humorelle von M. Regel. Mit Illustrationen. — Auflösungen der Räthsel aus 1891. — Räthsel und Charaden.

Wir empfehlen den vorliegenden 16. Jahrgang des „Neuen Welt-Kalender“ jedem Parteigenossen zur Anschaffung und zur weitesten Verbreitung in indifferenten Kreisen. Derselbe ist ein vorzügliches Agitationsmittel und steht durch seinen gewählten Inhalt weit über der gesamten sonstigen Kalender-Literatur.

Wiederverkäufern, sowie für Parteibezug, hoher Rabatt.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuthstraße 2.

Die im Verlage von J. H. W. Dietz in Stuttgart erschienenen Bände der

Internationalen Bibliothek

halten wir ständig auf Lager und empfehlen dieselben zur Anschaffung. Es sind erschienen:

I. Serie.

- | | |
|--|------|
| Band 1: Aveling, E., Die Darwin'sche Theorie. 2. Aufl. Geb. | 2,- |
| Band 2: Kautsky, K., Marx' ökonomische Lehren. 2. Aufl. Geb. | 2,- |
| Band 3: Köhler, O., Welterschöpfung und Weltuntergang. 2. Aufl. Geb. (Auch in 15 Heften à 20 Pf. zu beziehen.) | 3,50 |
| Band 4: Die ländliche Arbeiterfrage. Nach dem Russischen des Nablukow. 2. Aufl. Geb. | 2,- |
| Band 5: Kautsky, K., Thomas Moore und seine Utopie. Geb. | 2,50 |
| Band 6: Bebel, A., Charles Fourier. Geb. | 2,50 |
| Band 7: Schippel, M., Das moderne Glend. Geb. | 2,- |
| Band 8: Stern, J., Die Philosophie Spinoza's. Geb. | 1,50 |
| Band 9: Bebel, A., Die Frau und der Sozialismus. Geb. | 2,50 |
| Band 10: Lissagaray, Die Geschichte der Revolution von 1871. Geb. | 3,- |

II. Serie.

- | | |
|---|------|
| Band 1: Blos, W., Die französische Revolution. Geb. (Auch in 20 Heften à 20 Pf. zu beziehen.) | 5,50 |
| Band 2: Bommeli, Die Geschichte der Erde. Geb. (Auch in 22 Heften à 20 Pf. zu beziehen.) | 5,90 |
| Band 3: Zimmermann's Deutscher Bauernkrieg. Geb. (Auch in 28 Heften à 20 Pf. zu beziehen.) | 6,70 |
| Band 4: Langkavel, B., Der Mensch und seine Klassen. (Erschienen in ca. 22 Heften à 20 Pf.) | |

Das größte Brot für 50 Pf. liefert
Albrecht's Bäckerei,
Wrangelstr. 8 und Langestr. 26.

Neue Zeit, Casselle's Neben und Schriften und sämtliche Werke liefert die Buchhandlung von R. Kohlhardt, Mariannenstr. 34, frei ins Haus. 14022

Repara-Uhren
toren an
und Goldwaaren
werden reell und billig
unter Garantie ausgeführt.
Uhren und Goldwaaren
billiger wie in jedem
andern Orte. (Siehe Sonn-
abend-Verkauf „Vorwärts“).
Georg Wagner, Uhren-
fabrik, Fabrik-
Oranien-Str. 63, 1 Tr.
Naher Moritz-Platz.

Teppiche!
Gardinen!
Steppdecken!
kauft man am
billigsten
in der Fabrik von
J. Brünn, Markt 4
(Stadtbahnhof Böse).

Ein gut eingereichtes und gut gelegenes Zigarren-Geschäft ist Umstände halber sofort zu verkaufen. Adressen erbeten im Restant. Schmidt, Diefenbachstr. 34. [12411]

Rob-Tabak.
Freunde und Bekannte bringe mein bestsortirtes Lager in freundliche Erinnerung und offerire: Sumatra von 120 Pf. und 130 Pf. an. Als besonders preiswerth empfehle Sumatra à 200 Pf., deckt mit 2 Pfund. Sumatra à 320 Pf., deckt mit 1 1/2 Pfund braune und Mittel-Farben, weißer Brand. Carmen, reines Java, à 100 Pf. und 105 Pf. Bata-Umblatt à 105 Pf., sowie in- und ausländische Tabake zu billigsten Preisen.
H. Herholz,
Brunnenstr. 145.